

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungsliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Stellenzahl oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Verlautbarungen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das heißt: kurze Nachrichten, (täglich 2 Zeilen à 10 Worten), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenwechsel und Schließungsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verblendung.

Dieser deutsche Reichstag ist doch ein armseliges Parlament! Nicht nur, daß ihm die Verfassung eine ganze Reihe wichtiger Kompetenzen vorenthält, die sonst dem Zentralparlament zustehen. Es ist vor allem die Schwachmütigkeit der liberalen Parteien und die Reichstagsfeindschaft der Reaktionäre, die das deutsche Parlament immer wieder an jeder ernsthaften Ausübung des ihm zustehenden Einflusses hindert. Und nirgends zeigt sich unüberhüllter der Absolutismus, der uns wirklich regiert, als in der auswärtigen Politik.

Der Reichskanzler hat Donnerstag eine Rede gehalten, deren Wirkung in der Verschlechterung unserer internationalen Beziehungen, in der weiteren Steigerung der militärischen Lasten noch lange nachhallen wird. Herr v. Bethmann Hollweg sprach als vierter Redner und erzielte dadurch, daß die Rede zunächst der parlamentarischen Kritik entzogen blieb. Aber wer gedacht hätte, daß gestern das Programm des Rüstungswahnsinn, das Herr v. Bethmann Hollweg dem deutschen Volke oktroyieren will, im Mittelpunkt der Debatte stehen würde, hätte sich arg getäuscht. Nur Genosse Frank und der süddeutsche Fortschrittler Haushmann übten Kritik, die Redner aller anderen Parteien gaben durch ihr Stillschweigen die Zustimmung zu der Politik des Imperialismus zu erkennen.

Und noch ein anderes zeigt die unerschöpfte und unumschränkte Herrschaft des Absolutismus auf jenem Gebiete der Politik, wo über Krieg und Frieden, über Gut und Blut der Nationen entschieden wird. Die Redner aus dem Hause hatten eine ganze Reihe wichtiger Fragen angeschnitten, über die jede wirklich konstitutionelle Regierung der Volksvertretung Auskunft geben müßte. Der Reichskanzler beschränkte sich auf die Frage der Abrüstung und Herr v. Riederer-Wächter machte einige schneidige Bemerkungen gegen das kleine und noch dazu republikanische Portugal, die von jener Unteroffiziersenergie zeugen, die man in Preußen-Deutschland so hoch einschätzt. Das war aber auch alles. Ein englischer oder französischer Minister des Auswärtigen muß bei der Verhandlung seines Etats seine gesamte Politik darlegen und gegen die Kritik verteidigen. Er muß im Laufe des Jahres auf eine große Zahl von Interpellationen antworten. Die deutsche Regierung hat das nicht notwendig. Sie macht, was sie für gut hält und das Parlament darf hinterher die vollzogene Tatsache zur Kenntnis nehmen. Und die bürgerlichen Parteien lassen es sich widerspruchslos gefallen und werden damit zu Mitschuldigen und Helfershelfern des Absolutismus.

Aber so notwendig es ist, diese Tatsache zu konstatieren, so ist sie doch weder neu noch überraschend. Es ist das gemeinsame Klasseninteresse, das gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik jede ernsthafte Opposition der bürgerlichen Parteien mit der Zeit zum Verstummen gebracht hat. Sie mögen manchmal über die Methoden uneinig sein, wie der Drang nach kapitalistischer Expansion, nach neuen Absatzmärkten, nach neuen Kolonialgebieten, die als Rohstofflieferanten dienen können, befriedigt wird, daß er aber befriedigt werden muß, daß alle Kraft der vom Kapitalismus zu seinen Zwecken beherrschten Nationen diesem Streben dienen muß, darin sind sie alle ein einzig Volk von Brüdern. Und wenn die internationale Situation kritisch wird, dann lassen sie den Methodenstreit und vertrauen der Regierung, daß sie ihre Geschäfte schon richtig besorgen werde.

So darf man sich denn auch nicht wundern, daß die Rede Bethmanns von der bürgerlichen Presse Deutschlands fast widerspruchslos aufgenommen wird. Selbstverständlich ist das ja bei der konservativen und nationalliberalen Presse. Die Rede hat die Besorgnisse, die man hier und da gehabt haben möchte, völlig zerstreut, jubelt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Ruhmstifter des Militarismus, die es bei der Finanzreform so treffend verstanden haben, alle Lasten des Vertrauens von sich abzuwälzen. Und mit ihr jubelt alles, was in der deutschen Presse den Militarismus in konservativer, merkaler und nationalliberaler Färbung vertritt.

Aber noch bezeichnender ist das Verhalten der freisinnigen Presse. Die „Vossische Zeitung“ — und ihre Betrachtungen sind typisch — hat an der Rede Bethmanns eigentlich nur die Offenheit ausbeutet. Wozu vor dem Ausland und wozu vor dem deutschen Volke das alles so gerade heraus sagen? In der Sache ist ja die „Vossische Zeitung“ mit der Regierung einverstanden. Aber die Offenheit und brutale Härte fällt ihr auf die Nerven. Den einzigen Vorzug dieser Rede hält das Fortschrittsblatt für ihren einzigen Nachteil klarer und deutlicher hätte die Wandlung der Fortschrittspartei nicht zum Ausdruck kommen können. Nur eine gleichgültige Nuance in der Methode unterscheidet sie von den offenen Verteidigern des Rüstungswahnsinn und wieder zeigt es sich, daß es heute nur einen ernsthaften Feind imperialistischer Politik in Deutschland gibt: die deutsche Arbeiterklasse.

Vielleicht stärker als in Deutschland war die Wirkung der Regierungsfundgebung im Ausland. Einen Appell an die Chauvinisten aller Länder haben wir gestern die Rede genannt, und heute antwortet aus allen Ländern der entzweite

Chorus, an der Spitze natürlich die englischen Konser-vativen. Ihnen hat Herr v. Bethmann Hollweg aus dem Herzen gesprochen. Die Agitation für das Vertrauen hat dank dem deutschen Reichskanzler und dank der Schwäche des Reichstages neue Nahrung erfahren. „Diejenigen“, schreibt der unionistische „Daily Express“, „welche hoffen, daß die Erklärungen Sir Edward Grey's einen hervorragenden Eindruck in Deutschland machen würden, sind enttäuscht. Der Deutsche Reichstag weigert sich, jede Begrenzung der Waffen-rüstungen als realisierbar anzusehen, und das pangermanische Parlament beharrt darauf, die Idee des allgemeinen Schieds-gerichts als eine Illusion zu betrachten. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Aber wir müssen versichern, daß die Anstrengungen, die in Deutschland gemacht werden, und unsere Vorherrschaft zur See zu entreißen, beantwortet werden müssen mit Kanone für Kanone, Schiff für Schiff, Million für Million.“

Und in dem gleichen Sinne schreiben die reaktionären Blätter Frankreichs. Eines der reaktionärsten, der „Goulois“, meint:

„Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Verwirklichung der Abrüstung jetzt weniger denn je möglich sei. Die Kraft sei die Würgehand des Friedens. Aus dieser Formel tönt das Echo jenes mittelalterlichen Wortes Bismarcks: Kraft geht vor Recht. Es ist keine Selbsttäuschung mehr möglich. Wir sind dem Reichskanzler für seine Erklärung sehr dankbar, denn unsere Pazifisten können — es wäre denn, daß sie zu Verrätern würden und Frankreich an Deutschland ausliefern wollten — nicht mehr Pazifisten sein. Sie können uns nicht mehr mit dem Haager Tribunal foppen; unser Tribunal, unser Volkswort, unsere Sicherheit, unsere Existenz ist unsere Armee und unsere Flotte.“

Die englische liberale Regierungspartei aber verbirgt ihr Bedauern nicht. „Wie ein kalter Wintersturm hat die Rede Bethmanns die Hoffnungen abgekühlt“, sagt das liberale „Daily Chronicle“. Und wenn sich auch der radikale „Morning Leader“ damit tröstet, daß schließlich auch die deutsche Regierung sich dem Druck der öffentlichen Meinung nicht widersetzen können, so wissen doch die englischen Liberalen, daß diese Rede die Stellung der Konser-vativen gestärkt hat, daß die Hoffnung Grey's, die englischen Rüstungen hätten ihre „Hochwassermarken“ erreicht, sich nicht erfüllen wird. Es wird weiter gerüstet, noch schneller, noch wahnsinniger als bisher.

Und noch eine Frage drängt sich auf. Werden die englischen Liberalen noch ihren Widerstand gegen die Schutzölle aufrecht erhalten können, wo dieses System indirekter Besteuerung sich auch der bestehenden Klasse so lochend als das einzige zeigt, die Millionen für die Rüstungen ohne neue Besitz-steuern aufzubringen?

Einen Ansporn zu neuen Anstrengungen, die letzten Wutstropfen aus den Ballern herauszupressen, um alles in den Dienst des Militarismus zu stellen, die Beförderung der Schutzollagitation in England, deren Erfolg der schwerste Schlag für die Wirtschaft Deutschlands wäre, das ist die auswärtige Politik, die die deutsche Regierung treibt und die bürgerlichen Parteien Deutschlands ruhig akzeptieren.

Reichspolitik ohne Reichskanzler.

Die bürgerliche Mehrheit des Deutschen Reichstags hat es sich leider seit Jahren widerspruchslos gefallen lassen, daß der einzige politisch verantwortliche Reichsbeamte, der Reichskanzler, den Verhandlungen des Reichstags sich mehr und mehr entzieht. Man braucht nicht die Finger einer Hand, um die Fälle aufzuzählen, in denen der Reichskanzler im Laufe dieser Session kometenartig im Reichstag auftauchte, allenfalls eine Zehnminutenrede hielt, lächelte und verschwand. Die bürgerlichen Parteien nahmen das hin wie eine unerforschliche Fügung des Schicksals.

Als gestern und heute der Etat des Reichskanzlers zur Verhandlung stand, suchte Herr v. Bethmann Hollweg seiner Abneigung, Rede und Antwort zu stehen, einen besonders prägnanten Ausdruck zu geben, trotzdem er bei diesen Verhandlungen als Reichsminister ganz besonders zur dauernden Anwesenheit verpflichtet gewesen wäre. Eine besondere Feinheit Bethmannscher Staatskunst war es, daß er bei den Reden sozialdemokratischer Mitglieder überhaupt dem Hause fernblieb. Er verschwand sofort von seinem Platz, als gestern Scheidemann sprach. Er kam heute erst in die Sitzung, nachdem Frank bereits gesprochen hatte, und er war auch nicht zu sehen, als Genosse David zum Auswärtigen Amt sprach. Damit will er wahrscheinlich sinnfällig seine staatsmännliche Befinnung markieren. Heute war er überhaupt nur ganz kurze Zeit während eines Teiles der Reden zweier bürgerlicher Abgeordneter anwesend. Das Wort ergriffen hat er überhaupt nicht mehr.

Genosse Frank eröffnete seine Rede mit einem scharfen Angriff auf die gestrige Stellungnahme des Reichskanzlers zu den Abrüstungsresolutionen. Zutreffend hob er hervor, daß man in künftigen Zeiten eine solche dürftige Begründung der ablehnenden Haltung der Reichsregierung gegen eine Kulturförderung kaum für möglich halten würde, wenn sie nicht in den Akten zu finden wäre. Aber ein solches Eingeständnis der Unfähigkeit zur Initiative in einer zwar schwierigen, aber doch nicht unlöslichen Frage der internationalen Politik sehe ja leider völlig im Einklang mit der gleichfalls erwiesenen Unfähigkeit, wirklich schöpferisch und Gestalt-gend dem Kulturfortschritt auch in der inneren Politik Bahn zu brechen. Bewähre sich doch überall die Reichsregierung und die mit ihr durch Personalunion verbundene preussische Regierung

als Hort der Reaktion. Frank wies bei dieser Gelegenheit auf die unqualifizierbaren Äußerungen des preussischen Ministers v. Dallwitz über die Roabiter Vorgänge hin. Habe doch der Minister sogar die Gerichtsakte, soweit sie die Mitschuld der Polizei feststellen, einfach beiseite geschoben und dem Sinne nach das wiederholt, was vor jenen gerichtlichen Feststellungen die Herren v. Bethmann Hollweg und v. Jagow zur Verschönerung der Polizeitaten vorgebracht hätten. Schließlich wandte sich Frank auch den Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Parteien über die Reichspolitik und über ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie zu. Was die Fehde wegen der Finanzreform angeht, so könne die Sozialdemokratie so ziemlich alles billigen, was Herr Koffermann gestern den Konservativen zum Besten gegeben habe. Mit großer Gemütsruhe könne unsere Partei der konservativen Erwidderung entgegensehen, in der zweifellos nachgewiesen werde, daß die Nationalliberalen gleichfalls zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern bereit gewesen wären.

Der folgende Redner, Graf Westarp, betrauerte gleich die Frank'sche Ankündigung. Er brachte zur Verteidigung seiner Partei alle die alten konservativen Liederhüter aus den Finanzreformkämpfen vor und ging dann zum Angriff auf die National-liberalen und die Fortschrittler über, deren Ton ihm höchlich miß-fallen hatte. Er erwähnte dabei natürlich nicht, daß der konservative Ton im Wahlkampf an Robigkeit von keiner anderen Partei über-troffen wird. Als Zeitsaher der konservativen Politik stellte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie hin. Die bürgerlichen Parteien seien danach zu bewerten, wie weit sie als verläss-liche Bundesgenossen der Konservativen in diesem Kampfe zu ver-wenden seien. Er warnte die Nationalliberalen und Fortschrittler, sich vor Kränkungen der Konservativen zu hüten, damit es den konservativen Wählern nicht zu schwer falle, bei Stichwahlen inter-nationale Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nachzu-kommen.

Als dieser ehemalige Polizeipräsident von Schöneberg, dem seine parlamentarische Tätigkeit den Beinamen „Jagow der Meise“ verschafft hat, sich beikommen ließ, von einer Mitschuld der Sozialdemokratie an dem Mißvergehen in Roabit zu reden, quittierten die Sozialdemokraten diese Richtschnur gerichtsnoto-riischer Tatsachen mit einem kräftigen Wut.

Zur Verantwortung der Westarp'schen Angriffe schickte die nationalliberale Partei Herrn Fuhrmann vor, der als ein Ver-treter des agrarischen Flügels seiner Partei gilt. So war es denn auch erklärlich, daß seine Abwehr so schwächlich wie möglich ausfiel und einer Unterwerfung unter die konservative Hegemonie so ähn-lich sah wie ein Ei dem andern. Kühnte er sich doch, gegen die So-zialdemokratie würde die nationalliberale Partei stets ihre „natio-nale“ Pflicht erfüllen.

Als dritter konservativer Redner trat dann der Abgeordnete Dr. Koesike auf den Plan. Auch er machte sich die Fehde mit den liberalen Parteien vom Standpunkte des Bundes der Land-wirte aus zur Aufgabe. Kräftiger und würdiger als der National-liberale Fuhrmann ging der volksparteiliche Herr Haushmann mit der konservativ-agrarischen Reaktion ins Gericht. Er prägte dabei das glückliche Wort, daß diese Sippe mit Hilfe von Staats-geldern sich Kasi-Kulis für die Agitation anwerben könne. In Vertretung der Abrüstungsdebatte empfahl er die schwebende for-tschrittliche Resolution, die sich von der sozialdemokratischen wesent-lich dadurch unterscheidet, daß sie von dem Reichskanzler nicht die Initiative zu Verhandlungen verlangt, sondern nur ein Ent-gegenkommen gegen die eventuelle Initiative anderer Staaten. Herr Haushmann schwang sich aber doch auch zu einem entschiedenen Protest gegen die lässlichen Ausreden Bethmann Hollwegs auf, die Deutschlands Ansehen keineswegs förderlich sein könnten.

Um dem dritten konservativen Redner zu antworten, wollten die schwer angegriffenen Nationalliberalen auch noch als dritten Redner Herrn Stresemann dorthicken. Die Konservativen bewiesen ihre Auffassung von anständiger Kampfesweise aber dadurch, daß sie einen Antrag auf Schluß der Debatte einbrachten, der denn auch gegen Liberale, Sozialdemokraten und Polen an-genommen wurde.

Kunmehr stellte Genosse Frank unter großer Heiterkeit fest, daß dadurch dem abwesenden Reichskanzler die Gelegenheit genommen sei, im Laufe dieser Debatte die Angriffe auf seine Politik zu beantworten. Genosse Ledebour verlangte Ab-stimmung über das Gehalt des Reichskanzlers, damit die Abgeordneten, die sich überzeugt hätten, daß der Reichs-kanzler unfähig sei, seine Politik zu vertreten, dies durch Ab-stimmung zum Ausdruck bringen können. Großer Lärm der Rechten und ein völlig ordnungswidriger Ordnungsdruf des Vizepräsidenten schloß quillerten für diese Bemerkungen. Bethmann Hollweg erhielt dann sein Gehalt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bewilligt.

Bei der Abstimmung über die Abrüstungsresolu-tionen wurde die sozialdemokratische gegen unsere Partei abgelehnt die der fortschrittlichen Volks-partei dann gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums angenommen.

Die Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes nahm bei dem Durchsichtungsbedürfnis der Mehrheit nur geringe Zeit in Anspruch. Großen Eindruck machten jedoch die Mitteilungen, die Genosse David auf Grund der Verhandlungen in der deutsch-österreichischen Delegation über die Drangsalierung österreichischer Reisender in Deutschland machte. Es ist nämlich wiederholt vorgekommen, daß Oesterreicher, die durch Deutschland und Holland nach England oder Amerika reisen wol-len, in der deutsch-holländischen Grenzstation Rheine von der

Preussische Polizei abgefangen und unter Verhör den Straßensicherungen gezwungen wurden, den Weg über Bremen und dort mit den Schiffen des Norddeutschen Lloyd zu nehmen. Es stellte sich nun heraus, daß das Auswärtige Amt längst von diesen Taktiken unterrichtet war, aber sich begnügt hatte, bei dem preussischen Minister von Dallwitz anzufragen, was er dazu zu sagen habe. Herr von Dallwitz hat bisher noch nicht zu antworten gerufen, und so konnte Herr von Riberlen-Wächter sich auf den bequemsten Standpunkt stellen, er könne vorläufig keine weitere Auskunft geben; übrigens sei das ja auch preussische Polizeianglegenheit. Gegen diese ausweichende Antwort ging sowohl Herr von Riberlen-Wächter als auch der Reichstag in die gleiche Richtung vor. Beide erklärten es für eine Schande, wenn jene polizeilichen Untaten nicht gesühnt würden.

Von dem Zentrumsgesandten Pfeiffer wie vom Genossen David wurde auch der Rechtsbruch besprochen, den der Zar und seine Handlanger dem sinnigen Volke gegenüber betreiben. Auch hierbei stellte sich Herr von Riberlen-Wächter natürlich auf den Standpunkt, daß ihm die Möglichkeit irgendwelcher Eingriffe fehle. Immerhin wurde der Reichstag der Kulturwelt gegen die Vergewaltigung Finnlands durch diese Kundgebung im Reichstag verhärtet.

So hat denn auch dieser Verhandlungstag ebenso wie der gefrige den Eindruck verstärkt, daß in Deutschland ein reaktionäres Regiment am Ruder ist, das nicht bloß jeden ernstlichen Fortschritt im Reich hemmt, sondern auch das Ansehen Deutschlands im Auslande schädigt. Dabei erwacht dieser reaktionäre Betrieb den Eindruck hilfloser Zerfahrenheit, weil da offenbar Regierpolitik ohne Reichstagszusage gemacht wird.

Ministerhut und Prinzipientreue.

Rom, den 28. März. (Eig. Ber.)

Was die sozialistischen Prinzipien und die Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes nicht vermocht haben, das hat die Scheu vor der Ministeruniform zustande gebracht: den Rücktritt Bissolatis. So unglaublich es scheint, daß ein geschickter Mann die inneren Hindernisse seines Temperaments nicht von Anfang an erkannt und in Rechnung gesetzt hat, so kann man doch nicht daran zweifeln, daß das Schreiben Bissolatis wirklich den Grund enthielt, der seinen Rücktritt veranlaßte. Man kann nicht daran zweifeln, weil gerade dieser Grund am allerwenigsten geeignet war, Sympathie zu erwecken, und weder Freund noch Feind zu Frieden stellen konnte. Gäbe Bissolati einen Vorwand gesucht, so müßten wir zu seiner Ehre annehmen, daß er einen besseren, weniger Kleinlichen, gefunden hätte. Es ist also wahr, daß ihn lediglich die offiziellen Repräsentationspflichten und die Rücksichtlosigkeit des Zeremoniells abgefehrt haben, nicht die Ausdruckslosigkeit eines aus einer persönlichen Laune geborenen Experiments, nicht die Zweideutigkeit einiger Mitarbeiter, nicht der Schmerz und die Enttäuschung der Partei. Bissolati hat es fertig gebracht, mit seinen sozialistischen Traditionen, mit seiner geschichtsmaterialistischen Erkenntnis zu brechen, aber vor Feind und Ministeruniform ist er ausgerissen.

Man kann nun sagen, daß ein Ende mit Rücksichtlichkeit näher dem Gelingen des Ministeriums Giolitti-Bissolati vorzuziehen ist, aber nichtsdestoweniger muß sich eine gewisse Erbitterung darüber geltend machen, daß die Partei leichtfertig in eine so ungeheure Erregung verjagt worden ist, wie die es war, die die Nachricht von Bissolatis Eintritt in das Kabinett in Italien hervorgerufen hat. Uns sagte heute ein Parteigenosse, der als einer der Unterstaatssekretäre in Betracht gekommen wäre, daß Bissolati eben seinen Mut überschätzt hätte und wie ein Patient im Wartezimmer des Zahnarztes, im entscheidenden Moment die Courage verloren hätte. Wer aber so unzuverlässige Nerven hat, der sollte wirklich von vornherein der Möglichkeit ähnlicher Situationen aus dem Wege gehen. Was dieses berühmte Zeremoniell betrifft, das schwerer wog als Prinzipien und Logik, so ist zu bemerken, daß bereits der konservative Baron Ricassoli seinen Eintritt in das Kabinett von der Bewilligung abhängig machte, nie Ministeruniform zu tragen. Diese Bedingung wurde anstandslos zugestanden, ebenso wie sie dem radikalen Pantano im jüngsten Kabinett Sonnino zugestanden worden war. Selbst den zahllosen Kontertreiben hätte sich Bissolati entziehen können, indem er Giolittis Vorschlag annahm, das Portefeuille des Ministers für Industrie, Landwirtschaft und Handel mit dem des Ministers der öffentlichen Arbeiten zu vertauschen. Und das bisherige Formellram, was noch übrig blieb, brachte den Rücktritt zu Wege, den die Aussicht auf einen furchtbaren inneren Parteikampf nicht hatte durchsehen können!

Die bürgerlichen Blätter, von denen namentlich die konservativen bei der Möglichkeit des Eintritts eines Sozialisten mit geschaukeltem Herzen, sind durch den Entschluß Bissolatis sehr befriedigt. Was nun die Situation besonders interessant macht, ist die Frage, ob Giolitti dem mit Bissolati vereinbarten Programm treu bleiben werde oder nicht. Man bedenke, daß er sich auf das allgemeine Wahlrecht, auf Abgeordnetendiäten, Abgabenreform, Alters- und Invalidenversicherung und auf Konsolidierung der Ausgaben für Meer und Marine festgelegt hatte und auch zum Zugeständnis antiker Reformen des Familienrechtes bereit war. Wird Giolitti ohne Bissolati an diesem Programm festhalten, oder wird er es wegwerfen, wie man den Roder wegwerft, der nach Entschlüssen der gewünschten Beute nutzlos wird?

Für die Partei ist es sehr befreuend, daß Bissolati sich in der „Tribuna“ vom 28. hat interviewen lassen und die Unterstützung des Kabinetts durch die Sozialisten mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt hat. Man weiß, daß Bissolati bei allen Unterhandlungen nicht im Namen der Fraktion gesprochen hat, weshalb z. B. die Meldung deutscher bürgerlicher Blätter, daß Giolitti die Budgetbewilligung der Fraktion zur Bedingung gemacht hätte, ganz aus der Luft gegriffen ist. Wie kann aber Bissolati im Namen der Fraktion eine Unterstützung zusagen, deren Bewilligung ausschließlich von einem Mehrheitsbeschlusse dieser Fraktion abhängen kann?

Natürlich werden zahllose Vermutungen laut, die Bissolatis Schritt andere Motive unterstehen als die offiziell eingestanden. Einmal sagt man, und zwar von konservativer Seite, daß Bissolati eine Verschärfung der antiker Reformen gefordert hätte, die Giolitti nicht bewilligen konnte. Dann spricht man davon, daß ein Brief Morgarits an Bissolati diesem die Unhaltbarkeit einer Situation vorgewiesen hätte, in der ein sozialistischer Minister an der Seite des Kardinals und des Bürgermeisters von Turin die Ausstellung in dieser Stadt einweihen müßte. Es heißt auch, daß Bissolati darauf bestanden hätte, an der italienisch-österreichischen Zusammen-

kunft vom 9. April teilzunehmen und hier das Wort zu ergreifen, was für einen Minister allerdings nicht recht angängig gewesen wäre.

Die Partei wird nunmehr zu entscheiden haben, ob sie es noch für nötig hält, das Ausschlußverfahren gegen Bissolati anzustrengen. Gewiß hat sich Bissolati im Sinne der Zeitfäße des revolutionären Sozialismus einen ersten Schritt vom Wege zurückkommen lassen. Der Eintritt in das Kabinett ist nur aus äußerlichen Gründen unterblieben. Aber die Prinzipien, die Bissolati bis zu diesem Eintritt führen konnten, sind dieselben, die der ganze reformistische Flügel, die Turati, Cabrini, Rigola usw. seit Jahren offen vertreten haben, und die auf dem Mailänder Parteitag die Mehrheit behaupteten. Wenn diese Prinzipien also volles Heimatrecht in der Partei haben, so kann man auf sie allein keinen Ausschlußantrag gründen. In dem tatsächlichen Eintritt in ein Kabinett hätte eine Disziplinerlegung gelegen, die den Ausschluß unvermeidlich machte. Da der Eintritt unterblieb, wenn auch nur um einer Bagatelle wegen, so ist eben die Disziplinerlegung unterblieben. Wer etwa die Lust verspüren sollte, für die bloße Absicht eine Strafe zu fordern, der mag bedenken, wie bitter der Schicksalbruch an den Klippen der Rücksichtlosigkeit den Irrtum geahndet hat.

Chauvinistisches Geschäft.

Paris, 30. März. (Eig. Ber.)

Die Welt gibt es anderswo noch naive Gemüter, die den Glauben bewahrt haben, daß es so etwas gebe wie große Gegenstände der Menschheit, und die noch nicht dahinter gekommen sind, daß der Kampf um sie in Wirklichkeit um so vernünftige, greifbare Dinge wie den Profit von Zeitungsunternehmen geht. Der Leser der Pariser Presse ist darüber gründlich aufgeklärt. Er weiß, daß die Weltgeschichte ihre Fragen zu dem Zwecke entwickelt hat, damit der „Matin“ und das „Journal“ ihren Konkurrenzkampf auf eine erhabene Weise ausfechten können. Diese bedeutenden Organe haben dem Weltgeist die ihm von Hegel zugeschriebene Aufgabe abgenommen, sich dialektisch zu spalten und in ewigen Gegensätzen zu arbeiten. Sie haben Zeit und Ewigkeit für sich reserviert und haben weiter nichts mehr zu tun, als um jedes einzelne Stück miteinander zu kämpfen. Der Kampf des einen bestimmt den des anderen, das Prinzip der Wippe wird Herrscher im Reich der Ideen. Wenn es gilt, das Eheliche Präparat zu beurteilen, fragt der „Matin“ nicht etwa: „Halt es die Syphilis?“, sondern: „Was schreibt das „Journal“ darüber?“ Weil der „Matin“ aus Geschäftsinteresse einmal für die Menschlichkeit eingetreten war und eine Kampagne für den Gewerkschaftler Durand führte, ließ das „Journal“ dem unschuldig Verurteilten sein Uebelwollen fühlen. Und wenn der „Matin“ den chauvinistischen Nationalismus mit Beschlag belegt hat, bleibt dem „Journal“ nur der Pazifismus und die Idee der allgemeinen Kultur übrig.

Damit ist aber derzeit kein Geschäft zu machen. Der „Matin“ darf sich rühmen, das „Journal“ gründlich abgeföhrt zu haben. Bekanntlich hatte der „Circuit de l'Est“, die vom „Matin“ im letzten Sommer an der französischen Ostgrenze veranstaltete Flugfahrt nicht nur einen Triumph des Erfindenden und wogenden Menschengeistes, sondern dank dem in jenen Treiben gewissenloser Geschäftsjournalisten auch eine Steigerung der chauvinistischen Bewegung herbeigeföhrt. Da das „Journal“ nun die Popularität der Abiatis und die in ihr liegende Klammerngelegenheit gleichfalls nicht ungenutzt lassen wollte, mußte es, bei der Notwendigkeit, das Unternehmen des „Matin“ zu überbieten, über die Schranken der Grenze und der nationalen Beschränktheit hinwegsteigen und für eine internationale Flugfahrt, die mehrere europäische Hauptstädte, darunter auch Berlin, berühren sollte, den ideologischen Hintergrund des Friedensgedankens wählen. Worauf der „Matin“ mit einem jüdischen Appell an den Fanatismus und die Dummheit der Chauvinisten erwiderte. Akademische Jünglinge und sonstige „Patrioten“ fanden sich in uneigennützigem Eifer, bereit, in unsäglich albernem Auftritten gegen den vorbereiteten nationalen Verrat zu protestieren und so dem „Matin“ zu Ruh dem „Journal“ das Geschäft zu fördern. Obendrein arbeitete der „Matin“ mit einem eigens ausgegebenen Extrablatt, das den patriotischen Titel „Die drei Farben“ bekam. Das „Journal“ setzte sich zur Wehr, und nun ging ein herrlicher Kampf mit gefüllten Nachköpfen los. Der „Matin“ aber siegte. Nicht etwa, weil er wirklich hätte nachweisen können, daß ein Ensemblesieg von französischen Abiatikern nach Deutschland, wo man die einzelnen Flieger dühnendweise gesehen hat, irgendwie eine „nationale Gefahr“ bedeuten und ein militärisches Geheimnis bedrohen würde, sondern weil er es zuzuge brachte, die standhaftigsten und die fanatischsten Gemüter der Nation zu erhitzen, daß die Durchführung des vom „Journal“ geplanten Sportunternehmens in der Tat internationale Verlegenheiten hätte schaffen können. Wobei nicht zu verschweigen ist, daß die überschwängliche Begeisterung der „Guerre Sociale“ dem „Journal“ einen richtigen Vordienst geleistet hat. Das „Journal“ gibt heute bekannt, daß es seinen Plan geändert hat, also das Ziel Berlin aus der Rundfahrt ausschließt. Also auch diese Erpressung ist dem „Matin“ gelungen. Sie hat ihm allerdings vorläufig mehr Geld gelöst als eingetragen.

Der „Matin“ hatte sich auch der Hilfe anderer Zeitungen versichert. Derlei Kampagnen werden jetzt immer leichter infolge der Verstrickung, die in der Pariser Presse um sich greift. Der chauvinistischen Hege sekundierte besonders die „Action“ des berühmten Herrn Bérenger, mit so widerlichen Ueberreibungen, daß man, wenn man nach dem Auftraggeber forscht, auf allerhand Vermutungen geraten könnte. Zweifellos liegen die Treibereien der Pseudopatrioten im Interesse der großkapitalistischen Kreise, die dem jetzigen Ministerium um jeden Preis Verlegenheiten, selbst solche internationaler Art bereiten und eine Rückkehr Briand's ermöglichen möchten. Aber die gemeine Hege, die das Interesse des Weltfriedens und damit der Nation selbst freudlich aufs Spiel setzt, kommt niemandem gelegener als der deutschen Regierung, die so angstvoll nach einer rettenden Wappspitze umhauert! Sicherlich kann man das französische Volk, das in seinen verkümmerten Massen friedliebend geblieben ist, nicht mit den nichtswürdigen chauvinistischen Geschäftsblättern und auch nicht mit ihrer Pariser Alibiel identifizieren, aber die Kollektheit und Ordinarität dieser Presse werden sicher, zur Verleumdung der vaterlandstosen deutschen Sozialdemokraten, ihren „Rundflug“ durch die staatsbehaltende deutsche Presse machen. Wer weiß, welche seltsame Entdeckung man machen würde, wenn man den Lauf der deutschen Korruptionsfonds verfolgen könnte?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. März 1911.

Die entrüsteten Sakatisten.

Der geschäftsführende Ausschuss des Hauptverbandes des deutschen Ostmarkenvereins erhebt Protest gegen die

Absicht der Regierung, auch in diesem Jahre keinen Gebrauch vom dem Entleerungsparagrafen zu machen.

Die Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers vom 28. März in der Finanzkommission des Herrenhauses bewegt sich in denselben allgemeinen, den Kern der Sache vermeidenden Wendungen, wie die Mitteilungen derselben Stelle vom 17. Januar im Abgeordnetenhaus. Die einzige tatsächliche Angabe besteht jetzt darin, daß für das laufende Jahr 220 Anstiebsstellen (also etwa über 20 000 ha) verfügbar seien. Das aber damit die planmäßige Fortführung des Anstiebswerkes nicht gesichert wird, darüber geht der Herr Minister schweigend hinweg. Zu diesem Zwecke mußte nach dem durchschnittlichen Jahresbedarf des letzten Jahres mehr als das Doppelte der heute zur Verfügung stehenden Bodenfläche, nämlich statt einiger 20 000 Hektar 45—50 000 Hektar, vorhanden sein. Die Mitteilung, daß gegenwärtig Verhandlungen über den freihändigen Anlauf einiger Güter schweben, hat geringen Wert. Solche Verhandlungen finden seit Bestehen der Anstiebskommission ununterbrochen statt. Soweit sie aber die Erwerbung polnischer Bodens bezwecken, und hierauf muß doch nach dem Zwecke des Anstiebswerkes zur Ausgleichung des fortwährenden Verlustes deutschen Bodens das Hauptgewicht gelegt werden, sind sie bei dem polnischen Gebrauche des Territoriums auszuwickeln. Es bleibt also nichts übrig, als der Weg der Enteignung, den die Gesetzgeber von 1907/08 bereits damals als unumgänglich notwendig und in höchstem Maße dringlich erkannten hatten. Der Herr Minister bezeichnet die Staatsregierung als allein verantwortlich für die in der Enteignungsfrage zu fassende Entscheidung und lehnt daher den Versuch der Beeinflussung durch die in der Presse und von Vereinen und Versammlungen geäußerten Wünsche ab. Demgegenüber erklärt für seinen Teil der Deutsche Ostmarkenverein: In den weitesten nationalen Kreisen besteht die stetig wachsende Besorgnis, daß es sich um eine neue Wendung — sie würde die erste in der Geschichte der letzten hundert Jahre sein — in der preussischen Polenpolitik handele und daß die Unterlassung der Regierung, die ihr gewählten Machtmittel zu gebrauchen, einen Anfang dieser Umkehr bedeute. Eine solche Wendung wäre für Preußen und Deutschland verhängnisvoll!

Unsere Ostmarkenvereiner werden sich schon mit der Tatsache abfinden müssen, daß die schwarz-blaue Majorität der preussischen Regierung die Anwendung des Entleerungsparagrafen nicht erlaubt! Die preussische Polenpolitik würde ja auch schwerlich für die Erhöhung der Zivilliste gestimmt haben, wenn ihr nicht von kompetenter Seite die beruhigendsten Zusicherungen gemacht worden wären. Obendrein bemühen sich ja die Polen, sich durch reaktionäre Handlangerdienste aller Art für das Wohlwollen der Schnapsblodmecherei dankbar zu erweisen. Die biedereren Nationalliberalen sollten wirklich endlich einsehen, daß es mit der Enteignung auf absehbare Zeit nichts ist. Die Erfolge des Bauernbundes unter den Anstiebs haben die konservativen vollen Kopf schen gemacht. Und wenn die Junker ihre Spezialinteressen gefährdet sehen, pfeifen sie auf alle „nationalen“ Pflichten!

Das preussische Abgeordnetenhaus gegen die Redefreiheit.

Die Geschäftsordnungscommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen mit der von den Konservativen angeregten Revision der Geschäftsordnung. Die Absicht der Mehrheit geht dahin, die Befragung des Hauses darüber, ob ein vom Präsidenten zweimal zur Sache gerufener Redner weiterreden dürfe, abzuschaffen. Bei Geschäftsordnungs- und persönlichen Bemerkungen soll der Präsident allein befugt sein, das Wort zu entziehen. Die Kommissionsmehrheit hat einen fortschrittlichen Antrag abgelehnt, wonach bei Vorhandensein von Wortmeldungen der Schluß der Debatte nicht zulässig sein soll, bevor wenigstens ein Redner gesprochen hat. Der Seniorenkonvent soll als offizielle Einrichtung eingeführt werden, und zwar sollen als Fraktionen nur Vereinigungen von wenigstens 15 Mitgliedern betrachtet werden. Der Zusammenschluß mehrerer Fraktionen soll gestattet sein. Zur Befragung der Kommissionen sollen Vereinigungen von mindestens 5 Mitgliedern schon zugelassen werden, jedoch soll ihre Beteiligung an den einzelnen Kommissionen vom Seniorenkonvent geregelt werden. Natürlich will man auf diese Weise weiterhin die Sozialdemokraten von den wichtigsten Kommissionen fernhalten.

Zweckverband Groß-Berlin.

Die Zweckverbandskommission hat am Freitag einen Beschluß von weittragender Bedeutung gefaßt, indem sie dem Zweckverband auch die Regelung des Kleinwohnungsbaues überwiesener hat. Dagegen stimmten konservative und Fortschrittler. Die Frage, ob auch die Regelung des Schulwesens durch den Verband erfolgen solle, wurde nach unerheblicher Debatte abgelehnt.

Zur Frage der Verbandsbeiträge (§ 10) lag ein konservativer Antrag vor, wonach der Verband berechtigt ist, in stammgemäßer Anwendung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes Gebühren zu erheben.

Soweit die eigenen Einnahmen des Verbandes zur Verteilung der gemeinsamen Ausgaben nicht ausreichen, werden diese durch Beschluß der Verbandsversammlung auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Durch die Satzung kann für einzelne oder alle Arten von Verbandsklaffen ein anderer Verteilungsmaßstab eingeföhrt oder auch vorgeföhrt werden, daß und in welcher Weise bei Verteilung der Lasten auf die Verbandsmitglieder das Uebergewicht der Vorteile eines Verbandsunternehmens für einzelne Verbandsmitglieder bereits vor Erloß des gegenwärtigen Beschlusses für Verbandszwecke geleistet haben.

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache darum, ob außer dem gesetzlichen Maßstab für die Verteilung der Verbandsbeiträge noch die Regelung der Beiträge durch Statut oder Beschluß der Verbandsversammlung zugelassen werden soll; ferner darum, was unter Verteilung der Beiträge nach Maßgabe des Interesses der Gemeinden für den Betrieb von Bahnen zu verstehen sei. Auf die Neuerung eine nationalliberalen Vertreters, für die freisinnigen Anträge, wonach die Entscheidung über die Verbandsbeiträge in letzter Instanz dem Oberverwaltungsgericht zugewiesen sei, würden wohl nur die Arbeiter stimmen, erwiderte ein Berliner Abgeordneter, daß auch die Berliner Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer Interessen hätten, wenn sie auch durchaus nicht wollten, daß die Interessen Dritter dadurch leiden, daß im übrigen aber sämtliche Abgeordnete die Verpflichtung hätten, auch die Interessen der größten Gemeinde des Verbandes nicht aus dem Auge zu lassen. Die Abstimmung ergab die Annahme des konservativen Antrags.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den § 13, der bekanntlich bestimmt, daß kein Verbandsmitglied mehr als ein Drittel der Gesamtvertreterzahl erhalten darf. Die Freisinnigen beantragten die Streichung dieser Bestimmung, demzufolge Berlin statt 51 nur 33 Vertreter erhalten würde, eventuell erklärten sie sich mit der Beschränkung auf 50 Proz. einverstanden, während die Konservativen 40 Proz. beantragten. Die Abstimmung wurde ausgeföhrt.

Zu § 14 wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der für die Wahlen zur Verbandsversammlung des

Reiche, direkte und geheime Wahlrecht forscht. Dafür stimmten außer dem Antragsteller nur die Fortschrittler. Es bleibt demnach bei der Regierungsvorlage, wonach die Vertreter in Gemeinden durch die Gemeindevorstellungen (in Städten unter Zutritt des Magistrats) gewählt werden, in den Landkreisen durch die Kreisstage.

Endlich gelangte noch ein konservativer Antrag zu § 15 zur Annahme, wonach die Vertreter auf 6 Jahre gewählt werden und, ebenso wie nach der Städteordnung, alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet.

Nächste Sitzung: Montag.

Die Geldquellen der Agrarier.

Vor einigen Tagen hat das „Berliner Tageblatt“ den Agrariern berechnet, welchen Betrag der Bund der Landwirte von den Kaltschmiedergeldern erhalten hat. Justizrat Platow teilt nun dem „Berliner Tageblatt“ an der Hand gerichtlichen Aktenmaterials Tatsachen mit, die immerhin einiges Interesse verdienen. Die „Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte“ hat am 3. März 1900 170 000 M. aus dem erzielten Gewinn an den Bund der Landwirte abgeliefert. Das Geschäftskapital dieser Verkaufsstelle beträgt im ganzen 45 000 M. An Zantemen stößt in die Taschen der Geschäftsleiter 13 765,65 M. Der Gewinn der Verkaufsstelle ist aber noch wesentlich höher, denn neben dem Reservefonds ist noch ein Rücklagefonds I und ein Rücklagefonds II geschaffen. Diese drei Fonds weisen zusammen einen Bestand von 223 000 M. auf. Einen Betrag in der Höhe des vollen Geschäftskapitals stellt die Verkaufsstelle den Direktoren, Abg. Dr. Roefide, Major Endell und Paul Plaskula zur freien Verfügung. Aus diesem Fonds dürfen, ohne jede Kontrolle, Zahlungen im Interesse des Bundes der Landwirte geleistet werden. Diese Einrichtung darf man mit Recht als einen Replikensfonds des Bundes der Landwirte bezeichnen, und Justizrat Platow läßt auch durchblicken, daß aus diesem Fonds die Reisefkosten jener Schaar von Wandlern bezahlt werden, die die Bundeshauptlinge in ihre Versammlungen begleiten, um dort die Rolle der Clique zu übernehmen.

Die Agrarier verstehen es aber auch sonst, sich Mittel zu schaffen. In Schwertin i. M. besteht eine Viehverversicherungsgesellschaft a. G., die an ihre Mitglieder Sammelstellen des Bundes der Landwirte verleiht. In einem Zirkular wird vorgeschlagen, in jedem Dorf eine Sammelstelle zu errichten und freiwillige Beiträge einzutreiben. Auf je 1000 Quadratrunder sollen 20 Pf. für den Wahlfonds bezahlt werden. Kleine Gewerbetreibende, die keine großen Grundstücke besitzen, müssen 1,00 M. für den Wahlfonds des Bundes der Landwirte abladen. Die Gelder werden einzubehalten an die Viehverversicherungsgesellschaft a. G. auf das Konto „Bund“.

Dieser Fall dürfte kaum vereinzelte sein, denn offenbar bedienen sich die Agrarier auch anderwärts der Viehverversicherungsgesellschaften zur Eintreibung ihrer Wahlfonds.

In welche Taschen die großen Mittel des Bundes der Landwirte fließen, das deutet die Korrespondenz des Bauernbundes auf, indem sie schreibt:

„Die Großagrarien hätten wirklich allen Anlaß, den Mund zu halten. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß der höchstbezahlte Beamte des Deutschen Bauernbundes noch nicht den dritten Teil der 25 000 M., die Herr Dr. Oetzel von der „Deutschen Tageszeitung“ als Gehalt bekommt, seinerseits bezieht. Der neue Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Oberpräsident v. Winterfeldt, erhält nach Zeitungsnachrichten 23 000 M. Der in den Ruhestand tretende Landesdirektor erhält sein gesamtes Gehalt von 18 000 M. weiter. Ganz soll ich die Dinge aber in der agrarischen Spirituszentrale. Dort erhält der Reichstagsabgeordnete Kretsch 50 000 M. Gehalt, seine beiden Mitdirektoren dürfen kaum weniger erhalten. Das Agrarierium hat deshalb allen Anlaß, den Mund zu halten und uns nicht immer wieder zu veranlassen, darauf hinzuweisen, welche Gehälter es selbst zahlt.“

Es ist übrigens allgemein bekannt, daß die agrarischen Führer außerordentlich hohe Gehälter beziehen. Was die Bahn und Roefide, die die Geschäfte des Bundes der Landwirte im Reichstage zu besorgen haben, jährlich einstecken, das läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Neben den Gehältern fließen noch Zantemen, Unkosten, Reisefkosten, besondere Aufwendungen usw. in ihre Tasche, so daß man mit Recht behaupten kann, daß die Führer des Bundes der Landwirte besser bezahlt sind als ein preussischer Minister. Und dieses Gehaltswort erweist sich, bei jeder Gelegenheit über die Vergeubung der Arbeitergroschen durch die Sozialdemokratie zu zehren. Es kann bei der Wahl unserer Genossen sicher recht gute Dienste leisten, wenn sie darauf hinweisen, wie der Bund der Landwirte selbst den kleinsten Gewerbetreibenden und den kleinsten Landwirte besteuert, und wie diese Gelder dann Verwendung finden.

Die Flottentreiber an der Arbeit.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ geben jetzt gleichfalls zu verstehen, daß sie eine Beschleunigung unserer Flottenbauten für notwendig halten. England, so führen sie in einem Leitartikel aus, könne nur dann mit seiner bisherigen Überlegenheit gegenüber Deutschland rechnen, wenn Deutschland den Bauplan des Flottengesetzes, nach dem vom Jahre 1912 ab nur zwei Schlachtschiffe jährlich gebaut werden sollen, nicht ändere. Denn die Vollendung des Panamakanals, die dann erfolgende Verlegung der Hauptflottenmacht der Vereinigten Staaten nach dem Stillen Ozean und der Ausbau der japanischen Flotte würden dann England zwingen, eine erhebliche Flottenmacht in Australien zu stationieren, wodurch seine Flottenmacht in der Nordsee erheblich geschwächt werde. Da nun durch eine solche Situation die Möglichkeit gegeben sei, Englands Überlegenheit zu beseitigen, dürfe Deutschland sich nie und nimmer auf das bisher vorgesehene Bauprogramm festlegen!

Wenn England angesichts solch freundschaftlicher Erwägungen unserer Flottentreiber wieder von Mißtrauen befallen wird, braucht man sich nicht zu wundern! Und daß England, wenn es für die Aufrechterhaltung des bisherigen Kräfteverhältnisses die ungeheuerlichsten Aufwendungen zu machen gezwungen wird, nicht von Liebe für das offizielle Deutschland überlistet, ist ebenso selbstverständlich!

So sorgt die Rüstungshege unserer Flottentreiber für eine ständige, verhängnisvolle Verschärfung der internationalen Beziehungen!

Zur Nachwahl in Lindau-Zimmernstadt.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht die nachstehende Erklärung des jüngst gewählten nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Thoma:

„Um jeder weiteren Legendenbildung ein Ende zu machen, erkläre ich hiermit, daß ich nach wie vor materiell auf dem Boden der 4 Immunitäts-Punkte stehe und dies durch meine Abstimmung jederzeit bekräftigt werde. Formell muß ich mich aber verwahren gegen die Sockdarstellung in der gegenwärtigen Presse, als ob ich zur Anerkennung der 4 Punkte erst zwischen der Haupt- und Stichwahl durch Unterschrift eines sozialdemokratischen „Reverses“ hätte gezwungen werden müssen und als ob ich dadurch eine unzulässige Bindung bei Ausübung meines Mandats eingegangen sei.“

„Ich habe auf Anfrage einfach erklärt, daß ich getreu meinem Programm und meiner bisherigen politischen Haltung und Überzeugung gegen die Verschärfung des Reichstagswahl-

rechts und des Koalitionssystems gegen Ausnahmegerichte und gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung bei der Sozialgesetzgebung stimmen werde.“

Berlin, 28. März 1911.

Dr. Fr. Thoma, M. d. R.

Dazu bemerkt unser Münchener Parteiblatt:

In der sozialdemokratischen Presse ist nie von einem „Revers“ die Rede gewesen, sondern nur von der „schriftlichen Zusage“ des liberalen Kandidaten. Im weiteren Fortschritt oder „freundschaftliche“ Auslegungen zu verhüten, sei deshalb dem Schreiben des Herrn Dr. Thoma ergänzend hinzugefügt, daß seine als Endergebnis der von seinen Freunden herbeigeführten Verhandlungen erfolgte Erklärung schriftlich war.

Es ergibt sich aus dieser Erklärung mit aller Deutlichkeit, daß die Stilllegung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in der Tat nichts weiter ist, als Wortklauberei und daß insbesondere die Behauptung, die von dem liberalen Kandidaten abgegebene Erklärung bedeute „keinerlei Bindung gegenüber der sozialdemokratischen Partei“, nicht der Wahrheit entspricht.

Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Die Beratung der Reichstagskommission wird fortgesetzt bei § 2 des Wahlgesetzes. Nach der Regierungsvorlage soll das Wahlrecht an dreijährigem Wohnsitz im Wahlkreise oder — wenn eine Gemeinde mehrere Wahlkreise umfaßt — in der Gemeinde gebunden sein. Selbständige Gewerbetreibende, Hausbesitzer, Beamte, Lehrer oder Geistliche brauchen nur ein Jahr im Kreise zu wohnen. Der Verlust des Wahlrechts soll u. a. auch auf die Dauer von drei Jahren für solche Personen eintreten, die wegen Betrugs verurteilt worden sind. Unsere Genossen beantragten, das Wahlrecht auch auf die Frauen auszudehnen, die Wohnsitz-Nachricht auf ein Jahr herabzusetzen und die Beschränkungen des Wahlrechts wegen erlittener Strafen überhaupt zu streichen. Der Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts wurde gegen 6 Stimmen (vier Sozialdemokraten und zwei Fortschrittler) abgelehnt; abgelehnt wurde gegen die vier sozialdemokratischen Stimmen der Antrag, das Wahlberechtigungsalter auf das 21. Lebensjahr herabzusetzen. Das gleiche Schicksal hatte der Antrag, die einjährige Anwartschaft an Stelle der dreijährigen zu setzen; für den Antrag stimmten außer unseren Genossen Fortschrittler und Nationalliberale. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag des Zentrums, die Wahlberechtigung von dem Besitz der Elsaß-Lothringischen Staatsangehörigkeit abhängig zu machen. Dagegen wurde ein Antrag unserer Genossen angenommen, wonach nicht ein Wohnsitz im Wahlkreise, sondern nur ein solcher in Elsaß-Lothringen für die Wahlberechtigung erforderlich ist. Angenommen wurde ferner der Antrag unserer Genossen, den Wählerparagrafen zu streichen.

Das in der Regierungsvorlage vorgesehene Pluralwahlrecht wurde gleichfalls auf Antrag unserer Genossen gestrichen. Für den Antrag stimmten außer unseren Genossen die Fortschrittler und das Zentrum. Mit 14 gegen 12 Stimmen wurden endlich die sozialdemokratischen Anträge angenommen, wonach der Wahltag ein Sonntag sein muß und abgeschlossene Wählurnen zu verwenden sind. Die anderen Paragrafen wurden meist ohne Debatte im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Damit ist die zweite Lesung der Wahlgesetzvorlage erledigt. In der dritten Lesung, die erst nach den Osterferien stattfinden soll, zunächst berührt werden, die durch die Ablehnung des § 1 entstandene Lücke auszufüllen.

Die Kommission zur Vereinfachung der Zeichenverbrennung hielt am Freitag im Landtag die zweite Lesung ab. Natürlich kam, wenn auch inzwischen ein Personenwechsel stattgefunden hatte, bei gleicher Besetzung der bürgerlichen Parteien nichts anderes dabei heraus. Die Sozialdemokratie ist natürlich ausgeschlossen.

Ingenieur Spahig war es, beim § 2 den Zentrumsmann Sell gegen das plutokratische Wahlrecht zur Gemeindevertretung weitzern zu hören, von dem er befürchtet, daß eine Stadtverwaltung gegen den Willen der Mehrheit der Einwohner der Stadt ein Krematorium aufhalten könnte. „Ach, wenn das plutokratische Wahlrecht keine anderen Gefahren für die Mehrheit in sich trüge, dann wäre es leichter zu ertragen, als es leider der Fall ist!“

Betreffs der Winderjährigen wurde der Schlußsatz des § 9 der Regierungsvorlage wieder hergestellt; außerdem analog dem sächsischen Gesetz ein § 9a angehängt, welcher das beschleunigte Beschwerderecht regelt. — Daß der „protestantische Hedenroth mit den katholischen Gegnern der Feuerbestattung wieder die „Margarine blau färben“, d. h. die Feuerbestattung durch das Wort „Zeichenverbrennung“ ersetzen wollte, kann ja bei dem jetzt besetzten Gemüt dieses Christen ebenso wenig Wunder nehmen, als die katholische „Toleranz“, die sich mit gleicher christlicher Menschenliebe ihren Mitmenschen gegenüber gebärdet.

Der Versuch wurde übrigens mit Stimmengleichheit abgelehnt, ebenso der § 1 und schließlich das gesamte Gesetz. Jetzt hat das Plenum das Wort.

Von Interesse war, daß der Regierungsdirektor vom Justizministerium mit aller Entschiedenheit erklärte, daß mit Bezug auf Verbrechen das Gesetz eine vollständig genügende Sicherheit gewähre. Ja, wenn den Schwarzfärbern und ihren Helfershelfern nur darum zu tun wäre — ihre Verfolgung liegt auf ganz anderem Gebiete. Nach Ostern im Plenum werden sie nochmals darüber jammern.

Der Landesausch für Elsaß-Lothringen

besaßte sich am Mittwoch in zwei Sitzungen mit dem Fall Biele. Nicht genug mit den 75 000 M., die der kaiserliche Kasseninspektor Biele als Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Kreisvereins Molsheim unterschlagen hat, der Regierungsdirektor Geheimrat Lichtenberg mußte im Landesausch weiter gehen, daß eine ganze Reihe von Geschäftsführern landwirtschaftlicher Kreisvereine auf der Strecke geblieben sind. Im Laufe des vergangenen Sommers seien bei einem anderen Kreisverein auch bedeutende Unterschlagungen festgestellt worden, für die der Betrag allerdings nachträglich wieder erübt wurde. Der Regierungsdirektor mußte ferner zugeben, daß man den Kasseninspektor Biele im Amt ließe, obwohl der Regierung bekannt war, daß er bei einem Gemeindeführer Schulden machte, dessen Amtsführung er selbst zu kontrollieren hatte! Es lebe die Autorität!

Einblick in ein Offizierskasto

gewährte ein Mißhandlungsprozess, der gestern vor dem Kriegsgesicht der 1. Gardebataillon stattfand. Unter Anführung stand der Sergeant Dreuer vom 2. Gardebataillon; er hatte sich wegen Mißhandlung Unteroffizier zu verantworten. Der Angeklagte hat den Posten eines Kasinounteroffiziers innegehabt, und wie der als Zeuge vernommene Kompagnieführer, Hauptmann von Schönfeldt, erklärte, ist ein derartiger Posten der schwierigste und verantwortungsvollste. Die Stellung eines Kasinovorstehers verlangte von den Herren eines Unteroffiziers die größten Anforderungen. Die Buchführung sei außerordentlich kompliziert, und wenn z. B. bei einem Liebesmahl 36 Ordonnanzen daraufhin nachgesehen werden müssen, ob die Libreen und Kravatten sitzen, so sei dies für den Vorsteher eine schwierige Aufgabe, und wenn er dabei erregt werde, so wäre dies menschlich. Der Angeklagte wurde beschuldigt, während des Kasinobanketts in acht Fällen Unteroffiziers-

mißhandelt zu haben. So beschle er einmal dem Grenadier Kaufmann, als dieser zur Borecaugabe bei einem größeren Fest zu spät kam, mit den Worten: „Hier haben Sie den Krant!“ eine Badpfeife. Als der Grenadier Lorenz eines Tages im Kasino die lange Tafel zusammenstellte, und dies etwas länger als sonst dauerte, sagte ihn der Unteroffizier vor die Brust, dann an die Gurgel und stieß ihn gegen das Büfett. Bei einer anderen Gelegenheit erhielt er einen Schlag ins Gesicht. Grenadier Rau, der beim Auflegen der Silbergeräte etwas übersehen hatte, wurde vom Angeklagten ins Gesicht geschlagen, daß er Nasenbluten bekam. Als er beim Liebesmahl zu Kaisers Geburtstag für die Offiziere nicht schnell genug Ananas aus dem Keller holte, eilte ihm B. entgegen und versetzte ihm eine Ohrfeige. Am nächsten Tage sagte er Rau beim Hals und brühte ihn gegen das Spind. Grenadier Erich wurde einmal vom Angeklagten mit den Worten: „Ich schlage Dir A... die Badzähne ein!“ ins Gesicht gestoßen. Mit Rücksicht darauf, daß B. sonst ein tüchtiger Unteroffizier sei, erkannte das Kriegsgesicht auf drei Wochen Mittelarrest!

Frankreich.

Durand nervenkrank.

Paris, 30. März. Der Arbeitersekretär Durand, der vor einiger Zeit zum Tode verurteilt und vom Präsidenten zu einer Gefängnisstrafe begnadigt worden war, ist jetzt, da er Spuren von Geistesstörung zeigt, zur ärztlichen Beobachtung in ein Krankenhaus gebracht worden.

Spanien.

Die Ferrer-Debatte.

Madrid, 30. März. In der Deputiertenkammer erklärte der Republikaner Alvarez, daß das Militärstrafgesetzbuch lächerlich sei. Die Richter Ferrer hätten unter suggestiven Einflüssen gehandelt und das von ihnen eingeschlagene Verfahren sei notorisch parteiisch gewesen. In seiner Antwort erklärte Ministerpräsident Canalejas an, daß das Militärstrafgesetzbuch abänderungsbedürftig sei, das Urteil über Ferrer aber sei gerecht und endgültig. Die Regierung könne auf den Prozeß nicht zurückkommen. Er fürchte, die gegenwärtige Kampagne sei nur der Anfang einer Reihe von Handlungen, die das Parlament zu mißbilligen verpflichtet sei. Alvarez kündigte darauf an, die Republikaner würden Anträge auf eine Revision des Prozeßes Ferrer und auf eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuches stellen. Dato erklärte namens der Konservativen, seine Partei übernehme jede Verantwortung für die Handlungen des Kabinetts Maura, das dem Könige den Rat, Ferrer zu begnadigen, nicht habe erteilen können.

Rußland.

Die Verfassungskrise in Rußland.

Die Parlamentskrisis, die durch den brutalen Gewaltstreik Stolypins heraufbeschworen wurde, ist noch immer nicht geklärt. Die Maßregeln, die Stolypin anwandte, um im Amte zu verbleiben und die Duma nicht auflösen zu müssen, haben nicht nur die hohe Bürokratie, die sich durch die Maßregelung der Reichsratsmitglieder Durnowo und Trepow in ihrer Machtstellung bedroht fühlt, gegen den Diktator aufgebracht, sie haben auch die Oktoberisten gezwungen, öffentlich mit Stolypin zu brechen. Die Ministerkrisis ist in eine alte Parlamentskrisis umgeschlagen, deren Konsequenzen schwer abzusehen sind. Es herrscht eine Verwirrung und Unsicherheit, die täglich neue Überraschungen verspricht. Der Dumapräsident Gutschkow, der zuerst als Führer der Oktoberisten und dann als Vorsitzender der Duma mit Stolypin durch die und dann ging, ist von seinen Voten zurückgetreten. Auch der Vorsitzende des Reichsrates, Kriemow, trägt sich mit Rücktrittsgedanken. Der bisher so gefügige Reichsrat will sogar — zum erstenmal seit seinem Bestehen — über eine Interpellation wegen des ungeklärten Vergehens Stolypins beraten. In der Duma fand eine solche Beratung gleich nach der Wiederaufnahme ihrer Sitzungen am 28. März statt. Nachdem die Dringlichkeit mit 198 gegen 110 Stimmen angenommen wurde, wurden sämtliche Interpellationen der Oktoberisten, der Progressiven, der Kadetten, der Sozialdemokraten fast mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die endgültige Fassung der Duma-Interpellation wird laut dem Regiment in der Sitzung des Präsidiums und der ersten Antragsteller vorgenommen. Allgemein wird dieser Fassung mit der größten Spannung entgegengeesehen, da von ihr in bedeutendem Maße der Ausgang der Krise abhängt. Die „Realpolitiker“ des Zentrums, denen nach dem ersten mannhaften Schritt bereits das Herz in die Hosen gefallen ist, suchen bereits nach einer Formel, die das Mißtrauensvotum der Duma soweit abschwächen könnte, daß Stolypin von einer Auflösung der Duma Abstand nimmt. Ein solcher Ausgang würde der ganzen Haltung der Oktoberisten entsprechen, die einerseits bestrebt sind, sich vor den Wahlen als die Verteidiger der Verfassung par excellence den Wählern zu präsentieren, andererseits aber vor einem Konflikt mit Stolypin heillosen Furcht haben, da sie ohne Unterstützung der Administration bei den nächsten Wahlen aufs Haupt geschlagen werden. Diese Gelden von der traurigen Gestalt erwöhnen nunmehr mit keiner Silbe die angedrohte kollektive Niederlegung der Mandate und weisen mit patriotischer Entrüstung das Ansuchen der Linken zurück, ihre oppositionelle Bestimmung doch durch die Ablehnung des Budgets zur Geltung zu bringen.

Soziales.

Die Grubenherren die Schnapsbäck bekämpfen.

Eine eigenartige Bekämpfung der Zuspöset, die leider unter den Bergleuten immer noch sehr arg grassiert, liefen sich verschiedene Bergverwaltungen. Die Jense „Concordia“ in Oberhausen hat die lobenswerte Einrichtung getroffen, Milch und Selterwasser auf dem Hohenblach zum Ausverkauf zu bringen. Zum wurde dem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes mitgeteilt, daß in diesen „Milchhäuschen“ Schnaps in großen Maßgläsern zum Ausverkauf komme und am meisten verlangt wurde. Nachdem der Arbeiterausch vergeblich bei der Bergverwaltung zur Beilegung dieses Standes vorgeht geworden war, wandte sich der Bezirksleiter beschwerend an die Bergbehörde. In dem Antwortschreiben der Bergbehörde wird die Tatsache des Schnapsausverkaufs zugegeben; es müsse aber von einem Einschießen Abstand genommen werden, weil die Ausverkaufsstelle nicht mehr auf dem Berggrundstück stehe! Auf Beschwerde bei der Polizeibehörde erhielt dann der Bezirksleiter die Antwort, daß der Ausverkauf konfiszieren sei.

Der Joche Neumühl hat der Kreisausch ebenfalls, trotz des Widerspruchs der Ortspolizeibehörde, die Konzession zum Betriebe einer Schnapsbäck erteilt. Freilich ist man hier nicht auf den Ausweg des Milchhäuschens verfallen, sondern schenkt treu und brav Zuspöset.

Wie weit aber der Arm der Grubenherren reicht, erhellt man aus der Tatsache, daß die Konzession trotz des Widerspruchs der Ortspolizeibehörde erteilt wurde.

Durch die Schnapsbäck verdienen die Bergbarone und erhoffen wohl vor allem, daß der Fusel die Bergarbeiter willensschwach und dem Ansehen der Bergbarone gefügig mache.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1910.

Nach der soeben veröffentlichten Abrechnung hat der Verband im Jahre 1910 beispiellose Fortschritte gemacht. Die Zunahme an Mitgliedern übertraf die aller früheren Jahre: Sie betrug 90 667. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 349 941 auf 426 989, die der Jugendlichen von 7800 auf 18 355, die der weiblichen von 15 548 auf 23 672. Die Gesamtmitgliedszahl am Jahreschluss betrug 464 016.

Die Jahresrechnung bilanziert mit der Summe von 13 089 403,05 Mark. Die reinen Einnahmen waren: Beitrittsgebühren 86 784,20 M., Beiträge 11 880 886,80 M., Sonstige Einnahmen 108 404,86 M., zusammen 12 166 075,86 M.

Für Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: Reisegeld 201 264,69 M., Linzungsunterstützung 98 787,93 M., Krankenunterstützung 2 745 898,78 M., Arbeitslosenunterstützung 1 536 318,11 M., Unterstützung bei Wohnregelungen 149 500,40 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 58 687,55 M., Sterbegeld 88 247 M., Rechtschutz 43 471,86 M., Streikunterstützung 2 803 476,40 M., zusammen 7 815 592,17 M.

Der Verband hatte im Berichtsjahre 1870 Lohnbewegungen zu führen, unter denen sich opferreiche Kämpfe befanden. Es sei nur erinnert an die Wertarbeiterbewegung, die 1 1/2 Millionen Mark kostete, an die Kämpfe in Hagen-Schwelm, Remscheid und Pforzheim, die ebenfalls bedeutende Summen erforderten.

Das Vermögen des Verbandes hat trotz der großen Ausgaben zugenommen. Es stieg in der Hauptkasse um 848 555,06 M., in den Lokalkassen um circa 500 000 M., so daß das Gesamtvermögen am Jahreschluss 7 1/2 Millionen Mark betrug.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ kommt bei der Besprechung der Abrechnung zu dem Schlusse, daß der Hauptkassier mehr finanzielle Mittel als bisher zugeführt werden müssen. Das müsse geschehen, um die günstige Konjunktur auszunützen zu können, aber auch, um für die Zukunft zu sorgen, denn bei der folgenden Krise würden die Aufwendungen für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung steigen. Auch wird auf den jetzigen Kampf in Chemnitz hingewiesen, der nicht der letzte derartige Kampf sein werde, den der Verband durchzuführen habe. Dieser Hinweis auf den Kampf in Chemnitz ist unseres Erachtens auch zu beherzigen von allen den Metallarbeitern, die sich bis jetzt den Metallarbeiterverbänden noch nicht angeschlossen haben. In Chemnitz werden auch die unorganisierten Arbeiter rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Das ist bei den großen Arbeitskämpfen der letzten Zeit fast überall der Fall gewesen. Die Arbeiter, die keiner Organisation angehören, stehen in solchen Fällen schutzlos da. Nur die Gewerkschaft steht ihnen in der Gefahr bei. Darum müsse kein Arbeiter länger mit der Erfüllung der Pflicht, sich der Gewerkschaft seiner Kollegen anzuschließen.

Berlin und Umgegend.

Ein neuer Tarifvertrag für die Goldschmuckmacher.

Mit dem Schuhverband der Berliner Schlossereien usw. hat der Deutsche Metallarbeiterverband einen Tarifvertrag für die Goldschmuckmacher vereinbart, der gestern abend die Zustimmung der Arbeiter fand. Die Tarifbewegung ist mit einem Erfolg beendet worden.

Die Unternehmer machten das Zugeständnis, die Mindestlöhne vom 1. April 1911 ab um 4 Pf. und vom 1. April 1913 ab um weitere 2 Pf. zu erhöhen. Die tatsächlich gezahlten Löhne sollen vom 1. April 1911 ab um 2 Pf., vom 1. April 1912 ab um weitere 2 Pf. und vom 1. April 1913 ab nochmals um 2 Pf. erhöht werden. Die Löhne von 75 Pf. und mehr werden vom 1. April 1911 einmalig um 2 Pf. erhöht. — Der Tarif soll bis zum 1. April 1915 gelten. Die letztere Bestimmung rief in der Versammlung einigen Widerspruch hervor, aber die Unternehmer hatten diesen Punkt zu einer Bedingung für den Tarif überhaupt gemacht und die Arbeiter waren schließlich damit einverstanden.

Wachtung, Metallarbeiter! Der Betrieb der Firma Riemann ist nach wie vor streng gesperrt. Da die Firma und die von ihr beauftragten Streikbrecheragenten sich in auswärtigen Zeitungen bemähen, durch allerhand unklare Imperate Arbeitswillige nach Berlin zu locken, ersuchen wir auswärtige Blätter um Nachdruck. Deutscher Metallarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Wachtung, Friseurgehilfen! Tariflich geregelt in Oberhönowe: Stippelohlf, Mathenaustr. 4; Verndt, Luisenstr. 16; Wiedt, Alarstr. 13; Rabenstein, Edisonstr. 40; Rothe und Kola, Waißstraße 8 und 77; für Berlin: Hanne, Voehstr. 50. Die Sperre ist aufgehoben bei Schulz, Rixdorf, Richardstr. 53. Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Die Lohnbewegung der Flaschenmacher in Stralau und den Zweigfabriken dieser Firma in Rädvitz und Rauscha ist durch Verhandlungen zum Abschluss gekommen. Den Arbeitern in Stralau und in Rädvitz wurde eine 4prozentige und den Arbeitern in Rauscha eine 3prozentige Lohnzulage auf den zurzeit gültigen Lohnsatz gewährt. Dazu kommen noch einige andere Vergünstigungen im Arbeitsverhältnis.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Gärtnereigewerbe.

In Dresden legten am 27. März die Arbeiter der Landschaftsgärtnereibetriebe die Arbeit nieder, nachdem die Unternehmer Verhandlungen abgelehnt hatten. Gefordert wird für Gehilfen 50 Pf., für Arbeiter 45 Pf. Stundenlohn. Nach zweitägigem Ausstände hatten 18 Firmen mit 81 Beschäftigten diese Forderungen bewilligt, insgesamt haben 150 Mann die Arbeit niedergelegt. In Leipzig sind für dieselbe Branche gleiche Forderungen gestellt worden. In der Handelsgärtnerei werden Wochenlöhne verlangt. In Rürnberg sind für alle Branchen Forderungen gestellt worden. In Stuttgart befinden sich die Landschaftsgärtner in einer Lohnbewegung, gefordert wird 48 Pf. Stundenlohn. Die Unternehmerorganisation lehnt Unterhandlungen ab mit der Begründung, daß die Forderungen bereits durchgeführt seien, was aber nicht zutrifft. In Solingen wird die zehnjährige Arbeitszeit verlangt; für Landschaftsgärtner pro Stunde 46 Pf., für gemischte Betriebe 25 M. Wochenlohn, für Friedhofsgärtner 26 M. In Bremen haben die Unternehmer abermals alle Verhandlungen abgelehnt, sie werden dieser Tage über weitere Maßnahmen entscheiden. Auch in Kiel lehnten die Unternehmer Verhandlungen ab, sie wollen nicht mit der Organisation, aber mit ihren Gehilfen verhandeln. In Berlin wird in der Handelsgärtnerei am 8. April die Arbeit eingestellt werden, soweit die Unternehmer die Forderungen nicht anerkannt haben.

Erfolgreicher Bergarbeiterstreik.

Gendarmen, Gerichtsvollzieher und Siebenmonatskinder haben es fertiggebracht, den Bergarbeiterstreik auf der Grube Finkenherd bei Frankfurt a. O. ergebnislos zu beenden. Seit 8 Wochen streikten die Bergarbeiter wegen Gehingelohnkürzung und um verschiedene Mißstände zu beseitigen. Gleich zu Beginn des Streiks zeigte es sich, daß die Werkverwaltung über Hilfskräfte verfügte, die nicht jedem Unternehmer zu Gebote stehen. Ihre Beamten erhielten vom zuständigen Amtsdirektor v. Burgsdorff Waffenscheine ausgestellt. Dazu kam noch, daß etwa ein Duzend Gendarmen für die „Sicherheit der Arbeitswilligen“ sorgte. Da aber für die Gendarmen nichts zu tun war, so versuchten sie die Streikenden zum Streikbruch zu bewegen! Später

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. In jeder Nummer 2000 Exemplare.

trafen in zwei Transporten etwa 30 Hamburger Streikbrecher ein, die Revolver trugen und den weitesten „Schuh“ der Sicherheitsorgane genossen. Dieser „Schuh“ ging so weit, daß die Hamburger Pinkertons auf offener Straße Streikende anfallen konnten und auf sie schossen. Ein andermal wurde ein Streikposten von den Hamburgern verprügelt; der in der Nähe stehende Gendarm konnte davon nichts sehen, weil er gleich Recht machte und verschwand. Ueberhaupt hatten die Streikposten schwere Tage; sie wurden von den Gendarmen nirgends geduldet. Einer der Sicherheitsbeamten drohte sogar einem Ausständigen, daß, wenn er sich nicht füge, er niedergeschlagen würde wie ein Ochse vom Schlächter. Als die Streikenden ihre Papiere vom Werke abholten, wurden ihnen diese von drei Gendarmen ausgehändigt und übergeben.

Daneben regnete es Anzeigen über Anzeigen auf die Ausständigen herab und die gerichtlichen Vernehmungen wegen angeblicher Vergehen nahmen kein Ende. Auch der Gerichtsvollzieher trat gegen sie in Tätigkeit, indem er die in Werkhäusern wohnenden Verurteilten auf die Straße setzte. Dem von diesem Schicksal gleichfalls betroffenen Arbeiter wurde hierbei ein Schrank zerbrochen, in dem er die Streikgebühren verwahrte. Von dem hierbei herausgefallenen Gelde beschlagnahmte der Gerichtsvollzieher einen Teil zur Deckung der Räumungskosten.

Die Werkleitung ist Sieger geblieben. Sie wird sich dieses Sieges aber nicht sonderlich freuen können, denn von ihren eingearbeiteten Leuten kehrt nur die knappe Hälfte in den Betrieb zurück, die anderen haben anderweitig sich eine Existenz gesucht.

Streik in den Maschinenfabriken von Brandenburg a. N.

In Brandenburg a. N. befinden sich die Metallarbeiter in den Maschinenfabriken in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer haben so geringe Zugeständnisse gemacht, daß die Arbeiter das als eine Verhöhnung ansehen. Bei den Firmen Gebr. Wiemann und in der Deutschen Nähmaschinenfabrik ist es bereits zur Arbeitseinstellung gekommen. Ob mit den beiden übrigen Firmen, Gottfried Krüger (Elisabethhütte) und der Landwirtschaftlichen Fabrik von G. B. Richter eine Verständigung erzielt werden kann, ist noch sehr zweifelhaft. Die Bewegung wird mit dem Zentralverband der Schmiede und dem Gewerkschaftsverband der Maschinenbau- und Metallarbeiter gemeinsam geführt. — Zugun- zug von Metallarbeitern aller Branchen ist gänzlich ferngehalten.

Soldaten als Streikbrecher.

Beim Transportarbeiterstreik in Posen vertriehen Soldaten vom 6. Infanterieregiment und von den reitenden Jägern die Arbeiten der Streikenden. Außerdem hat die Eisenbahndirektion den bedrängten Unternehmern Güterbodenarbeiter zur Verfügung gestellt. Schulheute begleitet jedes Gefährt. Der Streik hat noch an Ausdehnung zugenommen. Fast der gesamte Verkehr im Speditionsbezirk steht, was jetzt zur Zeit des Unglückstermins immer fühlbarer wird. Die reaktionäre Presse verbreitet wieder die üblichen Schwindelnachrichten über Terrorismus und über Ausschreitungen durch die Streikenden. Dabei ist, wie selbst liberale Blätter zugeben, die Haltung der Streikenden geradezu musterhaft, und noch nicht das geringste ist vorgekommen.

Der Kampf der Holzarbeiter in Hamburg.

Die Aussperrung nimmt einen nur sehr mäßigen Fortgang. Bis zum 30. März nachmittags wurden nur weitere 121 Mann aus 24 Betrieben als ausgesperrt gezählt, so daß jetzt insgesamt 661 Mann aus 102 Betrieben ausgesperrt sind. Die Zahl der Streikenden hat sich nicht vermehrt. Die Arbeit eingestellt haben bekanntlich insgesamt 1107 Holzarbeiter, von denen aber bereits eine ganze Anzahl Verheirateter anderweitig untergebracht sind, und zwar in Stellen, die von den ledigen Kollegen, die zur Abreise verpflichtet wurden, verlassen sind. Diese verlassen in Scharen auch weiter das Kampfgebiet und werden auswärts gern eingestellt.

Von den Unternehmern war in ihrer Versammlung behauptet worden, daß die Masse der Holzarbeiter vom paritätischen Arbeitsnachweis nichts wissen wolle, wegen des Nachweises würden die Holzarbeiter nicht kämpfen. Die Streikleitung legte nun Wert darauf, darüber Klarheit zu schaffen und verlangte eine geheime Abstimmung der Angehörigen derjenigen Branchen, für die der paritätische Arbeitsnachweis bisher obligatorisch war. Die Abstimmung ergab 2388 Stimmen für Beibehaltung des paritätischen Arbeitsnachweises und nur 30 dagegen. Ebenso einmütig wurde beschlossen, den Kampf solange zu führen, bis der Nachweis von der Arbeitgeberorganisation anerkannt wird.

Die Arbeitgeber sind nun um eine weitere Hoffnung ärmer. Wie schon mitgeteilt, hat die Tischlerinnung ihren früheren Arbeitsnachweis wieder eröffnet, und mit demselben Augenblick wurde selbstverständlich die Sperre durch den Holzarbeiterverband darüber verhängt und die Streikposten gegen auf. Das paßt nun aber der Polizei gar nicht. Den Streikposten wird einfach der Aufenthalt in der ganzen Straße verboten, und weil die Posten diesem „Befehl“ nicht sofort Folge leisteten, wurden sie verhaftet.

Der Arbeitgeberverband hat den Polizeibeamten bekannt gegeben lassen, daß für jede Anzeige wegen Belästigung Arbeitswilliger durch Streikposten, wo der Täter gerichtlich belangt werden kann, eine Prämie von 25 bis 50 M. durch den Schuhverband gewährt wird. Es wird sogar behauptet, daß bei der Paroleausgabe den Schulheuten dieses mitgeteilt ist. — Alle diese ungeschicklichen Kampfmittel werden den Arbeitgebern nichts nutzen, wenn die deutschen Holzarbeiter den Zug streng fernhalten.

Nach siebenmonatiger Dauer ist der Kampf mit der Brennerei Oppenheimer in Düsseldorf durch Vermittlung des Syndikus des Verbandes der Hefefabrikanten beendet. Die Firma verpflichtet sich, einige Ausständige sofort, andere innerhalb bestimmter Zeit einzustellen. Zwei vom Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter zur sofortigen Einstellung empfohlene, von der Firma aber abgelehnte Arbeiter, erhalten eine Entschädigung von je 300 M. Die Organisation erkennt die Firma an und erklärt ausdrücklich, daß sie der Zugehörigkeit der Arbeiter zur politischen oder gewerkschaftlichen Organisation in keiner Weise etwas in den Weg legen wird. — Wegen Anerkennung der Organisation hatten die Arbeiter diesen langen Kampf geführt; jahrelang hatte die Firma die Anerkennung verweigert, jetzt hat sie kapitulieren müssen.

Der Metallarbeiterkampf in Chemnitz

nimmt seinen Fortgang. Der Allgemeine Konsumverein, die Konsumvereine der Vorstädte Gohlis und Sillerdorf und der Produktverteilungsverein in Reustadt bei Chemnitz haben beschlossen, ihren streikenden und ausgesperrten Mitgliedern während der Dauer der Bewegung jede Woche ein großes Brot unentgeltlich zu geben.

Zur Tarifbewegung der Formier- und Sieher haben sich nun auch Tarifbewegungen der Färbereiarbeiter und der Transportarbeiter gesellt. Nach herichtigtem Muster haben auch die Färbereibesitzer die an sie gerichteten Forderungen ohne Antwort gelassen; es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch hier noch zum Streik kommt.

Die Schuhmacher in Groß-Stuttgart haben ihre Kündigung eingereicht, die am 1. April abläuft. Ueber einen von den Gehilfen eingereichten Lohnsatz konnte eine Einigung nicht erreicht werden, da die Meister hieran unerfüllbare Bedingungen knüpfen. Ein allgemeiner Ausstand im Schuhgewerbe in Stuttgart ist deshalb mit dem 1. April sehr wahrscheinlich. — Zugun- zug von Metallarbeitern aller Branchen ist gänzlich ferngehalten.

29. Woche, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Ausland.

Die Tapezierer von Zürich befinden sich in Streik. In auswärtigen Zeitungen werden Arbeiter zu 1 Franken pro Stunde gesucht. Wir wären mit weitaus weniger zufrieden. Kein Tapezierer nehme Stellung nach Zürich an. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten. Das Aktionskomitee.

Der Kampf der südwalisischen Bergarbeiter.

Man schreibt uns aus London vom 27. März: Das Ergebnis der Abstimmung der streikenden Bergarbeiter über die Bedingungen der Grubenherren hat Uebererregung verursacht. Der Einigungsversuch, der in Wirklichkeit auf die Unterwerfung der Arbeiter hinauslief, ist mit der überwältigenden Mehrheit von 7041 gegen 309 Stimmen abgelehnt worden. In der bürgerlichen Presse hat die Bekanntmachung dieses Resultats eine wahre Konfektion hervorgerufen. Nicht ohne Grund, denn es macht dem ganzen tenbensigen Geschwäg, daß die Arbeiter schon seit langem friedens- und ruhebedürftig seien und nur durch die terroristische Hege der Sozialisten zum Ausharren im Kampfe veranlaßt werden, mit einem Schläge den Garaus. Alle Blätter müssen heute zugeben, daß diese bemerkenswerten Zahlen doch mehr zeigen, als mit allem „Terrorismus“ erklärt werden kann. Diese Zahlen nach einem sechs Monate langen bitteren und entbehrungsollen Kampfe offenbaren eine Geistesbeschaffenheit der südwalisischen Bergarbeiter, die die ganze bürgerliche Welt Englands mit Besorgnis erfüllt. Nur der tapfere und siegesglatte Kampf der nordenglischen und schottischen Bergarbeiter hat seit vielen Jahren in Großbritannien eine ähnliche einmütige Entschlossenheit zutage gefördert.

Nach dieser Abstimmung ist die Aussicht auf Beilegung des Kampfes wieder in weite Ferne gerückt. Wie sie die Beziehungen zwischen dem lokalen Streikkomitee und der Zentralorganisation beeinflussen wird, ist noch unbestimmt. Morgen beginnt die Jahreskonferenz des Südwalisischen Bergarbeiterverbandes in Cardiff, wo die Angelegenheit zweifellos zur Erörterung gelangen wird. Während der ganzen Dauer des Streiks sind bisher 200 000 Pfund Sterling, also 4 Millionen Mark an Unterstützungsgeldern gesandt worden. Auch der „Bergarbeiterverband von Großbritannien“, der wöchentlich 3000 Pfund Sterling beisteuert, droht, die Unterstützung wegen Geldmangel einzustellen. Ob die entschlossene Haltung der Streikenden die Grubenherren versöhnlicher stimmen wird, bleibt noch abzuwarten. In der bürgerlichen Presse erscheinen Notizen, wonach die Bergwerke sich mit dem Gedanken tragen, wegen Abnahme der Bestellungen vom Kontinent, den Grubenbetrieb für eine Weile ganz stillzulegen. In diesem Gerücht ist aber unsäuer ein Räuber der Grubendirektoren zu erkennen, das den Zweck hat, die Arbeiter einzuschüchtern.

London, 28. März. Die Jahreskonferenz des Südwalisischen Bergarbeiterverbandes begann heute ihre Tagung in Cardiff. Es waren vertreten über 150 000 Bergarbeiter durch 293 Delegierte. Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Presse geführt wurden, bezogen sich hauptsächlich auf den Streik im Nordbathale und dessen finanzielle Führung. Die Stimmung war sehr kompromisslos und mehrere Redner schlugen die Proklamierung des Generalstreiks im ganzen südwalisischen Kohlenfelde vor.

Letzte Nachrichten.

Das Echo der Bethmannschen Rede.

Paris, 31. März. (W. T. B.) Der Senat beriet heute nach Erklärung der Dringlichkeit den Gesetzentwurf betreffend die Stapellegung zweier Panzer im Jahre 1911. Plaisierrès protestierte gegen die maßlosen Rüstungen und sagte, es würde Zeit, ein wenig Beschränkung in die internationalen Beziehungen zu bringen. Marineminister Delcasse erwiderte, daß man die Morgenröte der allgemeinen Abrüstung andrehen sehe, sei nach der Rede des deutschen Reichslanklers nicht von heute auf morgen zu erwarten. Es sei die Pflicht Frankreichs, an die bringende Notwendigkeit der nationalen Verteidigung zu denken. Die beiden Panzer, um deren Bewilligung er bitte, würden in drei Jahren erbaut sein. Was die Armierung anlangt, so stelle er die Vorteile des 340 Millimeter-Geschützes nicht in Abrede, aber dieses werde nicht häufig Gelegenheit finden, seine Ueberlegenheit zu zeigen. Die jüngsten Schießübungen hätten ausgezeichnete Erfolge des 305 Millimeter-Geschützes ergeben. Frankreich müsse es vermeiden, sich von anderen Nationen überflügeln zu lassen, die ihren Schiffbau mit bewundernswürdiger Fähigkeit und Energie verfolgten. Er werde von den bewilligten Summen den besten Gebrauch machen. Wie werden hoffentlich so dahin kommen, schloß Delcasse, daß wir eine immer stärkere und gut ausgebildete Flotte haben, die fähig ist, sich überall mit Ehre zu zeigen, wozin die Ehre und die Interessen Frankreichs sie rufen. (Rebhoffer Weisfall.) Graf de Coussin erklärte, die Rede werde die Kredite bewilligen. Die gestrige Rede des deutschen Reichslanklers zeige, wie gefährlich es wäre, unter dem Mangankabaum des Pazifismus einzuschlafen. (Weisfall.) Vizeminister de Coussin führte aus, er werde dem Gesetzentwurf in der von der Deputiertenkammer angenommenen Fassung zustimmen, um jede Verzögerung zu vermeiden, de Lobeau drang in gleicher Weise auf die Annahme des Gesetzentwurfs, man dürfe nicht vergessen, daß Deutschland auf dem Punkte sei, einen großen Vorsprung vor Frankreich zu gewinnen.

Aus dem Reich der Lüfte.

Hannover, 31. März. (W. T. B.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist mit der Fortsetzung des Fluges der Militärflieger vor morgen nachmittag 3 1/2 Uhr nicht zu rechnen. Der Flug nach Berlin wird also erst morgen nachmittag fortgesetzt werden.

Streik der Rheinschiffer.

Als, 31. März. (W. T. B.) Die bei Egan u. Co. streikenden etwa 250 Schiffleute verlangen, daß am Sonntag von den Stationen Rannheim, Mainz, Frankfurt, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam nicht gefahren werden soll, ferner eine Rodtrabe von mindestens acht Stunden und einen Mindestwöchenslohn von 40 M. für Maschinenisten und 28 M. für Heizer. In allen deutschen und holländischen Rheinhäfen sind Vertreter der Streikenden, deren Sache der Bund der Maschinenisten und Heizer führt, anwesend, um das Abfahren der Schiffe zu verhindern.

Vom Kriegsschauplatz der Arbeit.

Christiania, 31. März. (W. T. B.) Die erwartete allgemeine Aussperrung in der Eisen- und Metallindustrie ist gestern erklärt worden. Etwa 15 000 Arbeiter werden betroffen.

Große Feuersbrunst in Galizien.

Lemberg, 31. März. (W. T. B.) In Dublanz bei Sambor sind vierhundert Bauernhäuser niedergebrannt.

Blutige Kämpfe in Mexiko.

Rogates (Arizona), 31. März. Nach Gerüchten sind in den Kämpfen, die seit Montag in der Nachbarschaft von Ures (Mexiko) zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen stattfanden, auf beiden Seiten etwa 1000 Mann gefallen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

100. Sitzung. Freitag, den 31. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kinderlen-Wächter.

Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. Zweiter Tag.

Abg. Dr. Frank-Rannheim (Soz.):

Die Antwort auf die Rede, die der Reichskanzler gestern zur Frage der Abrüstung gehalten hat, ist schon im voraus von einem anderen großen Frankfurter gegeben worden.

„Daran erkenne ich den gelehrten Herrn! Was ihr nicht laßt, sieht euch meilenfern; Was ihr nicht laßt, das fehlt euch ganz und gar; Was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr.“

In keinem anderen Parlament ist die große Frage des Weltfriedens so klein, so ängstlich und so kurzichtig behandelt worden, wie gestern hier. Der Reichskanzler hat sich zu seiner Hilfe auf eine Kränkung des französischen Kriegsministeriums berufen. Nun sind ja gewisse Regierungsredenarten internationale Eigentum; aber die Vemerzung des französischen Ministers erfolgte doch — das muß zu seiner Entschuldigung gesagt werden —, nachdem kurz vorher der Deutsche Reichstag eine neue Militärvorlage bewilligt hatte. Warum beruft sich der Reichskanzler nicht lieber auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der am 6. Dezember 1910 mitteilte, er habe die Ernennungen für die Kommission zum Studium dieser Frage noch nicht vorgenommen, weil er die Antworten der fremden Regierungen abwarten wolle, damit die Frage nachher erfolgreich in Angriff genommen werden könne. Die Rede des Reichskanzlers wird später ähnliche Empfindungen erwecken wie heute etwa die Gutachten seiner Professoren, die beweisen haben, daß es unmöglich sei, Eisenbahnen zu bauen. Gätte vor 300 Jahren jemand vorausgesagt, im Gebiet des heutigen Deutschlands werde vollkommener Friedensfrieden herrschen, so wäre er als ein Narr bezeichnet worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler meint, Kriege würden heute nicht mehr durch Kabinette hervorgerufen, sondern durch Volksstimmungen. Wenn die preussische und die deutsche Regierung sich auf Volksstimmungen beruft, so bin ich immer misstrauisch, dann soll sicher irgend eine richtungsbefugte Behörde beauftragt werden. Fragt man, warum die Verfassung bei Ernennung von Offizieren nicht beachtet wird, so beruft man sich auf die Volksstimmung. Fragt man, warum man nicht abrüsten will, so heißt es, die Volksstimmung will es nicht.

Es ist nicht wahr, daß die Volksstimmung gegen den Frieden ist.

Die Volksstimmung in England, in Frankreich, in Deutschland ist friedlich, die Arbeiter, die Völker der ganzen Welt wollen den Frieden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Einwände des Reichskanzlers waren ganz subalterner Natur, er fürchtet, man werde für die Kontrolle nicht sorgen können, die Kontrolle ist ja immer das wichtigste für den Bureaufürsten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontrolle wird bedeutend leichter sein als heute, wo sich die Staaten mit Spionen umgeben. Sie wird gegeben sein durch die Öffentlichkeit der Staatsbudgets. Die Voraussetzung dafür ist freilich ein gewisses Mindestmaß demokratischer Staatseinrichtungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am meisten unympathisch ist dem Reichskanzler der sozialdemokratische Antrag, weil er von ihm eine gewisse Initiative erwartet. Es gibt eben geschichtliche Situationen, wo man mit Fleiß und Nachsicht allein nicht auskommt, sondern wo schöpferische Kraft und Anknüpfungswille am Platze sind. Als feinerzeit die Gewerkschaften die ersten Tarifverträge schufen, waren das auch keine Musterarbeiten, aber sie hatten den Mut und den Willen, Pfadfinder zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angenehm ist dem Reichskanzler der fortschrittliche Antrag, weil er ihm erlaubt, die Hände in den Schoß zu legen und zu warten. Nach seiner gestrigen Rede ist er auch allerdings nicht der geeignete Mann, um solche Anträge zu formulieren, (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern es wäre der Sache wohl dienlicher, wenn die Anträge in London oder Paris formuliert werden. Jedenfalls bleibt dem Reichskanzler der zweifelhafte Ruhm, der Friedensliebe Deutschlands in der Welt einen falschen Namen gemacht zu haben, dem Ansehen Deutschlands geschadet zu haben. Vor allem wird die kritische Bemerkung über das Recht der Schwachen in den kleinen Staaten Belgien, Holland, Dänemark freudig berühren. Die

Kleines feuilleton.

Wann ist die Sitte der Feuerbestattung entstanden? Wenn es richtig sein soll — und nach Ansicht frommer Zentrumsmänner steht es unumstößlich fest, — daß die Idee der Feuerbestattung eigens zur Bekämpfung des Christentums von der preussischen Regierung ausgeht, so hat der Zweifel, in solchen Fällen die eigentlich verantwortliche Person, das Christentum durch diese Idee belächelt, noch lange bevor es ein Christentum gab. Denn die Totenverbrennung zählt in Europa ein so hohes Alter, daß ihre Anfänge sich bis in die Steinzeit verfolgen lassen. In einem Referat, gehalten auf der 41. allgemeinen Versammlung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft im August vorigen Jahres (abgedruckt im „Archiv für Anthropologie“, 1911, I) hat Herr Seger die einschlägigen Tatsachen zusammengestellt, die auf die Entstehung der Leichenverbrennung in der jüngeren Steinzeit einiges Licht werfen. Nach Ansicht des Referenten ist die Totenbestattung überhaupt schon in der älteren Steinzeit entstanden. Dies beweisen viele Ausgrabungen aus dieser Zeit, die uns die Skelette der Verstorbenen auf einer Unterlage von zerleinerten Feuersteinstücken, umgeben von Werkzeugen und Schmuckstücken zeigen. Das Charakteristische aller dieser Gräber besteht darin, daß die Toten an den Herden ruhen. Darin offenbart sich der Gedanke des primitiven Menschen, dem Tote eine direkte Fortsetzung des bisherigen Lebens zu ermöglichen. Als später, in der jüngeren Steinzeit, die Lebensbedingungen sich geändert haben und der Mensch aus den Felsenhöhlen und Höhlen zu den Siedelungen im Freien überging, mußte sich der Tote, der nun abseits der menschlichen Wohnungen begraben wird, mit einem Erlaß des Herdes begnügen. Dies geschah, indem man über den Gräbern heilige Feuer anzündete. Dieser Brauch wird so feststehend, daß man bis jetzt kaum ein größeres Steingrab angetroffen hat, das nicht die Spuren solcher Gräber zeigt. Und er verwehrt sich so innig mit dem Denken und Fühlen der europäischen Menschheit, daß er auch in den späteren Zeiten unter vielerlei Gestalten fortzistert: die Wäcker, die am Allerheiligentag auf den Gräbern angezündet werden, sind gewiss eine Erinnerung an das heilige Feuer der urzeitlichen Menschheit.

Von dieser Sitte bleibt nur ein Schritt zur eigentlichen Feuerbestattung. Die Feuerbestattung, die so am Ende der Steinzeit auftritt, stellt sich nicht im Gegensatz zur früheren Begräbnisart. Beide Arten existieren nebeneinander. In der älteren Bronzezeit wird die Leichenverbrennung durch die Körperbestattung fast überall wieder verdrängt. Die rührt wahrscheinlich daher, daß mit dem Aufkommen der Metallverarbeitung die Menschheit einen viel größeren An siedelungsraum erlangt hatte.

Als religiöse Sitte treffen wir die Feuerbestattung viel später, erst in der dritten Bronzeperiode an, nachdem in der indogermanischen Religion sich die Idee des jenseitigen Totenreichs aus-

gestrige Rede des Reichskanzlers entspringt demselben Geiste, der die Behandlung auswärtiger Arbeiter in Deutschland zu einem Skandal macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu dem italienischen Staatsjubiläum schickt Deutschland nicht bloß den Kronprinzen, sondern auch eine Anzahl ausgewiesener italienischer Arbeiter.

Und unser Verhältnis zu Oesterreich ist nicht besser. Erst in den letzten Tagen hat die „Volkswacht“ gemeldet, daß ein österreichischer Steinarbeiter ausgewiesen ist, weil er das Verbrechen begangen hat, in der gewerkschaftlichen Organisation der Steinarbeiter zu sein. Der deutschen Reichsregierung sind eben nur die Streikbrecher angenehm. Selbstverständlich werden wir der polnischen Resolution, die eine gesetzliche Regelung der Rechte der Fremden verlangt, zustimmen.

Wenn wir heute die Ansichten des Reichskanzlers über die innere Politik erfahren wollen, müssen wir die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses und vielleicht auch die des preussischen Herrenhauses studieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unser Urteil über die innere Politik des Reichskanzlers ist nicht besser wie das über seine äußere Politik. Wenn wir ein Symbol für diese Politik suchen, so können es die beiden Pferde am königlichen Schloß in Berlin sein, die von den Berlinern getauft wurden als

der gehemmte Fortschritt und der geförderte Rückschritt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Lieber die innere Politik und die zurzeit vielleicht mit wichtigste Frage, die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, hat sowohl der Reichskanzler wie die Redner des Zentrums und der Konservativen geschwiegen. Vielleicht handelte es sich dabei um eine stille Vereinbarung. Wir Sozialdemokraten haben jedenfalls keinen Anlaß, der Besprechung dieser Frage auszuweichen, vor allem nicht nach dem Vorgange im preussischen Abgeordnetenhause. Der

Fall Heydebrand,

der demnächst vielleicht zu einem Fall Westmann-Hollweg wird, scheint uns im Reichstag noch nicht genügend beachtet. Vor einem Jahre sprach hier ein Parteifreund von mir die Meinung aus, es würde dem Reichskanzler vielleicht gelingen, um die Majorität herumzukommen. (Weiterleit.) Diese sozialdemokratische Anregung ist von der zuständigen Stelle schnell aufgenommen worden. (Erneute Weiterleit.) Und vielleicht ist es der gehobenen Stimmung, die mit einer Mangelhöhung verbunden ist, zuzuschreiben. Wenn der Reichskanzler geglaubt hat, er sei wirklich der Höchstkommmandierende. Der Mann aber, der mit mehr Recht diesen Anspruch erhebt, hat das abgelehnt und den Kanzler vorgeladen. Der Angeklagte ist auch erschienen und hat zu seiner Verteidigung einige ganz richtige Worte gefunden. Vielleicht wäre ihm das nicht passiert, wenn er mehr Zeit zur Vorbereitung gehabt hätte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber irgend einen Grund zur Begeisterung finden wir in der Haltung des Reichskanzlers nicht. Es wurde dort kein Kampf eingeleitet, sondern es handelte sich um

ein Scheingefecht.

Die drei Bundesratsstimmen für Elsaß-Lothringen sind den Konservativen im Grunde ganz wertlos. Im Ernst wird niemand behaupten, daß dadurch der preussische Einfluß auch nur um ein Haar vergrößert oder verringert wird. Noch nie hat Preußen das partikularistische preussische Interesse so leicht hervorheben können wie jetzt. Ein Kulturwerk wie die Rockefellerstiftung kommt nicht zustande und Rücksicht auf die Eisenbahnen und die schwere Industrie — das ist von Preußen rücksichtslos zugegeben. Im Bundesrat marschieren schwarzblau und weißblau meist in einer Linie. Das zeigte sich bei der Finanzreform und ebenso bei den Schiffahrtsabgaben. Herr Heydebrand sagte, die drei Stimmen holte er deshalb für gefährlich, weil sie vom Staatshalter informiert würden und dieser dem Landesrat verantwortlich sein soll. Dabei gibt es keine Bestimmung des Entwurfs, wie diese Verantwortung dem Staatshalter gegenüber ausgeübt wird. Er ist nicht einmal in den engen Grenzen verantwortlich, wie uns der Reichskanzler. Dieser erscheint doch hier wenigstens — wenigstens wenn kein Sozialdemokrat redet. (Weiterleit.) Der Staatshalter aber ist noch niemals im Landesrat erschienen und als wir bindende Erklärungen hierüber verlangten, wurden sie verweigert. Offenbar denkt man, daß in Zukunft vielleicht einmal ein Prinz in diese Fährlichkeiten sich begeben könnte. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Die drei Bundesratsstimmen waren sicher nicht das Streitobjekt, sondern ganz etwas anderes, die Wahlrechtsfrage, die preussische Wahlrechtsfrage.

Allerdings hat der schlaue Herr v. Heydebrand diese Frage mit keinem Wort erwähnt. Er handelt da nach dem Rezept: Nie da über sprechen, aber immer daran denken. Und so hat Herr v. Heydebrand gedacht, das elsaßliche Wahlrecht würde ein schlechtes Beispiel für Preußen geben, und der Reichskanzler hat verstanden, worauf es ankommt und hat diplomatisch geantwortet, daß er den Wind verstehle und beachte. Er hat die scheinbar harmlosen Worte einschießen lassen, das preussische Interesse dede sich mit dem Reichsinteresse und nur dann, wenn Preußen bestrebt ist, die Macht, die es hat, und infolge deren das Reich gebildet ist, unverfehrt aufrecht zu erhalten, werde das Reichsinteresse gewahrt. Er meint also, die preussische Macht, die die Grundlage der Junkerherrschaft ist, muß unverfehrt aufrecht erhalten werden. An diesem Punkte scheiden sich die Geister, nicht bei den Bundesratsstimmen, sondern an der Frage, ob der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen dauernd aufrecht erhalten werden soll. Auch Bismarck hat erkannt, daß er hieran scheitern würde, und hat am Ende seiner Laufbahn den Plan gefaßt,

durch blutige Gewalt das Reichswahlrecht zu ändern.

Er hat es nicht gewagt, oder er hatte keine Gelegenheit dazu. Diese Pläne müssen scheitern an den deutschen Arbeitern. Und deshalb ist es notwendig, daß zur Herstellung der Einheit das preussische Wahlrecht abgeschafft wird.

Ich glaube, man hat das Wahlrecht nicht zu ändern und fürcht vor den Arbeitern. In Preußen nicht und fürcht vor den Junkern. Die nächsten Wahlen werden eine große Volksstimmung auch über diese Frage sein. Die Regierung scheint damit keine große Eile zu haben, sie kann warten. Aber draußen versteht man nicht, worauf sie wartet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man glaubt nicht, daß ihre Ansichten sich bessern, und deshalb entstehen allerhand Gerüchte, bei denen das Beschämendste ist, daß sie geglaubt werden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hätte sich doch über die ganz bestimmte Behauptung des Wochenblattes „Aktion“ ausgesprochen sollen, monach die Reichsregierung sich verpflichtet hat, bei irgend einer Gelegenheit eine Verwicklung mit auswärtigen Staaten herbeizuführen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind auch Namen genannt worden und es ist gesagt worden, der Reichskanzler habe selbst an den Beratungen teilgenommen. Die Dementiermaschine arbeitet doch sonst sehr rasch und der Staatsanwalt wird rasch in Bewegung gesetzt. Ich frage den Reichskanzler, ob es richtig ist, daß er mit konservativen Politikern solche Beratungen gepflogen hat. Wäre auch nur etwas Verlanges daran wahr, so wäre das

die Anklage des schwersten Verbrechens,

die Anklage, daß ein freies Spiel mit dem Leben von Hunderttausenden getrieben wird. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wozu braucht übrigens die Rechte internationale Verwicklungen, um auf die innere Politik einzuwirken? Sie brauchen doch keine andere Wahlparole, nachdem Sie die Finanzreform gemacht haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Nach den Jubelliedern, die bei der Staatsberatung auf die Segnungen dieser Reform angestimmt wurden, nach den freudigen Zusagen, die sich erhoben, als gestern der Reichskanzler von den guten Finanzen sprach, sollte man glauben, Sie hätten gar keine bessere Wahlparole, als die für die Schöpfer dieser Reform. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber Sie trauen dem Frieden offenbar nicht. Was wäre denn einfacher, als daß Sie bei der Wahl, in die Sie unter der Führung des Reichskanzlers ziehen, sich auf die

Vorgänge von Roadit

berufen. Vielleicht verbreiten Sie das Gerücht als Flugblatt. Sie können ja auch auf die ausgezeichneten Worte des Ministers v. Dallwitz und des Berliner Polizeipräsidenten verweisen und darauf, daß die Schutzleute, welche wehrlose Frauen in roher Weise beschimpft haben, bis zum heutigen Tage noch nicht herausgefunden und bestraft sind, und daß die Geiseln, die den Arbeiter Herrmann ungebracht haben, noch nicht gefunden, ja, daß sie monatelang gar nicht gesucht wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können sich auch auf die zweifelsfreie Unparteilichkeit der Behörden gegenüber den Staatsbürgern berufen. Sie können ein Flugblatt verbreiten, auf dem die Themen der Vorträge angegeben worden sind, die als politisch betrachtet wurden, wenn sie vor Arbeitern gehalten wurden, wie „Gegen den Alkoholismus“, „Gegen die Schundliteratur“ und auf der anderen Seite können Sie angeben, daß das Landgericht Gumblin den Bund der Landwirte für unpolitisch erklärt hat. (Weiterleit.) Vielleicht wird es auch gut sein, wenn der Reichskanzler sich darauf beruft, er habe alles

mit dem einzigen Unterschiede, daß „sie“ sich den Hals — mit dem edligsten Gurgelschrei — abschneidet. Ein Drama ist's zwar nicht, aber eine sehr erschütterliche „Kientopp“-Theaterie. Dabei muß ein fürchterlich kaltblütiger Doktor-Revolutionär aus Russland in einem Hin die „Vorsehung“ und Pythia spielen. Ein braver Mann, dieser während seines Transports nach Sibirien entronnene Altkriste, vor dem sich alle deutschen Legationstanten in gänsehaufschauernder Wonne bekreuzigen; denn auch er würgte seinen Transporteur zu Tode. Als Lichtpoker in der ägyptischen Götterdämmerung läßt Jacoby einen — puh! — einen preussischen Polizeileutnant in die Szene hüpfen. Ist ein wahrhaftiger Gottmensch, dieser näselnde Herr, triefend vor Schmutz. Nicht bloß, daß er jenen russischen Blüdling laufen läßt, er drängt ihn noch, sich dünne zu machen. Was die Welt bisher nicht roushte, nun ist's sonnenklar: die preussische Polizei besorgt keine Handlangerdienste für Ausland. Sie ist im Gegenteil ein Freund und Helfer russischer Revolutionsflüchtlinge, sie ist unerschütterlich wie ein Widellindchen. Und das erfreute die braven Spieler dermaßen, daß sie dem Leutnant-Dandy bei offener Szene wahre Helatomben feilhändigen Weisfalls opferten. . . .

Notizen.

- Kunstchronik. In der Sommerausstellung der Berliner Sezession, die im April eröffnet wird, soll eine größere Anzahl von Werken des verstorbenen Uebe sowie eine zusammenfassende Ausstellung von Werken Sievogts gezeigt werden. Als neue Gruppe werden einige junge französische Künstler auftreten, die sich Expressionisten nennen.
- Gegen die Besteuerung der Kunst, wie sie durch die Luftverkehrssteuer geplant ist, hat jetzt auch die Berliner Akademie der Künste Protest erhoben. In der den Gemeindevätern zugestellten Begründung werden die schweren Schädigungen angeführt, die den kulturellen und sozialen Bestrebungen der Ausstellung bei einer Besteuerung drohen.
- Die Igl. Bibliothek in Berlin hat nach einer am 13. Dezember 1910 vorgenommenen Zählung in der Druckchriftenabteilung 1149 006 Bände, in der Kartenabteilung 6440 Bände, in der Musiksammlung 48 191 Bände und 2081 Kästen mit ungebundener Musikliteratur, in der Handchriftenabteilung 31 518 Bände. Die Gesamtsumme beträgt 1 290 155 Bände. Dazu kommt noch die bisher gesondert untergebrachte Deutsche Musiksammlung bei der königl. Bibliothek mit 165 811 Bänden. In der Druckchriftenabteilung sind die drei größten Unterabteilungen: Allgemeines und Literaturgeschichte (111 454 Bände), Theologie (132 440) und Rechts- und Staatswissenschaften (112 685).
- Verichtigung. Im Unterhaltungsblatt Nr. 63 ist infolge eines Druckfehlers die Ansprache von Carlisle als Karille angegeben. Obwohl über die Ansprache englischer Eigennamen selbst unter Engländern Abweichungen vorkommen, kann der schottische Denker nur Carlisle ausgesprochen werden.

geben und wolle alles tun, um die wahre Meinung des Volkes unverfälscht zum Ausdruck zu bringen. Das Modell einer Wahlurne, das von allen Parteien angenommen wurde, ist von der Regierung verworfen worden, weil die Sicherheit, die es bietet, nicht weit genug ginge und nach dem Grundgedanken: Alles oder nichts! wolle man lieber gar keine Sicherheit des Wahlergebnisses als eine unvollkommene. (Heiterkeit und Seufzer bei den Sozialdemokraten.) Wäge der Reichstanzler den Wählern nur halb Gelegenheit geben, ihren Dank für die Leistungen der Regierung zu erweisen. Denn was der Reichstag auch noch fertig bringen mag, es wird den gleichen Stempel tragen wie seine bisherigen Leistungen. Die Arbeiter müssen für kleine Vorteile mit Verlust von Rechten und Freiheiten zahlen. Wie an der Wiege der deutschen Sozialpolitik

die Ausnahmegefesse

standen, so ist es geblieben. Was mit der einen Hand gegeben wird, wird mit der anderen genommen. Kleine Diebstähle sollen nur noch gering bestraft werden, dafür soll die Arbeiterpresse geschärft werden; die Berufung wird gegeben, dafür sollen die Rechte der Verteilung beschränkt werden; die Witwen- und Waisenversicherung soll kommen, dafür sollen die Arbeiter die Selbstverwaltung verlieren; also überall für einen Schritt vorwärts zwei zurück.

Im Gegensatz zu dem Reichstanzler haben die Vertreter der liberalen Parteien zu den Fragen der inneren Politik Stellung genommen. Das Herr Wasser mann eine Wahlrede gehalten hat, ist kein Wort. Es ist ein gefundenes demokratisches Empfinden, wenn man daran denkt, wie unsere Worte auf die Wähler wirken werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Frage ist nur, ob es eine gute Wahlrede war. Mit seiner Kritik der Finanzreform hat Herr Wasser mann zweifellos ins Schwarze getroffen. Aber wir brauchen uns an dieser Debatte nicht zu beteiligen, wir warten, bis ein Mitglied der Rechten oder des Zentrums kommt und beweist, daß die Liberalen bereit waren, auch alles zu bewilligen. (Heiterkeit und Seufzer bei den Sozialdemokraten.) (Zustimmung beim blauschwarzen Block.) Aber die Kritik Wasser manns leidet an einem schweren Mangel; wer so spricht, sollte auch die Konsequenzen ziehen und nicht, wie es bei den Radikalen geschieht, den schwarzblauen Block stärken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Wasser mann gleicht der Penelope, die am Tage an dem liberalen Faden webt, und das Gewebe nachts wieder aufreißt. Als Symbol der national-liberalen Politik hat er Rudolf v. Bennigsen erwähnt, der immer den Zusammenschluß der Liberalen von rechts und links verlangte. Im entscheidenden Moment ist aber Bennigsen stets ins konservative Lager abgewandert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und als er sich entsaßt ins Privatleben zurückzog, geschah es, weil ihm die Nationalliberalen bei der Aufstellung der Kirchenverfassung nicht zu dem Kompromiß mit der Regierung folgen wollten. Die Nationalliberalen wollten eben immer bei jedem Kompromiß dabei sein, dieses Erbteil war tatsächlich in Bennigsen verkörpert. Herr v. Rosen schrieb einmal an Bennigsen: „Zwar verstehe ich es, daß es für unsere Politik wichtig ist, wenn die Liberalen die Hoffnung behalten, die Hand wieder ans Ruder zu legen; aber ebenso begreife ich, daß es schädlich wäre, wenn die Situation sich so gestaltet, daß ihre Teilnahme am Regiment notwendig wäre.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Diese Hoffnung gegen Sie jetzt 40 Jahre und haben Sie noch immer nicht als trügerisch erkannt. Sie sehen nicht ein, daß ein Zusammengehen mit Ihnen als Besessenen betrachtet wird. Auch jetzt wieder bemühen Sie sich bei der Reichs-verfassungsordnung die Führung zu erhalten und in den schwarzblauen Block hineinzukommen. Herr Wasser mann hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß noch mehr Großindustrielle in seine Partei hineinkommen. Das war

ein selbstmörderischer Wunsch.

(Zustimmung links.) Nachdem es seiner Partei mit Mühe und Not gelungen ist, die tödliche Freundschaft mit dem Hund der Landwirte zu lösen, will er jetzt noch mehr Industriekonservative, diese schimmlichen Scharmacher, haben. Auf dem Wege wird es nie ein Zusammenarbeiten mit den Liberalen geben können. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wiemer hat sich dagegen verwahrt, daß ein Bündnis auf Leben und Tod zwischen seiner Partei und der Sozialdemokratie besteht. Bündnisse auf Leben und Tod schließt kein vernünftiger Mensch. Jede Partei behält ihre volle Aktionsfreiheit. Auch Behrens Rede in Hamburg betonte nur, daß wir nach wie vor bereit sind, wenn Sie wollen,

mit Ihnen gegen die Reaktion zusammenzuarbeiten.

Nur würden Sie uns nicht zuzimmern, auf irgend welche Maßnahme mit der Begründung zu verzichten, daß freisinnige Wähler nicht für unseren Kandidaten stimmen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir werden an Ihnen eben noch Erziehungsarbeit leisten müssen, und diese Arbeit wird auch geleistet werden. Die Vorgänge der letzten Monate geben uns Grund, zu glauben, daß unsere Erziehung Erfolg hat. Wann die Wahlen kommen, ist für uns Sozialdemokraten ganz gleichgültig, ob im Sommer, Winter oder Frühling. Für uns wird es eine herrliche Erntezeit sein. Wir werden ernten, was Sie und die Regierung gesät haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Die Herren Wiemer und Wasser mann haben über die Absichten der konservativen Partei gesprochen. Da hätten Sie sich doch zunächst informieren sollen. In der „Kreuzzeitung“ stand in der Mittwochnummer ein Artikel, in welchem dargelegt wurde, daß es sich bei dem Vorfall im Abgeordnetenhaus keineswegs um einen persönlichen Vorstoß gegen den Reichstanzler handelte. Die Herren hätten also die Behauptung nicht wiederholen sollen. (Zustimmung bei den Konservativen.) Der Reichstanzler sagte gestern über den Kampf um die Reichsfinanzreform: „Gesunde Reichsfinanzen sind seine Folgen und diesem Postum wird das Volk sich nicht auf die Dauer entziehen können.“ Die „Nationalzeitung“, das „Berliner Tageblatt“, überhaupt alle liberalen Blätter haben diesen Satz unterschlagen. (Große Unruhe bei der Volkspartei und den Nationalliberalen.) Es ist das eine absichtliche Entstellung des Berichtes (andauernde Unruhe) und ich erwarte von der Loyalität der Zeitungen, daß sie ihre Leser davon unterrichten. Im ganzen handelte es sich bei den Ausführungen der linken Parteien um ein Rückzugsgesicht; die gute Wirkung der Finanzreform auf den Reichshaushalt kann eben nicht mehr geltend gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In dem Rückzugsgesicht der linken Parteien ist als zweite Position aufgegeben worden die Darstellung der Wirkung der Reichsfinanzreform auf den Einzelhaushalt. Was ist im Jahre 1900 nicht alles darüber in der liberalen Presse geschrieben worden. Eine Berechnung setzte die Biersteuer so hoch ein, daß danach die Familie täglich 50 Seidel Bier hätte konsumieren müssen. (Heiterkeit rechts. Unruhe links: Das war wohl eine Bierzeitung?) Das war ein ernsthaftes politisches Blatt im Kreise Adenbergs. (Heiterkeit links.) Wenn eine Industrie durch die Finanzreform wirklich schwer getroffen worden ist, so ist es das Brennererzeuger gewesen, für das das Brennrecht und Kontingent herabgesetzt worden ist. (Lachen links.) Die übrigen Angriffe auf unsere Politik bei der Reichsfinanzreform sind so unbillig, daß man sich förmlich geniert, sie immer wieder zu widerlegen. (Beifall rechts.) Die Erbschaftsteuer wird jetzt von den Parteien der Linken als soziale Steuer gepriesen und ihre Ablehnung wird uns zum Vorwurf gemacht. Von nationalliberalen Rednern, wie den Abg. Dr. Baasche und Dr. Weber, ist aber feinerzeit die Nachlasssteuer als sozial bekämpft worden. Wenn Abg. Wasser mann gestern sagte, lieber keine Finanzreform als eine so unsozial, so hätte er es richtiger so ausdrücken können: lieber keine Finanzreform, als eine, die das nationalliberale Parteiinteresse verletzt. (Sehr gut rechts. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Es muß ja ein unangenehmes Gefühl sein, wenn man durch die Unfähigkeit zu positiver politischer Arbeit aus einer Position gedrängt wird, in der man hoffte, maß-

gebenden politischen Einfluß zu erlangen. Aus diesem unangenehmen Gefühl heraus erklären sich vielleicht die maßlosen Angriffe der Nationalliberalen auf unsere Partei. (Bravol rechts.) Der Reichstanzler erscheint im Saal. Es ist eine schwere Schuld der gegenwärtigen Parteileitung der Nationalliberalen, daß sie eine solche Art des Kampfes inauguriert hat, bei der dem politischen Gegner unläutere Motive untergeschoben werden. Diese Kampfmethode kann das unabhagbare Wasser nur auf die Röhren der Sozialdemokratie leiten. Um so mehr muß ein solches Vorgehen belächelt werden.

Für uns ist die Stellungnahme einer Partei zur Sozialdemokratie die beherrschende Frage für die nächsten Wahlen. Die Sozialdemokratie hat sich erst neuerdings wieder ganz unverhüllt als Umsturzpartei bekannt, ihre brutale Terrorpolitik gegenüber anderen Denkenden tritt immer unverhüllter zutage. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Daß sie die moralische Verantwortung für die Roabiter Vorgänge trägt, ist unüberleglich bewiesen. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Pfui-Aufe, Juruf: Das glauben Sie ja selber nicht.) Man hat gesagt, wir hätten uns die Wahlhilfe von Sozialdemokraten gefallen lassen. Wenn sozialistische Mitläufer sich bei einer Stichwahl entschließen sollten, einen Konservativen zu wählen — nur für meine Person würde das ja nicht lieb sein (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), so können wir dagegen nichts machen. In den Fällen Feldmann und Bolko hat unsere Partei das Eingehen auf die sozialdemokratischen Wünsche nicht bewilligt, die fortschrittliche Volkspartei aber hat wiederholt offiziell Stellung genommen für den sozialdemokratischen Kandidaten. Ich will anerkennen, daß bei den Nationalliberalen solche Auftritte nicht zu verzeichnen sind. Aber die Tatsache, daß von der Parteileitung der Großblock in Baden nicht gemißbilligt worden ist, muß uns mißtrauisch machen und ebenso die Parole des Herrn Baasche, stramm gegen rechts. (Sehr richtig! rechts.) Für uns Konservative ist es also unmöglich, in irgendeiner Form, aus irgendeinem Versuch, parteipolitische Vorteile herauszufolgen, einen Sozialdemokraten zu unterstützen. (Lebhafte Bravo! rechts.) Aber unsere Wähler sind keine Maschinen. Ich richte die

erste Mahnung an die Nationalliberalen und die Freisinnigen, es unseren Wählern unmöglich zu machen, an diesem Grundgesetz festzuhalten, indem sie durch gewissenlose Verhetzung (Chol links) und durch in der Form verlegende Angriffe die Gebuld unserer Wähler aus ihrerseits reizen. (Große Unruhe links.)

Präsident Graf Schwerin-Köslig: Ich nehme an, daß Sie mit dieser Äußerung nicht Mitglieder dieses Hauses meinen.

Abg. Graf Westarp (fort.): Soweit die Äußerung auf Parteien dieses Hauses bezogen werden konnte, nehme ich sie zurück. Machen Sie durch Bündnisse mit der Sozialdemokratie unseren Wählern nicht unmöglich, den Unterschied zwischen einem Freisinnigen und Sozialdemokraten bei den Stichwahlen noch zu erkennen. — Ich bin mir der Verantwortung voll bewußt, angeht es der noch zu lösenden großen gegenwärtigen Aufgaben hier eine solche Kampfrede zu halten. Aber wir sind dazu gezwungen worden durch die Reden der Herren Wasser mann und Wiemer. (Lachen links.) Unsere Hauptpflicht bei den nächsten Wahlen ist es,

der revolutionären und republikanischen Sozialdemokratie entgegenzutreten.

(Gehul! bei den Sozialdemokraten.) Wir führen diesen Kampf mit der Siegeszuversicht, die ein gutes Gewissen gibt. (Stürmischer Beifall rechts, Pfischen links.)

Abg. Fürst Hatzfeld (Rp.): Der Reichstanzler hat sich über die Abrüstungsfrage in sehr realpolitischer Weise geäußert, die wir nur billigen können. — Die Reichspartei hat an der Reichsfinanzreform mitgearbeitet, ohne sich für alle Einzelheiten zu begeistern. Wir hätten gern manches anders gemacht (Hört, hört! links), aber wir sind der Meinung, daß die bürgerlichen Parteien Besseres tun sollten, als fortgesetzt auf diese Dinge zurückzukommen. (Bravol rechts.) Bei manchen Unvollkommenheiten im einzelnen kann nicht bestritten werden, daß die Reichsfinanzreform schließlich doch außerordentlich günstig auf das deutsche Wirtschaftsleben gewirkt hat. (Sehr wahr! rechts.) — Gute Finanzen sind die Vorbedingung einer positiven nationalen Politik. — Wir wünschen dringend die Erledigung der Reichsberufungsordnung noch in dieser Session. — Die Reichspartei stellt stets das Gemeinwohl über den Parteigeist. (Bravol rechts.)

Abg. Fuhrmann (nall.): Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Konservativen fortgesetzt die friedlichsten Ausführungen der Nationalliberalen mit den heftigsten Kriegserklärungen beantwortet. Und da wundern sich die Konservativen über die Ausführungen meines Freundes Wasser mann. Ganz ungewöhnlich haben die Vorgänge bei der Reichsfinanzreform und hat besonders das Verhalten der Konservativen schwere Verwirrung im Lande hervorgerufen. Der Graf Westarp spricht von den Wirkungen der Finanzreform für die Reichskasse. Aber wie sieht es mit den Wirkungen für den Haushalt des einzelnen? Die Tabaksteuer, die Begünstigung der Spirituszentrale haben zahlreiche mittelständische Existenzen schwer geschädigt. (Lebhafte Hört, hört! links.) Das ist die berühmte Mittelstandsfreundlichkeit der Rechten! (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Niemals hat die Spirituszentrale so glänzend verdient wie im vorigen Jahre. Ist das Uneigennützigkeit? (Sehr gut! links.) Aus ethischen Erwägungen heraus haben wir die Reichsfinanzreform abgelehnt, die keine allgemeine Besteuerung enthielt. Und da wirft uns der Abg. v. Heydebrand vor, unsere patriotische Pflicht verletzt zu haben. Das sagt ein Führer derselben konservativen Partei, deren Wortführer das große nationale Werk des bürgerlichen Gesetzbuchs an der Frage des Schadens scheitern lassen wollte. (Hört, hört! und Bewegung links.) Die Konservativen tun so, als ob wir Nationalliberale Gefährte nach einem Bündnis mit der Sozialdemokratie hätten. Wo haben wir Nationalliberalen bei den Nachwahlen

unsere patriotische Pflicht

vernachlässigt? In Landsberg-Soldin, in Friedberg-Büdingen, in Siechen-Ridda haben wir die bürgerlichen Mandate gerettet. (Ironischer Juruf bei den Sozialdemokraten.) Täggen haben hervorragende Konservativen mit konservativer Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten gedroht! (Hört, hört! bei den Liberalen.) Der Graf Westarp sagt: Wir Konservativen wollen mit keiner Partei zu tun haben, die nicht zweifelsfrei gegen die Sozialdemokratie Stellung nimmt. Da wundern mich wahrhaftig das schwarzblaue Bündnis. Denn das Zentrum hat niemals Bedenken getragen, sich mit den Sozialdemokraten zu verbünden. Ich erinnere an den bairischen Zentrumsmann Wacker und an das langjährige Zusammengehen von Zentrum und Sozialdemokraten in Bayern. (Sehr gut! links.) — Herrn v. Heydebrand hat es das deutsche Volk zu verdanken, daß die Vorherrschaft des Zentrums wiederhergestellt ist. Mit der Zerstörung des Bismarck-Blocks ist manche Hoffnung des deutschen Volkes zugleich zerstört. (Juruf rechts: Liberale Hoffnungen!) Der Linksliberalismus, der in vielbeschwerdender Weise zur positiven Mitarbeit herangezogen war — ich erinnere an die bedeutenden Ausführungen des Herrn v. Bayer — ist wieder in die Opposition zurückgeschleudert worden. — Ein paar Worte zur elsass-lothringischen Frage. Wir haben Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage. Aber viel bedenklichere Folgen, als einige Unvollkommenheiten der Vorlage, würde das Scheitern der Vorlage haben. Wir werden daher für sie stimmen, und wir wünschen, daß sie Deutschland und elsass-lothringischen zum Segen gereichen möge. Stets werden wir Nationalliberalen zur positiven Mitarbeit bereit sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen, Pfischen rechts.)

Abg. Dr. Köstler (L.): Mit der Haltung, die sie nach der Ablehnung der Erbschaftsteuer eingenommen haben, sind die Nationalliberalen auf die schiefste Ebene gelangt. — Redner wies den Nationalliberalen ungelähmte Sünden vor, u. a. daß sie Diderich Dahn,

Graf Orlova, S. Hehl, Paul Lehmann-Jena (Große Heiterkeit links) genötigt haben, sich anderswo politische Unterkunft zu suchen. Redner verbreitete sich sodann über das Thema „Jollitaris und Handelsverträge“ unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge von 1902 und wies den Nationalliberalen vor, mit ihrem Überflusse gegen die Bindung der Reichs-Gemeinschaft, Hopfen-, Wein- usw. Zölle bauerneindliche Politik getrieben zu haben. — Redner wendet sich sodann wieder der Reichsfinanzreform zu und verurteilt die Liebesgabe. Die Landwirte wissen, daß sie von einer Partei nichts Gutes zu erwarten haben, die den Sanjambund und den Bauernbund ins Leben gerufen hat. Die Nationalliberalen werfen uns immer vor, daß wir konservativ mit dem Zentrum zusammengehen. Es hat aber auch schon Nationalliberale gegeben, die die Verdienste des Zentrums um den Schutz der nationalen Arbeit anerkannt haben, während die Nationalliberalen jetzt mit den freihändlerischen Freisinnigen, den alten Feinden Bismarcks, zusammengehen. Damit verlassen die Nationalliberalen auch die Politik Bennigsens, der stets für den Zusammenschluß der staatsbehaltenden Kräfte eingetreten ist. (Hört, hört! rechts.) Vor einigen Jahren noch stand auch Herr Wasser mann auf diesem Standpunkt. Wir rufen den Nationalliberalen zu: Kehrt um von eurem verhängnisvollen Wege! (Ironische Rufe bei den Sozialdemokraten: Ernst, lehre zurück, dir ist alles vergeblich! Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Hausmann (Rp.): Zu der inneren Politik hat der Reichstanzler überhaupt nicht gesprochen; er hat nur die ihm angebotene Mitarbeit der Nationalliberalen und Freisinnigen bei der elsass-lothringischen Frage mit einer Handbewegung gewissermaßen als lästig abgetan. Dagegen wird seine Rede über die Frage der internationalen Verständigung in Europa Beachtung finden. In England hat diese Rede gewirkt wie ein kalter Wintersturm. Er hat die Gelegenheit, in diplomatisch geschickter Weise die in England und Frankreich kundgegebene Friedensströmung auszunutzen, vorübergehen lassen und hat uns statt dessen

Vorlesungen über die Menschennatur

gehalten. Für ihn scheitert die ganze Sache an der Frage der Kontrolle an dem Mangel einer Formel! Was soll das heißen angesichts der Publizität der Staatsaufstellung in allen in Betracht kommenden Ländern? Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. (Sehr richtig! links.) Er hat Deutschland erneut mit dem Odium bedacht, daß an seinem Widerstand alle Abrüstungsbestrebungen scheitern. (Sehr wahr! links.) Wir halten fest an unserem Antrag, der die Regierung auffordert, die von anderer Seite gebotene Hand zu ergreifen, um eine Verständigung über eine Beschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Der Reichstanzler hat anerkannt, daß unser Antrag vorläufig gefaßt ist, daher bitte ich Sie, ihm zuzustimmen, damit wenigstens etwas geschieht, und damit der Eindruck, als ob

Deutschland als Störenfried in der Welt

austritt, nicht weiter aufkommt. — Die Herren der Rechten behaupten, Herr Wasser mann habe das Niveau des Reichstags herabgedrückt. Wieder Gott, wie oft haben die Konservativen das Niveau des Reichstags herabgedrückt, ehe der Hahn dreimal gekräht hat. (Sehr gut! und Große Heiterkeit links.) Nicht von einem Rückzugsgesicht ist auf unserer Seite die Rede, sondern von einem Vorpostengefecht für die große Hauptschlacht, vor der Sie (nach rechts) Angst haben. (Gelächter rechts.) Daher wollen Sie ja auch die Wahlen noch ein Jahr hinausschieben. (Lebhafte Zustimmung links, Juruf rechts: Siehen!) — Was bei den Ausführungen über Stichwahlabkommen an Heuchelei geleistet worden ist, übersteigt alles Maß. (Sehr richtig! links.) Sie (nach rechts) predigen gegen den Materialismus und lehnen die Erbschaftsteuer auf „familiensinnig“ ab, Sie machen für sich Gesetze und schaffen sich Kall-Kull. (Große Heiterkeit.)

Wir gehen mit fester Entschlossenheit in den Wahlkampf. Die öffentliche Meinung ist durch die Politik der Rechten genügend aufgeklärt. Die Entwicklung Deutschlands ist nach vorwärts gerichtet trotz alledem. (Bravol links.)

Ein Schlußantrag der Rechten wird angenommen.

Abg. Frank (Soj.):

Ich stelle fest, daß es durch den Schluß der Debatte dem Reichstanzler unmöglich gemacht ist, zu antworten. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Weber (nall.): Der Schlußantrag ist von der Rechten in dem Moment eingebracht worden, als ihr dritter Redner ausschließlich gegen die Nationalliberalen polemisiert hatte. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen. Juruf links: Vornehm!)

Abg. Dr. Köstler (L.): Es handelte sich bei meinen Ausführungen lediglich um eine Abwehr. (Lachen links.)

Abg. Lechebour (Soj.):

Ich halte es für notwendig, wenn wir jetzt zur Abstimmung über den Titel „Behalt des Reichstanzlers“ kommen, von dem gewöhnlichen Brauch, stillschweigend die Bewilligung anzunehmen, abzuweichen und besondere Abstimmung zu verlangen, damit diejenigen Mitglieder des Hauses zu ihrem Recht kommen, die nach den heutigen und gefrigen Verhältnissen zu der Erkenntnis gekommen sind, daß der gegenwärtige Reichstanzler absolut unfähig ist, eine Politik im Interesse des deutschen Volks zu treiben. (Große Unruhe bei der Mehrheit. Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Schulz: Diese Äußerung ist ordnungswidrig.

Das Behalt des Reichstanzlers wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Die Resolution Albrecht (Soj.) auf sofortige Herbeiführung einer internationalen Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen wird abgelehnt, die Resolution Albrecht (Rp.) auf Erklärung der Bereitwilligkeit auf von einer Großmacht gemachte Vorschläge betr. Begrenzung der Rüstungsausgaben und auf Abschließung von Schiedsgerichtsverträgen wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils der Nationalliberalen angenommen. Eine Resolution der Polen auf reichsgesetzliche Regelung des Aufenthalts der Ausländer und eine konservative Resolution auf Errichtung eines Kolonialkriegerdenkmals in Berlin werden ebenfalls angenommen. Abgelehnt wird eine Resolution Albrecht (Soj.) auf Vergebung von Verurteilungen für die einzelnen Zweige der Reichsverwaltung nur an Firmen, die für den Abschluß von Tarifverträgen sind und auf Ordnung der Arbeitsbedingungen in den Reichsbetrieben unter Einwirkung der Arbeiterausschüsse. Gegen diese Resolution stimmt auch das Zentrum.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Pfeiffer (Rp.) verbreitet sich über die Wahrnehmung der deutschen Handelsinteressen in Finnland, die durch den neuen russischen Tarif ganz außerordentlich geschädigt sind. Dann beschwert sich der Redner über den deutschen Konsul in Alaska, der sich der Interessen eines deutschen Kaufmanns in Alaska nicht genügend angenommen hätte.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Aiberken-Wächter: Von dem zuletzt erwähnten Fall ist uns nichts bekannt. — Die Fälle in Finnland sind erhöht nicht auf Verreiben der russischen, sondern der finnlandischen Regierung. Gegen eine Einverleibung des Rovings in Rußland können wir nichts machen, doch haben wir für einen Schutz der deutschen Interessen in diesem Fall Vorkehrung getroffen insofern, als Rußland sich verpflichtet hat, uns von seiner etwaigen Absicht rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Abg. Dr. David (Soj.):

Die Vorgänge in Finnland sind nicht nur vom Standpunkt der deutschen Handelsinteressen zu beurteilen.

Das Verbrechen, das am finnlandischen Volke begangen werden soll ist in höchstem Maße geeignet, in der ganzen zivilisierten Welt Protest hervorzurufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial-

Demokraten.) Der Rechtsbruch muß jeden empören, der überhaupt noch Empfinden für Recht hat. Der Staatssekretär sprach von einer russischen Provinz, vorläufig ist Finnland ein in Personalunion mit Rußland verbundenes selbständiges Land. Das finnische Volk darf der Sympathie aller für Freiheit und Gerechtigkeit fühlender Menschen sicher sein. (Debatte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Leider machen diese Sympathien wenig Eindruck auf die Gewalttäter in Petersburg, denen das Gefühl für Moral und Gerechtigkeit gänzlich abhanden gekommen zu sein scheint. Wir wollen hoffen, daß die Zeit nicht fern ist,

wo dieses Schandregiment den langverdienten Zusammenbruch erleidet

und an seiner inneren Fäulnis zugrunde geht. Dieser Tag wird ein Jubeltag sein für die ganze aufstrebende Menschheit. (Anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schildert dann ausführlich die Schicksale österreichischer Staatsangehöriger, die im Personenzug durch Deutschland nach Holland und von da nach London reisen wollten. Sie wurden an der Grenzstation Rheine von Polizeibeamten angehalten, weil sie in keiner Kontrollstation des Norddeutschen Lloyd gewesen waren, sie mußten ihre Pässe ausliefern, und da sie sich nicht bereit erklärten, ihre Karte des Norddeutschen Lloyd zu lösen und über Bremen zu fahren, wurden sie nach Passau an der österreichischen Grenze zurückgebracht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Verfahren charakterisiert sich als eine Verübung und als eine Freiheitsverletzung. Der Reichslangler sagte gestern, die Beziehungen der Völker zu einander beruhen auf dem Volksempfinden. Er sollte sich doch einmal fragen, wie denn diese Dinge, die im österreichischen Parlament zur Sprache kommen, auf das Volksempfinden Österreichs wirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär ein Mann ist, wird er in diese die Ehre und das Ansehen der Nation schwer schädigende Polizeiverfahren mit einem Donnerwetter dreinjahren. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Aiderlen-Wächter: Wir können nicht auf die den Einzelstaaten zusehende Fremdenpolizei einwirken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Recht schwach!) Das mag sein, aber es ist richtig. Der Abg. David übertrug mich, wenn er meint, ich könnte in die preussische Regierung wie ein Donnerwetter einschlagen. (Große Heiterkeit.) Wir sind mit der Sache nur insoweit befaßt worden, als die österreichisch-ungarische Botschaft beim preussischen Ministerium des Innern angefragt hat, wie die Sache steht. Eine vollständige Aufklärung ist bisher noch nicht erfolgt. Sobald die Auskunft vollständig da ist, bin ich bereit, sie mitzuteilen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wenn wir zu Hause sind.)

Abg. Dr. Odrke (natl.) begrüßt die Errichtung eines deutschen Konsulats in Bladivoost und beklagt sich über das ungenügende Konsulatsgebäude in Lienz. Sodann begründet er eine Resolution der bürgerlichen Parteien auf Erhöhung des Fonds zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke im Auslande und verlangt die Abänderung des Gesetzes über die Reichsangehörigkeit, die dringend notwendig sei.

Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter: Die vom Vorredner gewünschte Novelle zum Gesetz über die Reichsangehörigkeit liegt fertig da, wird aber in Rücksicht auf die Geschäftslage dem Reichstage nicht vorgelegt.

Abg. Kormpf (Sp.) tritt für die Resolution Odrke ein und führt Klage über die Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Rußland. Deutsche Behörden kommen in durchaus unangemessener Weise den antisemitischen Forderungen der russischen Behörden nach. Gewiß gehören die Ausweisungen fremder Staatsangehöriger nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes; aber da diese Ausweisungen recht wenig geeignet sind, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu erhöhen, so macht vielleicht der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes seine Kollegen auf die üblen Folgen dieser Verwaltungspraxis aufmerksam. (Lebhafteste Zustimmung links.)

Abg. Brand-Matibor (Z.) macht ebenfalls auf die bedenklichen Folgen der Massenauweisungen für die auswärtigen Beziehungen Deutschlands aufmerksam und verweist auf die Verhandlungen im österreichischen Reichsrat über die Ausweisung böhmischer Arbeiter. — Redner wendet sich sodann seinem Lieblingsstadium, der „Zigeunerfrage“, zu und regt eine internationale Regelung der Zigeunerfrage an.

Abg. Götthein (Sp.) führt Klage über die ungenügende Wahrnehmung kaufmännischer Interessen durch die Konsulate. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Ausdruck „Untertanen“ in den Handelsverträgen durch den moderneren Ausdruck „angehörige“ ersetzt würde. — Wenn die Sache mit dem österreichischen Reichsenne sich wirklich so zugeht, wie der Abg. David geschildert hat, so hat das Reich allerdings alle Ursache, sich mit dieser preussischen Praxis zu beschäftigen, die für das Ansehen Deutschlands im Auslande sicher nicht förderlich ist. (Lebhafteste Zustimmung links.) Ein Fall wie dieser und wie der Fall der Josepha Existan zeigen deutlich, daß das Reich seine Aufsicht über die Fremdenpolizei schärfer ausüben muß. (Wiederholte Zustimmung links.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Fälle, die ich vorgebracht habe, dürften dem Staatssekretär nicht unbekannt sein. Zum Teil kannte er sie durch den österreichischen Botschafter in Berlin. (Hört! hört! links.) Der Staatssekretär hat uns in seiner Jungfernsrede erzählt, wie schön alles im Reichsamt des Auswärtigen eingerichtet sei. (Große Heiterkeit.) Zur guten Einrichtung des Auswärtigen Amtes gehört aber doch auch sicherlich einige Kenntnis der Vorgänge in den ausländischen Parlamenten, soweit diese Dinge betreffen, die für Deutschland wichtig sind. (Sehr wahr! links.) Unzweifelhaft waren aber die Verhandlungen im österreichischen Reichsrat über die Ausweisungen von geistiger Wichtigkeit für Deutschland. Und da kommt man und sagt, das sei eine preussische und keine deutsche Angelegenheit. Das ist einfach nicht wahr. Werden die Handels- und Freundschaftsverträge von Preußen oder vom Reich abgeschlossen? (Sehr gut! links.) Man stelle sich einmal vor, welche Erregung in Deutschland entstehen würde, wenn mit deutschen Staatsangehörigen in Oesterreich verfahren würde, wie mit österreichischen Staatsangehörigen in Deutschland! Vergißt man denn die Wirkung, die diese Praxis auf die Volkstimmung im Auslande haben muß? Der Staatssekretär hätte alle Veranlassung, bei dieser Angelegenheit mit der Faust auf den Tisch zu schlagen — moralisch wenigstens. (Große Heiterkeit.) Sein Ansehen im Auslande, seine Autorität bei seinen ausländischen Kollegen wird sicher nicht wachsen, wenn er seine Ohnmacht gegenüber den einheimischen Behörden in Angelegenheiten eingestehen muß, die die auswärtigen Beziehungen Deutschlands berühren. (Lebhafteste Zustimmung links.) Das Reich ist es sich schuldig, darauf zu sehen, daß die politische Praxis der Einzelstaaten sich nicht störend in seine auswärtigen Beziehungen einmengt. (Lebhaftester Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter: Gewiß hat das Reich die Befugnis, die Fremdenpolizei gesetzlich zu regeln, aber es hat von dieser Befugnis bisher noch keinen Gebrauch gemacht. (Lebhafteste Zustimmung links.) Wir sind durchaus von den Vorgängen im österreichischen Reichsrat unterrichtet gewesen. — Der Reichslangler kann doch nicht alle Einzelfälle nachprüfen. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Konfessionsvermerk in den Pässen deutscher Untertanen, die nach Rußland reisen, geschieht in ihrem eigenen Interesse. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Untertanen? Wir haben Staatsbürger, nur Staatsmänner haben wir nicht! Große Heiterkeit.) Ich müßte doch an den landläufigen Ausdruck „Untertanen“ keine staatsrechtlichen Konsequenzen. (Rufen links.)

Die Debatte schließt. Die fortdauernden Aufgaben werden bewilligt unter Annahme des Antrages Sidhoff, der den Betrag zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke im

Auslande von 600 000 M. im nächsten Etat auf 1 Million zu erhöhen wünscht.

In den Einmaligen Ausgaben hat die Budgetkommission die dritte Rate zum Erwerb eines Botschaftspalastes in St. Petersburg 450 000 M. in eine Schlussrate von 401 640 M. verwandelt. Abg. Peßler (Sp.): Die Verhältnisse in unserem Botschaftsgebäude in St. Petersburg sind ganz unwürdig; der Botschafter hat sein Schlafgemach in den Kellerräumen. (Oh! oh! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben bereits zweimal über eine halbe Million zum Erwerb des Palais Michael, das zum Botschaftspalast bestimmt war, bewilligt, und jetzt hören wir, daß das Haus noch gar nicht gekauft ist. Der Staatssekretär v. Schön schilderte in beweglichen Worten die Zustände im Botschaftspalast; wenn der Botschafter einen Ball gebe, so drängen sich Männlein und Weiblein in einer Art, welche geradezu bestemmend sei. (Große Heiterkeit.) Und jetzt will man einfach eine Etage aufsetzen, und dann soll alles in schönster Ordnung sein.

Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter: Das Palais Michael war bereits gekauft, aber unter der Bedingung, daß der Großfürst noch bestimmte Besitztitel beibrächte. Da er sie nicht beibrachte — es hätte sich unter anderem herausgestellt, daß das Haus nicht überall auf seinen richtigen Grenzen stand (Schallende Heiterkeit) —, traten wir von dem Kauf zurück, und wollten nunmehr das alte Botschaftspalast von Grund aus umbauen.

Die Einmaligen Ausgaben werden bewilligt. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr, Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Gewerbeordnungskommission

beendete am Freitag die zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle. Die Tagung wurde ausgefüllt mit der Beratung eines sozialdemokratischen Abänderungsantrages zum 2. Absatz des § 134. Unsere Genossen forderten in diesem Antrage, daß den Arbeitern bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Nachweis über den Betrag des verdienten Lohnes mit der Angabe der geleisteten Arbeitsstunden oder Tage ausgestellt werde. Alle bürgerlichen Parteien wandten sich gegen diesen Antrag, nur zwei Zentrumsabgeordnete stellten sich bei der Abstimmung auf die Seite der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder. Man wolle den Arbeitern keine Mittel in die Hand geben, um die Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben kontrollieren zu können, so lauteten übereinstimmend die Gründe, die die Vertreter aller bürgerlichen Parteien gegen den Antrag geltend machten.

Die sozialdemokratischen Vertreter brachten von den in der vorjährigen Gewerbeordnungs-Kommission angenommenen Anträgen diejenigen wieder ein, die einige wichtige Materien zu regeln bezweckten. Sie betrafen u. a. die Beseitigung bezw. Beschränkung der Konkurrenzklause in den Verträgen der Techniker und Handlungsgesellen, die Einsetzung von Arbeiterausschüssen, den Achtuhrladenschluß und die Einführung von Handelsinspektoren. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission wollte sich nicht dazu entschließen, diese Anträge im Rahmen der Regierungsvorlage mit zu beraten. Nach der Feststellung des Berichtes über den Regierungsentwurf wolle sich die Herren darüber entscheiden, ob die sozialdemokratischen Anträge überhaupt beraten werden sollen. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder werden jedenfalls dafür sorgen, daß die Anträge nicht in Vergessenheit geraten.

Die nächste Sitzung wird nach den Osterferien stattfinden.

Aus der Partei.

Die Parteischnle

beendete am Freitag mittag ihren fünften Kursus. Der wie die früheren Kurse wiederum ein halbes Jahr gedauert hat. Die Zahl der Teilnehmer betrug diesmal nur 24, weil nicht alle Plätze, die seit einigen Jahren den gewerkschaftlichen Zentralverbänden zur Verfügung gestellt worden, besetzt worden waren. Neben zwanzig Teilnehmern, die von den Parteiorganisationen Deutschlands geschickt worden waren, nahmen drei Genossen teil, die die Gewerkschaften, und zwar je zwei die Bergarbeiter und die Bauarbeiter auf die Parteischnle geschickt hatten. Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in den früheren Jahren. Gesellschaftliche und Rationalökonomie standen im Vordergrund. Der geschichtliche Unterricht erforderte im ganzen 294 Stunden, von denen 98 auf die deutsche Geschichte und die Parteischnle, 74 auf die Geschichte des Sozialismus, 102 auf die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung und 22 auf die materialistische Geschichtsauffassung entfielen. Wirtschaftsgeschichte und Rationalökonomie beanspruchten zusammen 238 Stunden. Auf das Arbeiterrecht entfielen 74, auf Naturerkenntnis 40, auf Strafrecht und Strafvollzug 22, auf das Erfurter Programm 14 Stunden. Den formalen Unterrichtsgegenständen waren insgesamt 104 Stunden eingeräumt, und zwar der Grammatik 24, der Aussprache 46, der Stillehre 10, den Redebungen 16 und der Zeitungstechnik 8 Stunden.

In seinem Abschiedswort an die Parteischnler wies der Obmann der Parteischnle, Genosse Heinrich Schulz, darauf hin, daß der Unterricht nicht den Zweck gehabt habe, dem einzelnen ein besseres „Ausleben der Persönlichkeit“ zu ermöglichen, sondern daß alles Lehren und Lernen an der Parteischnle im Dienste der Gesamtheit stehe. Jeder Parteischnler müsse neben dem nötigen Eifer auch ein gutes Stück Opferwilligkeit und beharrlicher Ausdauer mitbringen. Da die Parteischnle nur eine Einrichtung der Gesamtheit sei und von den Genossinnen und Genossen zum Zwecke besserer Kampfbereitschaft besucht werde, lege die Leitung der Schnle auch großen Wert auf das Urteil, das die Schüler am Schluß eines jeden Kurses über die Schnle im allgemeinen und über ihre einzelnen Einrichtungen abgeben. Ueber Einzelheiten seien in jedem Kursus Wünsche laut geworden, die auch nach Möglichkeit berücksichtigt würden. Ueber die Schnle an sich, über ihren Wert für die deutsche Sozialdemokratie herrsche erfreulicherweise auch in den schriftlichen und mündlichen Urteilen der diesjährigen Kurssteilnehmer ebenso wie in früheren Jahren nur eine Stimme der Anerkennung. Trotz des eingehenden Unterrichts werde aber kein Parteischnler glauben, daß er jetzt fertig sei, im Gegenteil, die meisten würden jetzt erst im Augenblick für das, was ihnen noch fehle, erlangt haben. Daher möge jeder Schüler auch in seinem späteren Leben fleißig weiterstudieren. Daneben aber habe er die ernste Pflicht, das Gelernte anzuwenden im Dienste der Arbeiterbewegung, im Kampfe gegen die Gegner. Die beste Gelegenheit dafür bieten die bevorstehenden Reichstagswahlen, bei denen jeder ehemalige Parteischnler seine volle Pflicht tun möge.

Im Namen der Parteischnler nahm zunächst deren Obmann, Fischer-Gannover, das Wort. Die Schüler würden das bessere geistige Werkzeug, das sie von der Schnle mitnehmen, nicht als ihr persönliches Eigentum betrachten, sondern damit der Partei dienen und ihr damit zugleich den Dank für das halbe Jahr Parteischnle abhalten. Sodann sprach noch Genosse Dörter-Karlruhe, der Gauleiter des Bauarbeiterverbandes, der von seiner Gewerkschaft auf die Parteischnle entsandt worden war. Für ihn habe es noch nie einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft gegeben.

In dieser Auffassung sei er durch seinen Aufenthalt in der Parteischnle nur bestärkt worden. Er wünsche daher sehr, daß die Gewerkschaften sich zahlreicher an der Parteischnle beteiligen möchten als bisher, da es auch für den gewerkschaftlichen Kampf notwendig sei, daß das Wissen erweitert werde. Was er in diesem Sinne tun könne, solle geschehen.

Hierauf schloß Genosse Schulz den fünften Kursus der Parteischnle.

Eine originelle Anklage.

Die Zeitzer Staatsanwaltschaft glaubt ein neues Mittel entdeckt zu haben, um Befragte von Mißständen in der Presse zu verhüten. In unserem Bruderorgan, dem „Vollboten für Raumburg-Weißensfeld-Zeitz“, war folgender Bericht erschienen:

Arzhehau. Der Stod als Erziehungsmittel. Die Tochter des Arbeiters Balotta ist dieser Tage von ihrem Klassenlehrer, Herrn Brühahn, auf eine Art und Weise mißhandelt worden, die den schärfsten Protest aller derjenigen herausfordert, die aus pädagogischen Gründen für Abschaffung der Prügelstrafe in den Volksschulen eintreten. Der Vater des mißhandelten Mädchens war so vernünftig, sich von einem Arzte die sichtbaren Spuren der Mißhandlung attestieren zu lassen. Nachstehend das Attest:

„Frida Balotta ist am 10. Februar 1911 von mir ärztlich untersucht worden. Es wird hierdurch zum Zwecke der Einleitung einer Beschwerde ärztlich bescheinigt, daß das Kind 1. eine auf Druck schmerzhaft eintretende Schwellung der linken Wange (Gegend vor dem Ohr) und der linken Schläfe, 2. auf der rechten Wange einige Fingerabdrücke entsprechend aufweist. Außerdem findet sich über dem rechten Schulterblatt auf dem Rücken eine stärkere circa hünerergroße Blutunterlaufung mit oberflächlicher Hautabstülpung. Ferner zeigt die rechte Schulter und Oberarm 5 bis 6 von Stochschlägen herrührende Striemen. Die Verletzungen, welche das Kind aufweist, können recht wohl durch Mißhandlungen seitens des Lehrers entstanden sein. Abgesehen von den von Stochschlägen entstandenen Striemen seien sie derart (besonders die Schwellung und Blutunterlaufung an der linken Schläfe und Wange), daß ohne weiteres klar ist, daß der betreffende Lehrer in diesem Falle das ihm zustehende Züchtigungsrecht weit überschritten und wahrscheinlich in Wut auf das Kind losgeschlagen hat. Daß hierdurch, besonders durch Schläge in das Gesicht und auf den Kopf unabsehbare Schäden entstehen kann, ist allgemein bekannt. Zufällig ist es in diesem Falle nicht zu schweren, Leben oder Gesundheit bedrohenden Erscheinungen gekommen.“

Zeitz, den 10. Februar 1911. Dr. Purruder.

Die „Erziehungs“-Methode des Herrn Brühahn ist im „Vollbot“, schon öfters einer Kritik unterzogen worden. Hoffentlich macht ihm nunmehr seine vorgelegte Bescheinigung auf die eingeleitete Beschwerde klar, daß er kein Recht hat, die Kinder der Arbeiter zu mißhandeln.

Daraufhin hat jetzt die Staatsanwaltschaft den verantwortlichen Redakteur des „Vollboten“ wegen Vergehen gegen das Urheberrechtsgesetz vernehmen lassen. Dieses Vergehen soll in der Veröffentlichung des Attestes liegen. Strafantrag hat der betreffende Arzt gestellt. Das Attest — so wird behauptet — ist ein auf individueller geistiger Tätigkeit beruhendes Schriftstück. Das Autortrecht des Arztes sei also durch den Abdruck verletzt. Diese originelle Konstruktion dürfte ein gewaltiges Loch haben. Auf den Ausgang der famosen Anklage, die auch auf die Anschauung des Arztes ein interessantes Licht wirft, laßt man gespannt sein.

Soziales.

Ein soziales Urteil in einem Konkurrenzklauseprozeß.

Die Firma G. Rothstus, Eisengießerei und Maschinenfabrik in Dessau, hatte einem Angestellten einen Vertrag unterzeichnet, in dem es u. a. heißt: „Sie stellen Ihre gesamte Tätigkeit in den Dienst meiner Firma und verpflichten sich auf Ehrenwort, nach Ihrem etwaigen Austritt aus Ihrer Stellung 3 Jahre lang meiner Firma in Europa weder direkt noch indirekt Konkurrenz in der Zementbranche und in Drehhöfen zu machen bei einer Konventionalsstrafe von 15 000 M. für jeden einzelnen Fall.“

Als der Angestellte im Oktober v. J. in eine Konkurrenzfirma eintrat, verklagte ihn Rothstus. Im Klageantrag forderte er zunächst, daß der Angestellte gerichtlich werde, aus der neuen Stellung sofort wieder auszutreten bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe und daß er außerdem die 15 000 M. Konventionalsstrafe zahlen solle. Von dem Angestellten war Abweisung der Klage beantragt worden, u. a. mit der Begründung, daß der Vertrag nichtig sei, da sein Inhalt, soweit er die Konkurrenzklause umfasse, gegen die guten Sitten verstoße.

Die dritte Zivilkammer des Königl. Landgerichts in Braunschweig hat am 22. Februar die Firma mit ihrer Forderung abgewiesen und sie verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Aus den Urteilsgründen berichtet die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, folgende prinzipiell wichtigen Abschnitte:

„Angesichts der Tätigkeit der Kläger allerdings den Beklagten nicht für drei Jahre in irgendwelcher Tätigkeit in der Zementbranche für ganz Europa lahmlegen, was mit einer völligen Existenzvernichtung gleichlautend, sondern ihn nur vor der direkten oder indirekten Beteiligung bei der Herstellung von Maschinen für die Zementbranche und von Drehhöfen ausschließen. So verstanden, würde das Wettbewerbsverbot in der Tat weder zeitlich noch örtlich die zulässigen Grenzen der Bewegungsfreiheit des Beklagten einschränken. Zweifelsohne ist dies der Fall bei der für jede einzelne Uebertretung des Wettbewerbsverbot normierten Vertragsstrafe von 15 000 M., die fast das Fünftfache der festen Jahreseinnahme des Beklagten erreicht, noch mehr als das Dreifache seines Einkommens inf. Lantime beträgt, in ihrer Häufung den völligen Ruin des Beklagten herbeiführen würde und mangels anderweiter Geltendmachungen durch das volle Interesse der Klägerin nicht geboten erscheint. Die Vertragsbestimmungen nehmen lediglich (Reichsgerichtsurteile 68 231) unter Nichtberücksichtigung der Vermögensstellung des Beklagten während seiner ganzen Lebenszeit in einseitiger Weise das Interesse der Klägerin wahr, während von einem auch nur versuchten Ausgleich der beiderseitigen Interessen keine Rede ist.“

„Mit Recht hat aber Beklagter neben jenen Bestimmungen das schwerste Gewicht auf seine Verpflichtungen mittels Ehrenwortes zum Schutze der lediglich finanziellen einseitigen Interessen der Klägerin gelegt. Es ist bereits in der oben angeführten Entscheidung des Reichsgerichts ausgesprochen und in einer ferneren (Juristische Wochenschrift 1911 Seite 29 Nr. 7) wiederholt, daß die Ehre, weil sie als ideales Gut einen Teil des Persönlichkeitsrechts des Menschen bilde und seine Grundlage seiner Existenz ist, nicht ohne weiteres in vermögensrechtlichen Beziehungen zugunsten anderer verwendet werden kann. Irgend ein ideales oder persönliches Moment aber, das die Bindung des Beklagten an seine Verpflichtungen mittels des Rechtsquid der Ehre zu rechtfertigen geeignet sein könnte, ist hier nicht heranzutreten; namentlich ist von einer befonderen Vertrauensstellung des Beklagten oder von der Geheimhaltung bestimmter anvertrauter Tatsachen nicht die Rede. Klägerin wollte offenbar durch die ehrenwörtliche Verpflichtung des Beklagten einen besonders wirksamen Druck auf ihn ausüben, den Vertrag peinlich genau einzuhalten und sich nicht der Gefahr auszusetzen, des Ehrenwortbruchs geziehen zu werden und damit eine Minderung seines Ansehens zu erleiden. Klägerin rechnete derart, und konnte damit rechnen, daß der Beklagte als Angehöriger der Klasse mit Hochschulbildung den Druck der ehrenwörtlichen Bindung weit stärker empfinden würde, als den der Vertragsstrafe.“

Grösste Auswahl
in
sämtlichen
Schulbedarfs-Artikeln.
Schreibhefte | Schulmappen
in vielen Linien-
aturen, 6 Stück
30 Pf. 3.75

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser-Damm

Kaffee Mischung I Pfund **1.10** II Pfund **1.20** III Pfund **1.35**

Zucker fl. gemahlen ... 5 Pfund 1.05	Kakao Pfund 65, 95 Pf.
Haushaltsschokolade Pfund 68 Pf.	Hühner Stück 2.00, 2.50

Soweit Vorrat

- Gervelawurst Pfund **1.25**
- Salamiwurst Pfund **1.25**
- Teewurst Pfund **1.10**
- Schinkenwurst Pfund **1.25**
- Thüringer Knoblauchwurst Pfund **1.25**
- ff. Leberwurst Pfund **95 Pf.**
- Hausmacher-Leberwurst Pfund **95 Pf.**
- Landleberwurst Pfund **78 Pf.**
- Rotwurst I Pfund **75 Pf.**
- Rot-o-Zwiebelleberwurst Pfund **48 Pf.**
- Nusschinken Pfund **1.25**
- Schinkenspeck Pfund **1.10**

- Apfelsinen Dutzend **25, 35, 45 Pf.**
- Blut-Apfelsinen Dutzend **35, 45 Pf.**
- Citronen Dutzend **25, 35 Pf.**
- Erbelli-Feigen Pfund **35 Pf.**
- Kopfsalat Kopf **10 Pf.**
- Grüne Gurken Stück **35 Pf.**
- Spinat Pfund **15 Pf.**
- Rhabarber Bund **10 Pf.**
- Radieschen Bund **5 Pf.**

Frisches Fleisch

Schmorfleisch Pfund 90 Pf.	Schweine-Koteletts <small>im Ganzen Pfund</small> 80 Pf.
Roulade Pfund 95 Pf.	Kamm im Ganzen Pfund 75 Pf.
Schabefleisch Pfund 90 Pf.	Bauch Pfund 65 Pf.
Fehlrippe Pfund 75 Pf.	Gehacktes Pfund 55 Pf.
Querrippe Pfund 65 Pf.	Hammelkeule <small>im Ganzen Pfund</small> 75 Pf.
Goulasch Pfund 65 Pf.	Dicke Rippe Pfund 75 Pf.
Schinken im Ganzen .. Pfund 70 Pf.	Dünnung Pfund 65 Pf.

Liesen Pfund **58 Pf.**

Rückenfett Pfund 55 Pf.	Bratenschmalz Pfund 58 Pf.
Speck fett Pfund 68 Pf. mager Pfund 78 Pf.	Elsbeine Pfund 45 Pf.

- Brech-o-Schnittbohnen ca. 2 Pfd.-Dose **28 Pf.**
- Brech-o-Schnittbohnen ca. 3 Pfd.-Dose **42 Pf.**
- Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose **28 Pf.**
- Wirsingkohl 1/2 Dose **30 Pf.**
- Spinat 1/2 Dose **42 Pf.**
- Suppenscoten 1/2 Dose **38 Pf.**
- Junge Schoten 1/2 Dose **45 Pf.**
- Feine junge Schoten 1/2 Dose **55 Pf.**
- Gemischtes Gemüse 1/2 Dose **45, 65 Pf.**
- Gemischtes Gemüse extra 1/2 Dose **95 Pf.**
- Bruchspargel ohne Kopf 1/2 Dose **72 Pf.**
- Bruchspargel mit Kopf 1/2 Dose **95 Pf.**
- Stangenspargel 1/2 Dose **1.20, 1.35**

- Sardinen in Oel. Dose **25, 38, 48 Pf.**
- Bismarck-o-Bratheringe Dose **42 Pf.**
- Brat-Heringe 4 Liter-Dose **98 Pf.**
- Delikatess-Heringe Dose .. **38, 63 Pf.**
- Sardellen ca. 1 Pfund-Dose **63 Pf.**
- Sardinen o. Anchovis Glas **22 Pf.**
- Bücklinge 5 Stück **18 Pf.**
- Schweizer Käse Pfund **80 Pf.**
- Edamer-Käse Pfund **78 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **68 Pf.**
- Brie-Käse Pfund **35 Pf.**
- Frühstücks-Käse Stück **5 Pf.**
- Gamembert o. Neuchâtelier Stück **19 Pf.**

Kasseler Rippespeer Pfund **68 Pf.**

Sonntag den 2. April von 12-2 Uhr geöffnet

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Jedermann erhält Kredit!

Ganze Einrichtungen



MÖBEL



Einzelne Ersatzstücke

Polsterwaren, Teppiche, Portieren, Gardinen, Betten, Tischdecken, Steppdecken usw. Grosse Auswahl von einfach bürgerlicher bis zu elegantester Ausführung.

Täglich Eingang von Neuheiten!

KONFEKTION

Täglich Eingang von Neuheiten!

Herren

Sakko-Anzüge
Gehrock-Anzüge
Paletots usw.

Damen

Kostüme
Blusen
Kostümröcke usw.

Anfertigung auf Wunsch nach Mass.

In den allerneuesten Fassons.

Kinderwagen

Schuhwaren

C. Wachsmann & Co.

Ecke Ravenestrasse Reinickendorfer Strasse 15 neben d. Feuerwache

Abzahlung von 1 Mark an

Anzahlung von 5 Mark an

Kredit!

Die belgische Schulreform.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Die monatelang angekündigte Schulvorlage der Regierung liegt nun der Öffentlichkeit vor. Vorige Woche ist sie der Kammer zugegangen, und diese Woche werden die Sessionen über sie beraten.

Das Schollaert'sche Elaborat ist ein Parteigesetz schlimmster Sorte, das die Verwirklichung aller liberalen Wünsche birgt, dagegen die Grundforderung für jede ernsthafte Schulreform in Belgien: den obligatorischen Unterricht, mit Verschleierungen und jesuitischen Winkelzügen umgeht. Die Vorlage wird außerhalb des liberalen Lagers, das ihr natürlich jubelt, einhellig als lächerlichster liberaler Vorschlag — vom finanziellen wie schulpolitischen Standpunkt aus — beurteilt. Seine Annahme wäre gleichbedeutend mit einem verhängnisvollen Schulkrieg, dem peinlichsten Kampf gegen den offiziellen Schulunterricht und schließlich einem System schlimmster moralischer Prestitionen. Vor allem aber bedeutete die Zuwendung neuer Millionen an die liberalen Unterrichtsanstalten, die die Vorlage vorsieht, eine den jetzigen Zustand weit überflügelnde maßlose Verliberalisierung des Volksschulunterrichts und damit eine Festigung und Ausdehnung des liberalen Geistes in Belgien.

Herr Schollaert hat ja alle Geschicklichkeit aufgeboden, das liberale Parteiverwerk in einer Souce zuzubereiten, die auch auf der Linken den Geschmack für die Vorlage etwas reizen sollte. Wie sich schon jetzt zeigt, mit geringem Erfolg.

Wiewohl man in den 26 Jahren ihrer Herrschaft wenig Begeisterung bei den Liberalen für die Volkserziehung wahrgenommen hat, weist der Motivenbericht auf den Wert des Unterrichts und der Erziehung auf die Entwicklung des Volksganges mit großer Empfasse hin. Er verzeichnet die Fortschritte mit Genugtuung und erklärt weitere für unerlässlich. Aber obligatorischen Unterricht? Nein, liebe Mitglieder, sagt Herr Schollaert, das kann ich Euch, die Ihr die Freiheit im Blute habt, nicht zumuten. Zwingen darf man den Belgier zu nichts, auch nicht zum Lernen. Also proklamiert Herr Schollaert nicht einfach den „rohen Zwangsunterricht“, wie er in Ländern mit weniger ausgebildetem Freiheitsgefühl eingeführt ist, sondern er wählt einen anderen Weg und ein anderes System. Die Erfindung Herrn Schollaert's und der übrigen Mitwirkenden heißt: „Bon scolaire“, „Schulschein“. Die Kommune hat nach dem Vorschlag der Regierung sämtlichen Familiendatären, die Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren haben, sovielle „Bonds“ auszuliefern, als sie Kinder haben. Der Familiendatär ist verpflichtet — nicht „gezwungen“ — diesen Schulschein (oder mehrere) zu akzeptieren. Tut er es nicht, verweigert er die Annahme und damit die „Verpflichtung“, sein Kind zur Schule zu schicken, so „fann“ er vor den Friedensrichter zitiert werden, der gegebenenfalls bei anhaltendem „bösen Willen“ zu einem — Verweis schreiben oder „fajar“ den Namen des schuldigen Vaters öffentlich anschlagen lassen kann! Das diese Maßregel, die mit „wenn“ und „fann“ und moralischen Verweisen operiert, in Wirklichkeit wenig an dem heutigen Zustand, vor allem an der Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs, für den das Gesetz überhaupt keine Vorkehrungen trifft, ändern wird, ist klar. Die Konzeption eines scheinbar obligatorischen Unterrichts an die Linksparteien hat aber nur den Zweck, den Kern der liberalen Forderungen bezüglich einer Schulreform dekorativ einzuhüllen. Dieser Kern ist die alte Forderung der Liberalen auf Gleichstellung der staatlichen Subsidien der liberalen „freien“ Schulen mit den offiziellen Schulen, und die ganze Reformerei der Schollaert'schen Vorlage ist nur ein verpacktes Millionen-geschenk an die liberalen Schulen und Kongregationen. Der Schulschein der Liberalen ist nämlich nicht schlechtweg eine Anweisung auf eine offizielle (kommunale) Schule, sondern auf eine vom Familiendatär zu wählende Schule, also ebenso auf eine der liberalen Schulen, die schon jetzt reichlich vom Staate Subventionen erhalten, nach der Geschwörung des Schollaert'schen Projekts jedoch auf eine jährliche Einnahme von 13 bis 15 Millionen Frank zu rechnen hätten. Ein Schulschein repräsentiert nämlich einen durchschnittlichen Wert von 33 Frank, in dessen Kosten sich Staat, Provinz und Gemeinde aufzuteilen hätten. Von den 615 000 Kindern, die heute die Schulen Belgiens besuchen, entfallen zirka 400 000 Kinder auf die liberalen Schulanstalten. Multipliziert man diese 400 000 mit den 33 Frank, die Staat, Provinz und Kommune durchschnittlich pro Kind zu bezahlen hätten, so erhält man rund 13 Millionen 200 000 Frank! Dies unter der Annahme der gegenwärtigen Schülerzahl. Nimmt man aber eine durch das Gesetz bewirkte Steigerung der Schülerzahl an, so mag man gekostet noch zwei Millionen dazu rechnen. Denn das ist die andere Seite der Erfindung mit dem Schulschein: er wird, zumal in den ländlichen Gemeinden, wo der Pfarrer eine ungeniertere Gewalt ausübt, zum Mittel niedriger und schamloser Prestitionen und Spekulationen werden, nicht unähnlich jenen, die heute von den Liberalen bei den Wahlen ausgeübt werden — und gegen die die gesetzlichen Vorkehrungen ebenso unwirksam sein würden, wie sie es heute gegen jene sind. Wenn schon heute die liberalen Wohltätigkeitsvereine ihre Unterstühtungen nur gewähren, wenn die Eltern nachweisen, daß ihre Kinder nicht die „gottlosen“ offiziellen Schulen, sondern die der Kongregationen besuchen, und gegebenenfalls ihre Unterstühtungen davon abhängig machen, daß die Kinder aus den offiziellen Schulen herausgenommen werden: wach einen unsauberen Schacher, welche Quelle von Korruption wird erst das System mit dem Schulschein nach sich ziehen! Nicht davon zu sprechen, wie da das gefäßige Nachspüren blühen wird — nun, da für die liberalen Schulen jedes Kind nicht nur einen moralischen Gewinn, sondern einen mathematisch genau zu berechnenden materiellen Wert — mindestens 30 Frank! — darstellen würde! Und es begreift sich am Rande, daß unter diesen Umständen der Kampf der Weislichkeit und ihres Anfangs gegen die „konfessionslosen“ Kommunal-schulen noch viel rücksichtsloser würde, als er heute schon ist, und daß mithin nicht zuviel gesagt ist, wenn die Liberalen und Sozialisten die Geschwörung der Schollaert'schen Schulreform als mit einem Schulkrieg identisch erklären.

Herr Schollaert freilich erklärt in dem Motivenbericht zu seinem Vorschlag, daß dieser Schulschein, der dem Vater die Freiheit der Wahl der Schule sichert, eine notwendige Konzeption an die „Freiheit des Familiendatärs“ ist, die nach ihm neben der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts die wichtigste Grundlage einer Schulreform sein muß.

Um das liberale Gerücht der Opposition schmachtender zu machen, hat Herr Schollaert neben seinem schwindelhaften „obligatorischen“ Unterricht noch zwei Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen, die sich als Konzeptionen an die Linksparteien geben, die aber auch nur halbe Maßregeln sind. Die eine Bestimmung

bestreift das Verbot des Arbeitens von Kindern unter 14 Jahren für Dienste jeder Art (mit einer höchst anscheinbaren Einschränkung), die zweite Bestimmung betrifft den Ausbau der Volksschule durch Angliederung eines Unterrichtsjahres — einer an sich ja wertvollen pädagogischen Maßregel, für deren Wirksammachung aber eine lange Zeit erforderlich sein wird, da die liberale Regierung damit ungefähr 2000 Klassen schafft, für deren Besetzung ihr aber die Lehrkräfte vollständig mangeln. So bleibt nur der liberale Gehalt der Schulreform: das Millionen-geschenk an die Kongregationen und die Aussicht auf eine gründliche Verliberalisierung des Volksschulunterrichts mit allen aus ihm stehenden kulturellen und moralischen Konsequenzen.

Die Aufnahme, die diese Vorlage mit dieser Karikatur von Zwangsunterricht bei den Parteien der Opposition wie in der ganzen antiliberalen Öffentlichkeit gefunden, verheißt den schärfsten Kampf aller freihetlichen Kräfte Belgiens gegen das liberale Parteiverwerk.

Der Prozeß gegen die „Lorraine Sportive“.

Vor der Strafkammer des Mezer Landgerichts begann gestern 9 Uhr im großen Schwurgerichtssaal unter ganz gewaltigem Andrang des Publikums, sowie der in- und ausländischen Presse, der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die Mitglieder der „Lorraine Sportive“. Die „Lorraine Sportive“ ist eine Vereinigung, die in dem Verdacht steht, daß sie unter dem Deckmantel sportlicher Veranstaltungen in der Hauptsache das Ziel verfolgt, unter der altkatholischen Jugend nationalfranzösische Gesinnung wachzuhalten. Am 8. Januar war ein Konzert im Hotel Terminus geplant, zu dem 2500 Einladungs-karten ausgegeben waren. Obwohl die Polizei das Konzert verboten hatte, drang die Menge unter Führung des Vorstandsmitglieds dennoch gewaltsam in den vom Wirt abgeschlossenen Saal ein und begann mit dem Konzert. Als dann die Polizei die Veranstaltungen auflöste, kam es zu Straßendemonstrationen.

Wegen dieser Vorgänge sind folgende Personen angeklagt: 1. der 27 Jahre alte Kaufmann Alex Marie Samain, 2. der 33 Jahre alte Baugewerksmeister August Schl., 3. der 28 Jahre alte Inhabhalter Nicolas, 4. der 37 Jahre alte Schlosser Sebastian Schneider, 5. der 27 Jahre alte Kantbeamte Karl Marin, 6. der 20 Jahre alte Möbelhändler Lorenzer, 7. der 18 Jahre alte Berufslose Josef Tournois, 8. der 17 Jahre alte Kaufmann Ernst Marin, 9. der 18 Jahre alte Kaufbursche Johann Brachi. Den Vorstich im Gerichtssaal führt Landgerichtsrat Lappermann, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Geh. Justizrat Gombart und Staatsanwaltschaftsrat Richter. Die Verteidigung der Angeklagten haben übernommen die Rechtsanwälte Dr. Vena und Braun aus Metz, der frühere Reichstagsabgeordnete Wumenthal-Kolmar und Gennig-Strasbourg. Die Anklage zerfällt in zwei verschiedene Gruppen. Es sind angeklagt Alexis Samain, Schl. und Karl Marin, in die Räume des Hotel Terminus widerrechtlich eingedrungen zu sein und zwar gemeinschaftlich, ferner Samain durch zwei weitere selbständige Handlungen vor einer Menschenmenge öffentlich zum Ungehorsam gegen die Gesehe und gegen die von der Obrigkeit getroffenen Anordnungen aufgefordert und ein öffentliches Konzert ohne polizeiliche Genehmigung veranstaltet zu haben. Nicolas, Karl Marin, Lorenzer, Tournois, Ernst Marin und Brachi sind angeklagt und zwar: Karl Marin durch weitere selbständige Handlungen, durch Teilnahme an einem lärmenden Umzug ruhender Lärm und großen Unfug verübt zu haben, Ernst Marin und Lorenzer einen Umzug ohne die borgeführte Genehmigung veranstaltet zu haben. Nicolas soll durch eine weitere selbständige Handlung an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen haben, bei welcher mit vereinten Kräften dem Spukmann Wohn II in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Drohung mit Gewalt Widerstand geleistet worden ist. Außerdem soll der Besatz durch Drohung mit Gewalt zur Unterlassung einer Amtshandlung genötigt worden sein. Schließlich wird Schneider, der nicht Mitglied der „Lorraine Sportive“ und im übrigen eine 15mal vorbestrafte, dem Panbager der Stadt angehörige übelberüchtigte Persönlichkeit ist, angeklagt, durch zwei selbständige Handlungen sich schuldig gemacht zu haben und zwar durch aufrührerische Aufre, ferner dem Leutnant Rossura und dem Musiker Gerschinski durch Drohungen Widerstand geleistet und Gerschinski durch Angebot von Geschenken eine Verletzung seiner Dienstpflicht zugemutet zu haben. In Frage kommen folgende Strafparagrafen: § 123 Absatz 1, § 3, 115, 110, 360, 11, 33, 113, 73, 74, 47 Str.-G.-B., die Artikel 471 und 15 des Code pénal und Verstoß gegen § 79 des Reichsvereinsgesetzes. Der Code pénal findet Anwendung wegen Abhaltung eines polizeilich nicht genehmigten Konzertes entsprechend der Polizeiverordnung der Stadt Metz vom Jahre 1878. Die hierfür bestehende Strafe beträgt 1-5 Frank. Von den Angeklagten befinden sich Nicolas und Schneider in Untersuchungshaft, während Samain gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden ist. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Aus Industrie und Handel.

Elektrizitätsgesellschaften und Straßenbahnen.

Die Monopolstellung der großen Elektrizitätsgesellschaften wird kaum angefaßt, geschweige erschüttert werden, wenn den ihnen gehörenden Unternehmungen eine Erlangung der in letzter Zeit viel diskutierten Installations- und Materialmonopole unmöglich gemacht würde. So wünschenswert eine Verbindung verträglich gewährleisteter Installationsmonopole an eine einzelne Gesellschaft ist, die Trägweite derartiger Maßnahmen wird außerordentlich übertrieben. Gesehentlich übertrifft man, daß die drei Elektrizitätskongerne, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens-Palast-Schudert und die Bergmann-Werke, die dazu noch auf vielen Gebieten untereinander verbündet sind, nicht nur als Produktionsunternehmungen, sondern auch als Finanzierungs-gesellschaften die überlegene Stellung einnehmen. Die von ihnen gegründeten und beherrschten Betriebe kommen nun als Besteller in Frage, und selbstverständlich wird die kontrollierende Elektrizitäts-Gesellschaft stets alle Aufträge ihrer Tochterunternehmungen erhalten.

In Verfolg dieser Politik haben die Elektrizitätskongerne und die ihnen nahestehenden Banken sich auch vieler Straßenbahn- und Kleinbahn-gesellschaften bemächtigt. Einmal ließen sie sich dabei von der Absicht leiten, die Elektrifizierung früher mit Dampf betriebener Strecken durchzuführen, häufig jedoch bestand das noch größere Interesse der Elektrizitätsgesellschaften an dem Erwerb der verschiedenen Straßen- und Kleinbahnen darin, daß diese auch zum Teil schon kleine Elektrizitätswerke besaßen und über Konzeptionen für Errichtung von Kraftzentralen in verschiedenen Gemeinden verfügten. Mit der Übernahme der verschiedenen kleineren Gesellschaften erfolgte dann zumeist eine Stilllegung der kleinen Elektrizitätswerke, an ihre Stelle trat dann eine Ueberlandzentrale, die natürlich die Stromversorgung für weite Gebiete an sich riß. Zu dem schier unabhörsamen Kreis von Gesellschaften, mit denen sich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft umgeben hat, gehört auch die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft, deren Kapital 17 Millionen Mark beträgt, die ferner Obligationen im Betrag von 27,50 Millionen Mark ausgegeben hat. Im Besitz und im Betrieb der Gesellschaft befinden sich folgende Bahnen und Elektrizitätswerke: die Elektrische Straßenbahn in Bromberg nebst Zentralstation für Licht und Kraft; die Bergbahn von Königswinter auf den Drahenfels; die Elektrische Hörde-Kreisbahn; Elektrische Straßenbahn und

Elektrizitätswerk Frankfurt a. O.; Elektrische Straßenbahn Götting; Elektrische Straßenbahn in Duisburg; die Elektrische Straßenbahn in Kiel, ferner besitzt die Gesellschaft maßgebende Beteiligungen an der Braunschweiger Straßenbahn, Danziger elektrischen Straßenbahn, Düsseldorf-Duisburger Kleinbahn G. m. b. H., dem Syndikat der Stadtbahn Halle, der Tramway-Elektrizitäts-Gesellschaft Linz-Urfahr, Petersberg-Jahntadbahn, der Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal, Straßburger Straßenbahn, dem Elektrizitätswerk Wels, der Schlesischen Kleinbahn, dem Elektrizitätswerk Warnsdorf, der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Wiborg.

Veränderungen der Großhandelspreise seit 10 Jahren.

Das letzterjährene Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches bringt eine interessante, auf die an den einzelnen Marktplätzen und für die einzelnen Arten gezahlten Preise sich stütende Durchschnittsberechnung über die Bewegung der Großhandelspreise einer Reihe der wichtigsten Waren in den letzten 10 Jahren. Wir geben aus der Aufstellung, bei der die Durchschnittspreise der Jahre 1899 bis 1898 gleich 100 gesetzt wurden, nachstehend einen kleinen Auszug wieder. Es kostete:

Table with 3 columns: Year (1905, 1909, 1910), Item Name, and Price. Items include Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Futter, Gerlinge, Kaffee, Tee, Reis, Schmalz, Rohtabak, Häute u. Felle, Wolle, Baumwolle, Rohseide, Rohjute, Eisen (deutsches, roh), Eisen (schwed., Stab), Blei, Kautsch., Zinn, Steinkohlen (deutsche), Petroleum (amerikanisch).

Mit Ausnahme der überseeischen Produkte Kaffee, Tee, Reis und von Kartoffeln sind also alle Lebensmittel im Preise gestiegen. Dabei ist zu beachten, daß die am meisten gestiegenen tierischen Lebensmittel, Vieh und Fleisch, noch gar nicht in der Tabelle aufgeführt sind. Interessant ist es, daß fast noch stärker als Lebensmittel die industriellen Rohprodukte und Halbfabrikate von der Teuerung ergriffen worden sind. So nahm Baumwolle im letzten Jahre einen um 72 Prozent höheren Preisstand ein als in dem Jahrzehnt 1899-1898, Häute und Felle einen um 56 Prozent und Zinn einen um 93 Prozent höheren. Wir haben hier die Wirkungen der immer weiter um sich greifenden und internationalen Charakter gewinnenden Vertrauens der kapitalistischen Industrien vor uns.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstboten und Scharfmacher.

Es ist eine täglich wiederkehrende und durchaus logische Erscheinung, daß der Kampf der Scharfmacher gegen die Arbeiterbewegung und deren einzelne Zweige sich im gleichen Grade erbitterter und heftiger gestaltet, in dem die einzelnen Zweige oder auch die ganze Klasse zum Bewußtsein ihrer politischen und sozialen Stellung erwachen. Zwar sind und waren die Scharfmacher zu fast allen Zeiten und in allen wirtschaftlich erschlossenen Ländern heimisch — tauchten sie doch im Gefolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gewissermaßen als deren notwendige Reflexerscheinung, gleichzeitig aber auch als Faktor in den sich anbahnenden sozialen und politischen Kämpfen auf — da ihnen jedoch — wie allen Parteien — der Grad ihrer jeweiligen Machtstellung unabhängig von ihnen von den entscheidenden Kräften im wirtschaftlichen und politischen Kampfe diktiert wurde, so mußte sich notwendigerweise auch die Taktik ihrer Kriegsführung, ob gewollt oder ungewollt, diesem Spruche unterordnen. Die jeweilige Taktik der Scharfmacher läßt somit zweifellos interessante Rückschlüsse nicht nur auf die Kraftstellung der Parteien, sondern auch auf die zunehmende Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes auf den verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens zu. Sie zeigt mit untrüglicher Sicherheit an, wie es um die Junst steht: je gefährlicher, je niederträchtiger — um so schlimmer; wo die Niedertracht am größten — das ist das Zeichen —, da gewinnt die Arbeiterbewegung das meiste Terrain.

So hartnäckig wir sie also einerseits bekämpfen und so verächtlich sie an sich auch sein mag, so gern konstatieren wir doch andererseits die immer zunehmende Scharfmacherarbeit auch auf dem Gebiete der Dienstbotenbewegung als sicheres Anzeichen, daß wir auch dort immer mehr Boden fassen. Ob und wie lächerlich sich unsere Gegner bei dieser Arbeit machen, soll uns wenig kümmern. Für heute ein Beispiel aus der „Straßburger Post“, das dieser — o heilige Einfalt! — angeblich von einer „Hausfrau in Heidelberg“ zugegangen ist und selbstredend auch von Berliner und anderen Scharfmacherblättern mit Freuden begrüßt wurde. Es lautet:

„Dort liegt ein Dienstmädchen dieser Tage in einem Matle folgende Anzeige einmal erscheinen: „Tüchtiges Kleinmädchen, 22 Jahre alt, das gut bürgerlich kochen kann und alle Hausarbeit versteht, 3 Jahre lang in einer Beamtenfamilie in R. war, sucht gute Stelle auf 1. März. West. Anträge mit Lohnangabe unter Chiffer... Postlagernd erbeien.“ — Nicht weniger als 45 Anerbieten liefen ein. Davon wurden 40 als ungenügend befürteilt, teils wegen zu geringen Lohnes, teils wegen nicht zugehöriger Stadtviertel oder aus anderen Gründen, wie Wohnung in einem oberen Stock usw. Fünf Anträge, selbstverständlich mit höchstem Lohnangebot, kamen in die engere Wahl. Die fünf Damen erhielten nun ein gleichlautendes Schreiben, worin das Mädchen ankündigte, daß sie sich am nächsten Sonntag von 2 bis 4 Uhr vorstellen werde. Nach gründlicher Nachforschung über die Arbeit in den einzelnen Häusern, über die Zahl der Bewohner, über von Zeit zu Zeit eintretende Lohnerhöhungen, über Geschenke an bestimmten Festtagen, über Sonntagsnachmittagsausgänge und Sommerferien und Sonstiges stellte das hellensuchende Mädchen die Gewissensfrage: Sie verlange zu erfahren, ob man sie annehme, wenn sie sich entschloße zuzufahren. Denn, bemerkte sie, sie habe fünf angebotene gute Stellen, davon wolle sie sich die beste auswählen, müsse sich aus diesem Grunde also die Entscheidung vorbehalten. Tags darauf erhielten vier Hausfrauen eine Postkarte mit folgendem Wortlaut: „Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß meine Wahl nicht auf Sie gefallen ist.“

Ein Kommentar erübrigt sich eigentlich; wir dürften denn nicht wissen, wie jeder, selbst der läppischste Unfug von den Scharfmachern aller Schattierungen heißungrig aufgegriffen wird, sobald sie nur glauben, der Arbeiterbewegung — und der der Dienstboten insbesondere — eins auszuwichen zu können. Interessant aber ist doch der niederträchtige, gefäßige Ton und die ohnmächtige Wut, daß endlich auch die Dienstboten sich auf ihre Menschenrechte besonnen haben — gewiß der beste Beweis, daß wir auch hier marschieren.

Die neue Frauenwahlrechtsbill, die von dem Abgeordneten Sir George Kemp im englischen Unterhause eingebracht worden ist, bestimmt, daß jede Frau wahlberechtigt sein soll, die einen Haushalt führt im Sinne des Gesetzes von 1884 über die Volksvertretung in den Gemeinden. Sie darf, wenn sie in der Wählerliste steht, ihre Stimme in dem Wahlbezirk abgeben, in dem ihr Haushalt sich befindet. Durch Vereinfachung verleiht die Frau nicht das Recht, in die Wählerliste aufgenommen zu werden; vorausgesetzt, daß Mann und Frau nicht in den Listen desselben Wahlkreises als stimm-berechtigt verzeichnet werden.

Diese zweite Auflage der Veröhnungsbill wird aller Wahrscheinlichkeit nach in dem neuen Unterhause ungefähr dieselbe Stimmenzahl auf sich vereinigen wie der Antrag Schudleton in dem verflohenen Parlament. In frauenwahlrechtlicheren Kreisen nimmt man an, daß sie 407 Stimmen erhalten wird; 9 Abgeordnete sind für das Wahlrecht aller Großjährigen, die einzige wirklich demokratische Gesetzesreform, 3 Abgeordnete wollen ein Frauenwahlrecht, das noch hinter der Veröhnungsbill zurückbleibt, und 175 sind erklärte Gegner der politischen Frauenbefreiung. Neutral und gleichgültig verhalten sich 76. Wenn die englische Regierung ihr durch den Premierminister Asquith gegebenes Versprechen hält, dann muß sie auch in den kommenden Verhandlungen über das Frauenwahlrecht gegen die Veröhnungsbill und für ein demokratisches Wahlrecht beider Geschlechter Stellung nehmen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Aus aller Welt.

Die Rache des Galeriensträflings.

Auf eine furchterliche Weise nahm am Donnerstag in San Remo ein Galeriensträfling Palmeri Rache dafür, daß vor 24 Jahren mehrere Zeugen in seinem Prozesse ihn belastende Aussagen gemacht hatten. Als junger Bursche wurde er wegen Mordes zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er 22 Jahre in der Strafanstalt zugebracht hatte, reichte er ein Gesuch ein, aus Gesundheitsrücksichten entlassen zu werden. Das Gesuch wurde jedoch abschlägig beschieden. Palmeri glaubte nun, die Ablehnung des Gesuches sei auf den Anstaltsarzt zurückzuführen. Bei passender Gelegenheit überfiel er den Arzt und verletzte ihn durch mehrere Messerschläge. Nachdem Palmeri noch zwei Jahre in einer Irrenanstalt interniert war, kehrte er endlich dieser Tage in seine Heimat zurück. Hier tötete er nun vorgestern seine Schwägerin aus Rache darüber, weil diese vor 24 Jahren gegen ihn ungünstige Aussagen gemacht hatte. Dann suchte er einen Gendarm auf, der ebenfalls damals als Belastungszeuge aufgetreten war, und tötete auch diesen. Einen dritten Zeugen fand er nicht zu Hause. Er tötete deshalb an dessen Stelle die Gattin. Hieran begab er sich nach dem Kirchhof, wo er sich eine Kugel in den Kopf schob.

Schwere Explosion auf einem deutschen Panzerkreuzer.

Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall, der den Tod mehrerer Angehörigen der Marine zur Folge hatte, hat sich gestern

nachmittags im Kieler Hafen auf dem Panzerkreuzer „York“ zugetragen. Auf dem in der kaiserlichen Werft vor Anker liegenden „York“ wurde Spiritus übernommen. Dabei kam es aus bisher unbekannter Ursache zu einer Explosion, durch die der Obermaschinenmaat Genske und die Maschinenmaat Eid und Bäche getötet wurden. Mehr oder weniger schwer verletzt wurden ein Maschinenmaat, zwei Heizer und ein Werftarbeiter. Die im Hafen vor Anker liegende Flotte hatte zum Zeichen der Trauer auf Halbstock geslaggt.

Neue Erfolge der Aviatik.

Der französische Aviatiker Sommer stellte mit seinem Doppeldecker, der mit einem Motor von 80 Pferdekraften ausgerüstet ist, am Donnerstag einen neuen Weltrekord für Flüge mit Passagieren auf. Er flog auf dem Flugfelde von Charlesville mit acht Passagieren an Bord auf und flog in 20 Meter Höhe eine Strecke von 100 Kilometern. Für die Strecke brauchte er 1 Stunde und 30 Minuten.

Ein anderer französischer Flieger, Bedrine, verbesserte den Weltrekord für Schnelligkeitsflüge. Bedrine flog mit seinem Apparat gestern morgen 6 Uhr 18 Minuten in Poitiers auf und landete um 8 Uhr 30 Minuten in Paris. Die von ihm durchflogene Strecke beträgt circa 320 Kilometer; die Stundengeschwindigkeit demnach 146 Kilometer.

Die beiden deutschen Militäraviatiker Leumann von Radethun und Eiler, die mit ihrem Albatros-Doppeldecker einen recht bemerkenswerten Kernflug Döberitz-Hamburg-Bremen gemacht haben, sind auf ihrer Rückfahrt wenig vom Glück begünstigt. Am Donnerstag waren sie in Bremen aufgestiegen, um nach Hannover zu fliegen. Aber schon in Verden a. d. Aller mußten sie wideriger Winde wegen nach einem Fluge von etwa 10 Kilometern niedergehen. Noch schlimmer erging es ihnen auf ihrer gestrigen Fahrt, die gegen 7 1/2 Uhr früh begonnen wurde. Nicht weniger als vier Zwischenlandungen mußten die beiden Flieger auf der etwa 65 Kilometer langen Strecke vornehmen. Erst abends gegen 6 1/2 Uhr konnte die endgültige Landung auf der Wahrenwalder Heide bei Hannover erfolgen.

2000 Schüler in Gefahr.

Durch die Besonnenheit des Lehrerkollegiums wurde am Donnerstag in einer New Yorker Schule eine Panik verhütet, die in ihren Folgen zu einer furchtbaren Katastrophe geführt hätte. In dem betreffenden Schulgebäude, das von etwa 2000 Schülern besucht war, kam ein Brand aus. Das Lehrerkollegium ließ die Jungen flastweise antreten und erzählte den Kindern, daß eine Feuerprobe vorgenommen werden sollte. Erst auf der Straße merkten die

Schüler an den Flammen und Rauchmassen, die aus einem Teile des Gebäudes drangen, daß die späßige Übung blutiger Ernst war. Der durch den Brand angerichtete Schaden ist ziemlich bedeutend.

Der Durchschlag des Lötschbergtunnels.

Gestern morgen 3 Uhr 50 Minuten erfolgte der Durchschlag im Lötschbergtunnel. Die Arbeiter trafen von beiden Seiten unter großer Begeisterung zusammen. Die Lötschberglinie bedeutet eine wichtige Zufahrt zum Simplon. Die Tunnelarbeiten begannen am 15. Oktober 1908. Die Länge des Tunnels beträgt 15 Kilometer 977 Meter. Das Nordportal befindet sich in Randerleg (Kanton Uri), das Südportal bei Goppenstein (Kanton Valais). Die Linie erreicht bei Brig die Simplonlinie. Trotz großer Schwierigkeiten erfolgte der Durchschlag vor der vertraglich festgesetzten Zeit.

Der Tunnelbau war zweimal von Katastrophen begleitet. Im Februar 1908 tötete eine Lawine zwölf Mann und im Juli desselben Jahres kostete ein Einbruch der Steinmassen 25 Mann das Leben.

Kleine Notizen.

Von Gesteinsmassen verdrängt wurde ein 18jähriger Schüler auf der Gustav-Grube bei Rothenbach im Aargau. Erst nach eifriger Rettungsarbeit konnte die Leiche geborgen werden.

Durch einen heftigen Erdstoß wurde in der letzten Nacht die Einwohnerschaft des Bezirkes Charleroi (Belgien) in Schrecken versetzt. Zahlreiche Häuser erhielten Risse; in Renjart stürzte der Schornstein einer Lehrerschule ein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, von der Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Seite als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

20. 17. 1. Solange die Mutter unterhaltungsbedürftig ist und die Einkommensverhältnisse des Sohnes die Unterhaltung ermöglichen, 2. Zu-lässig wohl, aber nicht üblich. 3. Ja, wenn der Sohn ein entsprechendes Einkommen hat. — 6. 7. 14. 1. Nein. Das ist aber schon ein Steuerunter-eiße unzulässig. 2. Bei der Erbschaftsbehörde des betreffenden Ortes, in dem die das Gewerbe betreiben wollen. Die Kosten sind geringfügig. 3. Die Kapitalzahlung kann ohne vorgängigen Bericht erfolgen. 4. Durch Ein-tragung im Grundbuch. Dazu müssen beide Teile ihre Zustimmung geben. — 6. 222. 1. Nein, jedoch bei Trauung. 2. Zur Ergänzung des Heeres bei Mobilisierungen bestimmt. — Arbeitslos. 1. Ja. 2. Vom Berliner Volkshaus auf Antrag der Firma. 3. 1. Karl. — O. 3. 62. 1. — O. D. B. 7. Ja, 1910. — S. 2. 12. 1. Theaterdirektionen, 2. S. Thalia, 3. Ullrich-Theater, sowie Theateragenturen. 2. Zensur-abteilung, Volkspräsidium. 3. Die Frage ist unklar. — O. 3. 3. Ja. — H. 6. 100. Der Standpunkt des Magistrats ist falsch. Die Klage wird am zweckmäßigsten gegen den Unternehmer gerichtet; dieser kann der Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, den Streit verhandeln. Zu-lässig für die Klage ist das Amtsgericht. — O. 2. 28. Beschränken Sie sich beim Magistrat. Nach der Steuerordnung besteht Steuerfreiheit. —

Unserer langjährigen Kollegin
Anna Grail
nebst Ehemann zu ihrer
heutigen Silberhochzeit die
herzlichste Gratulation.
Die Botsfrauen der
Vorwärts-Spedition Baumann,
Bernauerstr. 9.

Unserem Genossen u. Genossin
Ewald und Anna Grail
zu ihrer Silberhochzeit die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen u. Genossinnen
des 500. Bezirks.

**Orts-Krankenkasse
der
Bergolder
und Berufsgenossen.**

Einladung
zu der am Montag, den 10. April
1911, abends 8 Uhr, stattfindenden
General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber
und der Arbeitnehmer
im Gewerkschaftshaus, Saal 5,
Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1910.
2. Statutenänderung (Erhöhung der
Leistungen).
3. Wahl der Krankenkassener.
4. Verschiedenes. 272/20
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse
der Klempner.**
Am Sonntag, den 9. April d. J.,
vormittags 10 Uhr, findet im Ge-
werkschaftshaus (Saal 1), Engel-
ufer 15, die
General-Versammlung
der Vertreter der Kassemitglieder
und der Arbeitgeber unserer Kasse
statt. 10105
Tagesordnung:
1. Berichterstattung der Kassener.
2. Bericht des Rechnungsausschusses
und Debitorenabrechnung.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse
Pankow.**
Bezugnehmend auf die Bekannt-
machung in Nr. 73 dieses Blattes
vom 26. März d. J. bringen wir
nochmals in Erinnerung, daß die
Delegiertenwahlen am Montag,
den 3. April 1911, im Restaurant
von Rozycki, Pankow, Kreuzstr. 3-4,
stattfinden.
Es wählen die Arbeitnehmer von
1/2 6-8 Uhr abends.
Die Arbeitgeber von 8-9 Uhr
abends. 273/1
Pankow, den 31. März 1911,
Der Vorstand
Otto Rißmann, Vorsitzender.

Blitz-Briketts
von staunenerregender Heiz-
kraft, 100 Stück ab Lager meiner
Kasseler 76 Pf., frei Haus 90 Pf.
Für 10 Pf. 13 Stück.
Bernhard Raeder, Zeughofstr. 21.

Deutsche Hutcompagnie
66 Brunnenstraße 66
Eröffnung unseres neuen Geschäfts
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 115/116
Heute Sonnabend, den 1. April, nachmittags 4 Uhr.



Am Eröffnungstage erhält
jeder Käufer ein Geschenk.

5 Proz. Rabatt
bei Vorzeig. dieses Inserats
Für Damen!
Weg. vorgerückt. Engr.-Saison
Einzel-Verkauf
zu halben Laden-
preisen.
Eleg. Frühjahrs-Kostüme
aus blau Pa. Kamrog. u. engl.
Stoffen, auf gut. Seide, Laden-
wert bis 75.—, jetzt bei mir
20,00, 30,00, 48, 0.
Backfisch-Paletots und
Ulster in all. Längen, Laden-
wert bis 35.—, jetzt bei mir
6,75, 12,50, 17,50.
Schwarze anliegende und
Frauen-Paletots
aus guten Linsen- u. Tuchstoffen
13,50, 18,00, 25,00.
1 Posten zirka 300 Stück
Kostüm-Röcke
in allen Weiten, Ladenwert
bis 30.—, jetzt bei mir
7,50, 12,50, 17,50.
Kein Laden.
Sonntag
geöffnet.
Fahrgeld
ersetzt.

H. Heymann
partiers, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).
Fahrgelegenheit: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 10, 22,
31, 46, 78, 79.
Umtausch gestattet!

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage
Bahnhofsstation Zenithen. Besitzer: W. Heinrich.
Für bedürftigen Sommerurlaub halte ich mich weiten Vereinen,
Jahrgängen, Schulen usw. bei Jahrgangsaufmerksamkeit Bedienung bestens
empfohlen. — Drei neue Säle und Hallen. — Gütliche Spielplätze.
Boote und Befestigungen aller Art. 349024

Möbel auf Kredit
Wir offerieren
475 Wohnungs-Einrichtungen
und geben bis zum 8. April gegen Vorzeigung **5 pCt. Rabatt**
dieses Inserats auf sämtliche Möbel und zwar erhalten Sie schon von
2 Bettstellen 2 Bettstellen
1 Kleiderschrank 2 Matrassen
1 Spiegel 1 Kleiderschrank
1 Spiegel 1 Wäschekorb
1 Tisch 1 Truhen
2 Stühle 1 Sofa
1 Küchenschrank 1 Tisch
1 Küchentisch 4 Stühle und
1 Küchenstuhl 1 farbige Küche
1 Küchenrahmen an
Ferner empfehlen:
Moderne Wohnzimmer | Moderne Schlafzimmer
Moderne Herrenzimmer | Moderne Speisezimmer
in jeder gewünschten Holz- und Eifar. 36362
Anzahlung 40-60 Mark.
Singelne Möbelstücke und Polsterwaren
Anzahlung 3 Mark | Wochenrate 1 Mark
Gebr. Sieber, Alexander-Str. 16
Nur Ecke Dirksenstraße, vis-à-vis der Holzmarktstraße, direkt
am Bahnhof Jannowitzbrücke.
Bitte auf unsere blauen Schilder zu achten.
Sonntag bis 2 Uhr geöffnet.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage
Bahnhofsstation Zenithen. Besitzer: W. Heinrich.
Für bedürftigen Sommerurlaub halte ich mich weiten Vereinen,
Jahrgängen, Schulen usw. bei Jahrgangsaufmerksamkeit Bedienung bestens
empfohlen. — Drei neue Säle und Hallen. — Gütliche Spielplätze.
Boote und Befestigungen aller Art. 349024

Husten
Heiserkeit, Brust-Katarrh,
Keuchhusten beiseiten schnell
und sicher die
ärztlich erworben
Kaisers Brust-Cara-
mellen mit den
„drei Tannen“. Gewicht: 5000 aut-
lich beglaubigte Zeugnisse.
Nur in Paketen von 50 Pfennig, Dose
60 Pfennig, niemals offen ausgegeben.
Dafür Angebotenes weise man energisch
zurück. Zu haben in Apotheken, Dro-
gerien und Kolonialwarenhandlungen.



Sommerpreise.
A. B. KOCH
Gegr. 1893 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung Gegr. 1893
Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040
O 31. und 3096.
Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Lagerplatz 3: N., Behmstr. 30 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmöer Str.).
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr.
In Sentienb. Marienglück Salon 79 Pf. In Ilse Salon 95 Pf.
In Sentienb. Gotthold Salon . 82 Pf. In Kalksteine 79 Pf.
In Diamant Salon 95 Pf. In Anthracit Cadé . . . 2.20 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stück).
Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.
Bruchbrikette, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, unkleinert, per Zentner 2.— M.
Bei größeren Abschüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.
Als besond. preiswert sind meine unübertroffenen **Marienglück-Briketts**
zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stück mit
8.00 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **89 Pf. pr. Ztr.**
franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefern.

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getra-
gene, fast neue Jackett-Anzüge,
Stok-Anzüge, Gehrock-An-
züge, Smoking-Anzüge, Frack-
Anzüge, Hirschpaletots, Bein-
reißer (auch für torpulenten
Herren), sowie Reiter-Jacketts,
Hrads, schwarze Tuchhosen.
Dieselben sind auf Seide ge-
arbeitet und nur kurze Zeit
getragen, kauft man (potbillig bei
Weingarten, Prinzenstr. 28
I. Etage,
Eckhaus Ritterstr. (früher 20 Jahre
Giltshiner Str.). Bitte auf Straße
und Hausnummer zu achten

Monats-Garderobe!
Jackett-Anzüge, Paletots,
Gehrock-Anzüge etc., wenig ge-
tragen, aus feinsten Stoffen an-
gefertigt, kauft Sie am billigsten
u. besten im
Monats-Garderobehaus
Grad, Prinzenstr. 8.
Kein Laden! Bitte auf Haus-
nummer zu achten. Strahlgarten
wird veräußert.

**Hygienische Bedarfs-
artikel**
Drogerie Zarenba.
Weinbergsweg 1. dir. a. Hofstr. 93
Tor. Billigste Bezugsquelle!
Versuch f. zur dauernden Kundschaf!

Nur für Herren
welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich
Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Gar-
deroben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter
moderner Kleidung zu versehen. Wir besitzen unsere
Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Abonnement-
händlern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere etc.,
die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten
sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich
unser Garderoben durch besonders gute Verarbeitung
(vielfach auf Seide) und tadellosen Maß-Anzüge
8 M., 14 M., 18 M. Maß-Paletots 6 M., 12 M.,
16 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billigst vertrieben.
Kaufhaus für Monats-Garderoben
nur **Große Frankfurter Str. 93** nur
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Keine Filialen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.
Nur Große Frankfurter Straße 93

Knaben-Modell

Schluß morgen Sonntag

Billige Ausnahme-Angebote zur Einschulung.

Erstklass. Modell-Anzüge

Besonders gute u. feine Reismuster Für 3-8 Jahre, durchweg 9.-, 8.- u. 6 M.

Blusen- und Sport-Anzüge

darunter schöne Muster-Sachen. Für 3-8 Jahre durchweg 4 M.

- Wasch-Blusen hervorragend preiswert für 3-8 Jahre, durchweg 1,85 95, 50 Pf.
- Knaben-Hosen teilweise aus Resten. Verschied. Stoffe, f. 3-8 Jahre 1,50 u. 60 Pf.
- Schüler-Hosen Verschiedene Stoffe, für 8-14 Jahre 2.- M.
- Cheviot-Anzüge blau und grau, für 3-8 Jahre, durchweg 2,90 M.
- Manchester-Anzüge verschiedene Farben für 3-8 Jahre, durchweg 3,50 M.
- Engl. Samt-Anzüge braun oder blau, für 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.
- Kammgarn-Anzüge Bluse u. Hose ganz gefüttert für 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.
- Knab.-Wasch-Anzüge Neu. Gute Wascht. f. 3-8 Jahre, durchweg 2,50 M.
- la Manchest. - Anzüge Praktische Farben f. 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.
- Jünglings-Anzüge Moderne Stoffe für 8-13 Jahre. . . . durchweg 7,50 M.
- Lodenpelerinen Impreg. Strichlod. grau od. grünlich 10, 7,50 6, 4,50 M.

Zur Vorbeugung großen Andranges bitten wir die Vormittags-Stunden zum Einkauf zu benutzen

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstr. 2.
 2. Wahlkreis: W. Gull Schmidt, Kirchstr. 14, Hofpartee. S. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Pringstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Dadebusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 5. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Lustbergplatz 14/15.
 6. Wahlkreis: Leo Haupt, Immanuelstr. 12 (Hof).
 7. Wahlkreis (Noah): Karl Huber, Salzweberstr. 8.
 Wedding: Karl Reiche, Rogarethstr. 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, oben part.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
 Schönhäuser Vorstadt: Karl Mars, Sophienstr. 123.
 Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
 Alt-Glienice: Wilhelm Dürre, Radowerstr. 83 II.
 Baumgartenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Froese, Hohenstr. 74, part.
 Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.
 Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lau, Bohnsdorf, Gensensdamm "Paradies".
 Charlottenburg: Gustav Ehnberg, Selenmeierstraße 1.
 Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablade: Oskar Wähle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagenener Chaussee.
 Friedersdorf-Petershagen: E. H. Stielbarth, Petershagen.
 Friedenau-Steglitz-Südende-Gröb-Lichterfelde-Lankwitz: D. Bernier, Alsenstr. 5 in Steglitz.
 Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst: Richard Käter, Adelsstr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
 Köpenick: Emil Hübner, Kiefernstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.
 Mahlsdorf, Kaulsdorf: Scheibe, Mahlsdorf, Walderseestr. 14.
 Mariendorf: August Reip, Chausseestr. 296, Hof.
 Marienfelde: Emil Heinert, Dorfstr. 14.
 Neuenhagen: Johann Häbiger, Holterstraße.
 Nieder-Schöneeweide: Max Friebe, Bräuerstr. 14 II.
 Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneeweide: Alfred Sader, Wilhelmshöfstr. 17 II.
 Pankow-Niederschönhausen: R. H. Mann, Mühlentstr. 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gutsch, Preussenstr. 56, Laden.
 Rixdorf: Dr. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; R. H. H., Siegfriedstr. 28/29.
 Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
 Schöneberg: Wilhelm Baumier, Marlin Luthstr. 51, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 64.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Harnsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Mühlentstraße 10.
 Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Behlendorfer Str. 4.
 Tempelhof: Albert Thiel, Berliner Straße 41/42.
 Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
 Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, partee.
 Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Bismarckstr. 26.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante Herren-Moden
fertig und nach Mass.
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Schneiderei
nur
Frankf. Allee 75, I
Eingang Tilsiter Str.



Heideschloß Hohenbinde
Zum Gutenberg (Stat. Erkner)
Empfehle mein romantisch an Wald u. Spree gelegenes Lokal allen Vereinen, Gesellschaften u. Naturfreunden. Sommerwohnungen, möbl. Zimmer. Sommermorgens, möbl. Zimmer. Eröffnung der Motorboot-Verbindung mit Erkner (Wahler Brücke), wo alle Herrenpartien, Trepplinger, Freunde u. Bekannte einladet Albert Lohmann.
Karfreitag
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Ohne Anzahlung!
Liefere an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
neueste Fassons, größte Auswahl. Wochensrate v. 1 M. an
S. DORN
Alte Schönhauserstr. 3, Ecke Liniestr.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Niederswerder**,
an der neuen **Seebrücke** beim **Alten Freund**.

H. Weltmann Nachf.

Stefan Esders

Berlin C., Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42



Kostüm in neuesten englischen Phantasiestoffen 45 M.

Paletot aus schlichten englischen Koppentstoffen, 190 cm lang 52 M.

Frühjahrs-Kostüme u. Paletots

Röcke □ Blusen □ Jupons
in höchster Preiswürdigkeit

Die auserlesene saubere Verarbeitung meiner Konfektion ist bahnbrechend für eine aparte Geschmacksrichtung

Reichste Auswahl 15 verschiedene Grössen

Verlangen Sie kostenfrei den neuen Frühjahrskatalog.

Jeder Herr, welcher schön!

Ich kleiden und beim Einkauf sparen will, empfehle und großen Nutzen gebrauchte Herren-Anzüge und Paletots, für jede Figur passend. Diese Sachen sind aus prima Materialien gefertigt, einzeln und auch Abonnement-Parcels zusammen, früher bis 100 Mark, jetzt zu nachfolgenden billigen Preisen:
Frühjahrs-Paletots 10.- 14.- 18.- 20.- M. etc.
Jacket-Anzüge 10.- 14.- 18.- 20.- M. etc. | Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 26.- 29.- M. etc.
Rock-Mode-Anzüge 14.- 18.- 20.- 25.- M. etc. | Herren-Golien 3.- 4.- 5.- 7.- M. etc.

Große Ausstellung für neue, elegante Garderobe

J. Wand, Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr. II. Geschäft: Chausseestraße 80. III. Geschäft: Brunnenstraße 170.

Möbel
liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbel-Sechner

Brunnen-Straße 7, am Rosenthaler Tor.

Riesen-Auswahl

in bürgerlichen Wohnungseinrichtungen
auf Kredit und gegen bar
Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an
Eins. Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an
In bunten Küchen hervorragend schöne Muster.
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gut geschrieben.
Liefere auch nach auswärts.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Wichtige vereinsrechtliche Grundzüge,

die namentlich die Genehmigung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel betreffen, stellte das Oberverwaltungsgericht in Berlin auf. Der Arbeitersekretär Wiczorek als damaliger Vorsitzender des „Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe“, einer polnisch-katholischen Gewerkschaft, hatte zum 5. September 1909 nach Birkenhain (Kreis Rattowitz) eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einberufen, in der über Arbeiterangelegenheiten in polnischer Sprache verhandelt werden sollte. Und zwar sagte er in dem Genehmigungsgesuch, daß die Versammlung in dem Garten des betreffenden Grundstücks oder auf dem daneben liegenden Felde desselben Besitzers stattfinden solle. Der Amtsvorsteher versagte die Genehmigung, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes). Der Amtsvorsteher machte geltend, daß der Garteneingang nur anderthalb Meter breit sei und so nicht genüge. Zweitens sei das beim Garten liegende Gebäude zum Teil mit Stroh bedeckt, so daß bei der Gewohnheit der dortigen Bevölkerung, Tabak und namentlich Zigaretten zu rauchen, Feuergefahr entstehe. Drittens seien auf dem ebenfalls in Aussicht genommenen Felde Senkungen infolge früheren Bergbaues vorhanden, die gefährlich werden könnten. Auch gebe es da ebenfalls in der Nähe Gebäude mit Strohdächern.

Als Klage gegen den Amtsvorsteher wurde sowohl vom Kreisausschuß als auch vom Bezirksausschuß abgewiesen. Zwar sei bezüglich der Benutzung des Feldes nichts zu befürchten, soweit es sich um die Zugänge zum Felde und um die Senkungen handle, da in der Beziehung die Beweisaufnahme zugunsten des Klägers ausgefallen sei. Anders liege es aber mit der Feuergefahr. Diese bestände und ein Rauchverbot würde nichts nützen, weil die Leute es nicht beachten würden.

Das Oberverwaltungsgericht hob aber in seiner letzten Sitzung (am Donnerstag) die Vorentscheidungen auf und erklärte das Verbot beziehungsweise die Versagung der Genehmigung für ungerechtfertigt. Begründend wurde ausgeführt: Die Zugänglichkeit des Platzes, namentlich des wohlweise angelegenen Feldes, sei genügend gesichert und die Bruchstellen böten nach einem Gutachten des Bergrevierbeamten keine Gefahr. (Bergbetrieb schon seit 1845 eingestellt.) Und wenn die Versammlung nach Meinung des Amtsvorstehers nicht hätte im Garten abgehalten werden dürfen, dann hätte sie auf dem Felde abgehalten werden können. Der Amtsvorsteher hätte berücksichtigen müssen, daß dieses wohlweise zur Verfügung stand, und hätte eventuell die Genehmigung auf das Feld beschränken können. Bleibe der letzte Grund: die Feuergefahr. Es sei richtig, daß diese Gefahr hätte entstehen können. Aber die Polizei sei in der

Lage gewesen, der Gefahr durch ein Rauchverbot entgegenzutreten. Grundsätzlich komme für solche Fälle in Betracht, daß das Versammlungsrecht garantiert sei. Wenn Gefahren außerer Art entgegenständen, sei es darum immer Pflicht der Polizei, zu prüfen, ob die Gefahr nicht durch entsprechende Vorkehrungen beseitigt werden könne. Das wäre hier der Fall gewesen durch ein Rauchverbot und eine darauf bezügliche Kontrolle der Polizei. Deshalb sei das Verbot der Versammlung aufzuheben.

Die Konkurrenzklause im Mietvertrag.

Der § 74 des Handelsgesetzbuchs erklärt eine zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen vereinbarte Konkurrenzklause alsdann für unverbindlich, wenn als Erfolg eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen durch die Vertragsbedingungen eintritt. Im Zusammenhang mit dieser Bestimmung steht die Ausführung des § 75 des Handelsgesetzbuchs, die unter anderem den Anspruch des Prinzipals aus der Konkurrenzklause für den Fall ausschließt, daß der Prinzipal das Dienstverhältnis ohne erheblichen Anlaß kündigt. Daß diese gesetzlichen Bestimmungen sich auf das Dienstverhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten beziehen, ist zweifellos. Am Mittwoch ist dem Reichsgericht aber die Frage vorgelegt worden, ob es anständig sei, auf die Ausschlußbestimmung des § 75 des Handelsgesetzbuchs Bezug zu nehmen, wenn bei einem mehrseitigen Vertrage die Konkurrenzklause Aufnahme im Mietvertrage gefunden hat, an den später ein Anstellungsvertrag geschlossen worden ist.

Zwei Kaufleute Z. und R. hatten mit der Elbsch-Lothringische Zentralwinzergenossenschaft in Straßburg ein Abkommen getroffen, demzufolge sie die ihnen gehörige Weingroßhandlung in Schiltigheim an die Elbsch-Lothringische Zentralwinzergenossenschaft vermieteten. Der Mietvertrag sollte mit Wirkung vom 10. August 1906 fünf Jahre lang Geltung haben, der Mietpreis 8000 M. betragen. In diesem Mietvertrag war die Klausel aufgenommen worden: Den Vermietern ist es nicht gestattet, während der Dauer des Mietvertrages in Elbsch-Lothringen eine Weingroßhandlung zu errichten, zu betreiben oder betreiben zu lassen, noch sonstige dafür tätig zu sein. Zuwiderhandlungen sollten eine Vertragsstrafe von 10000 M. nach sich ziehen. Fünf Tage nach Abschluß dieses Vertrages kam ein weiterer Vertrag zustande, auf Grund dessen Z. und R. — unter Fortbestehen des Mietvertrages — das Inventar und die Kundenliste ihrer Weingroßhandlung an die Winzergenossenschaft veräußerten und selbst in die Dienste der Winzergenossenschaft traten. R. wurde Direktor des Anwesens in Schiltigheim mit einem jährlichen Gehalt von 5000 M.; die Winzergenossenschaft sollte berechtigt sein, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zu kündigen. Infolge von Schwierigkeiten zwischen R. und den anderen Angestellten kündigte die Winzergenossenschaft dem R. am 1. Oktober 1907 zum 1. April 1908. Und zwar entließ sie ihn jeder Tätigkeit schon vom Oktober 1907 an, zahlte ihm aber sein Gehalt bis zum April 1908 weiter. Der im Februar 1908 ausgeschiedene Z. errichtete in Straßburg eine Weingroßhandlung und verglich sich mit der Winzergenossenschaft. R. trat bei Z. als Reisender ein und besuchte von April 1908 ab auch die Kunden der Winzergenossenschaft. Diese hat dann gegen R. die vorliegende Klage auf Zahlung der Vertragsstrafe von 10000 M. erhoben. Dieser Klage hat R. zunächst entgegengehalten, daß der ganze Vertrag gegen die guten Sitten verstoße, weil er eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens durch die Beschränkung seiner gewerblichen Freiheit enthalte.

Außerdem berief er sich auf § 75 des Handelsgesetzbuchs, weil die Klägerin ihn ohne Grund entlassen habe.

Das Landgericht Straßburg und das Oberlandesgericht Colmar haben den Beklagten zur Zahlung der Vertragsstrafe verurteilt. Das Landgericht legt dar, daß der § 75 des Handelsgesetzbuchs nicht in Betracht komme, weil die Konkurrenzklause nicht im Anstellungsvertrage, sondern im Mietvertrage enthalten sei. Das Oberlandesgericht Colmar begründet seine Entscheidung mit der Erwägung, daß der Beklagte verpflichtet sei, während der Dauer des Mietvertrages in Elbsch-Lothringen keine Weingroßhandlung zu betreiben oder dafür tätig zu sein und daß dieser Vertrag auch späterhin in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten worden sei. Auf § 75 des Handelsgesetzbuchs könne der Beklagte sich nicht berufen, auch nicht darauf, daß sein Mitkontrahent Z. sich vergrößern habe und zum Betriebe berechtigt sei.

Die vom Beklagten gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Colmar eingelegte Revision ist vom 3. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen worden.

Der Bierträger eines Oberwachmeisters.

Eine befremdliche Freisprechung eines Oberwachmeisters hob das Reichsgericht am Donnerstag auf.

Wegen widerrechtlicher Vornahme einer Verhaftung hatte sich am 6. Dezember v. J. vor dem Landgericht Zweibrücken der Gendarm-Oberwachmeister Adam Weidner zu verantworten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Seine Frau hatte Bier geholt und sich über die Kellnerin geärgert. Der Angeklagte wollte der Kellnerin R. seine Meinung sagen und beauftragte den Gendarm Z., sie herbeizuholen, da er sie wegen Betrug zu vernehmen habe. Z. kam wieder und sagte, die R. wolle nicht mitkommen. Der Angeklagte ließ den Z. scharf an und sagte: „Ich gebe Ihnen den dienstlichen Befehl, sie vorzuführen.“ Z. ging nun nochmals hin und brachte sie mit Gewalt zum Angeklagten. Dieser schimpfte sie aus, drohte ihr mit Anzeige wegen Betrug, stellte ihre Personalien fest und entließ sie sodann. Eine Anzeige wegen Betrug hat er nicht eingereicht. Ein Recht, die R. vorzuführen zu lassen, hatte er nicht. Das Gericht hat aber angenommen, daß er, weil er aufs höchste erregt war, sich der Widerrechtlichkeit seines Befehles nicht bewußt gewesen sei! — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Uebersehen ist, daß die Zwangsgestellung nicht mit der Erteilung des Befehles zu Ende ist, sondern erst mit der Aufhebung des Zwanges. Daß der Angeklagte während der ganzen Dauer der Zwangsgestellung so aufgeregt gewesen wäre, um die Widerrechtlichkeit seines Handelns nicht einzusehen, ist nicht festgestellt.

Witterungsbericht vom 31. März 1911.

Table with 12 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag. Rows include Eisenm., Damburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Sibir, Werben, Paris.

Wetterprognose für Freitag, den 1. April 1911. Kälter, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

GEGRÜNDET 1867



Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

Friedrich-Strasse 75, Potsdamer Strasse 2, Tauentzien-Strasse 19a, König-Strasse 25-26, Schöneberg, Hauptstr. 146, Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Tauentzien-Strasse 7b, Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet: Rosenthaler Strasse 5

REICH ILLUSTRIRTER HAUPT-KATALOG GRATIS

Was ist modern?

Auf diese Frage erteilen wir gern Auskunft und bitten wir gleichzeitig um Besichtigung der letzten Schuh-Moden.

Kein Kaufzwang!

Phantasie- und Luxus-Schuhe für Damen Die letzten Neuheiten aus Paris und Wien

Pumps

Ausgeschnittene Strassen-Schuhe, mit breiter Krawattenschleife, in Lack, Samt, Seide, Chevreau, schwarz und braun, Samtkalb und Leinen in allen Modefarben.

Oxfords

Derby-Schnürschuhe mit hochsteh. Lasche, breit Seidenbändern, ganz Lack sowie Lack mit aparten Stoff- und Leder-Einsätzen. Samt, Seide, Leinen, Chevreau, schwarz und braun, Samtkalb in allen Modefarben.

Schnürschuhe

Neuheiten für die Stadt, Reise und Promenade. Einfache und elegante Ausführungen in Lack, Chevreau, schwarz u. braun, Samtkalb sowie Leinenstoff in allen Modefarben.

Stiefel mit Stoff- und Samtkalb-Einsätzen

Feine Herren-Strassen-Stiefel

in den neuesten deutschen, französischen und amerikanischen Fassons

Elegante Reit-Stiefel für Herren und Damen

Haupt-Preislagen für Herren- und Damen-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Aparte Kinder-Stiefel-Neuheiten

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus „Bellealliance“

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Libascher, S. Spandau

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Dece Brause

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Rohren & Jöring

Bäckereien, Konditor

Blottner's Großbäckerei

Arnold Bauer's Landbrotfabrik

Engel's Landbrot

W. Engel

Fischer

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Banke's Brotbäckerei

Herberg

Carl Kappler

Kaempff, Bäckerei, Köpenick

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Kronen-Grossmann

Bunzel, R.

Schrammar, H.

Paul Müller

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäckerei „Nordstern“

Peter's Großbäckerei

Conrad Richter

Otto Scillat

P. Springer

Ulrich

C. Vogt, Wellensee

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Bürger-Bad

Canitz

Central-Bad

Erates Luhtannin-Bad

Hobentaufer-Bad

Börsen-Bad

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt W. Schulz

Köh'n's Samariter-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummibw.

Wende, A.

Reiche, A.

Beerdig.-Anst. Sargus

Max Fuchs

Georg Herold

H. Peter-Schley

Bezugsquellen Verzeichnis

Wilh. Scholem

Wecker, A.

W. Adelung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Berl. Weißbier A. Landré

Weißbier C. Landré Act.-Ges.

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Brauerei Weißensee, G. Enders

Caramel-Weißbier

Groterjans

C. Habels Brauerei

Berliner Unions-Brauerei

Goldbier

Braueri „Stern“

S. D. Moewes

Münchener Branhaus

Norddeutsches Branhaus

Schlossbrauerei Schöneberg

Verel's Brauerei

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hiltse

Blumen und Kränze

Oskar Albertus

Casper, Carl

Otto Hinz

Alb. Hiltse

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen 22

August Holz

Carl Jacobczyk Spandau

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth

Maeding, J.

Nordstern

W. Riesner

Ernst Schneider

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Verenigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cyliax, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Schö'n, N.

Seiffert, Erieb

Teichmann, H.

C. Hiller

Jacob, Otto

Carl Jung

Junghuth

Carl Karstadt

Kniehase, A.

Rurt Kränze

Gust. Lenz

Osk. Mann

Greiner, H.

Lemcke

Apoth. Richter

Paul Reichel

Apoth. Richter

Louis Köhl

Schubert, O.

Schubert, Hugo

Stegfrieder-Drogerie

Edmund Buchsch

Spee, G.

Carl Spitzer

Unions-Drogerie

Virchow-Drogerie

Rob. Welsch

Willi Wasch

Zobel, Georg

Ala, O.

Otto Bell

Herm. Braun

Brenneke, C.

G. Brenneke

G. Brucklacher

Otto Döring

M. Eggeling

Willy Erpel

J. Feilmann

Gericke & Wolfram

Rob. Beitze

C. Hiller

Jacob, Otto

Unionslehende Geschäfte

Dampfwascherei „Nordstern“

Relieha

Dampfwascherei „Sport“

Gebr. Erbguth

O. Naefe

Taubert, J.

Fischhandlungen

C. Ahlers & Co.

O. C. Dittmann

Kahl

Chr. Kroog

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurst

Wilhelm Behr

August Dienert

Hermann Blanke

Paul Brackrock

Bramer, Franz

P. Buckwitz

Daniel, J.

Robert Bludsch Nachflg.

Danziger Fleisch-Centrale

Rich. Deckert

Max Dingosz

Albert Domke

P. Dreycock

Joh. Durzynski

Georg Döll

DBL M. Rixd.

Exchbach, G.

Wurst, Speck, Schinken

Lebensmittel-Großhandlung

P. Kemnitz

Oskar Klähn

Fritz Klein

August Koch

Herrmann Köhler

O. Krause

L. Lange

Helmut Lange

Wilhelm Lenz

H. Leucht

Wilhelm Liebherr

O. Liebold

Max Lieske

W. Lindner

Fr. Lindemann

Lochmann

F. Löffler

Luehke, Joh.

H. Maatz

W. Matzker

Stephan Mederer

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Albrecht Müller

Adolf Nagel

Max Neubert

Julius On

Karl Petrich

F. Pogorzelsky

Max Pöhl

Herberg

Carl Kappler

Alb. Hiltse

Wolff

A. Kieper

Eduard Grunwald

Wiedmann & Swanke

Herberg

Carl Kappler

Alb. Hiltse

Wolff

A. Kieper

Eduard Grunwald

Wiedmann & Swanke

Carl Glesen, Oranienstr. 165 a.
Ernst Grüber, Brunnenstr. 78.
F. Hoffmann, Hohenfriedb. St. 4.
Hofffeld, E., Andreasstr. 21.
Hummel, K., Reichenberg, Str. 74.
Jarchow, A., Bergmannstr. 21.
Paul Jüttner, SO., Oranienstr. 9.
H. Kammler, Charl., Krummestr. 22.
M. Mariel, Brunnenstr. 118.
E. Klonka, Oranienstr. 30.
Martin Klein, Neue Hochstr. 26.
Klebsch, W., Frft. Chaussee 61.
E. Knuth, Buchsgr., Sontagstr. 3.
J. Hörner, Reinkndf., Markt 14. See.
B. Lichtermann, Dreyse-Wilmskerstr.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wih., Kottb. Damm 23.
Letsgang, Now., Lindenstr. 61.
Lewin, Adolf, Königsstr. 43/44.
Lüders, H., Schöneberg, Kottb. Str. 55.
Fr. Menckke, Warschauer Str. 50.
G. Neumann, Charlitz, Wallstr. 59.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Brunnenstr. 112.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 81.
Emil Quade, Schöneberg, Hauptstr. 148.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1 a.
Rampmaler, F., Skalitzerstr. 23.

Karl Reichel, Hermannplatz 7.
Riede/Nchf., Reinkndorf, St. 74.
A. Roß, Reinkndf., W., Eichenstr. 91.
Joh. Schallau, Schish. Allee 188 a. Tr.
Alfred Schoer, Turmstr. 40.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmeltz, Reichenbergerstr. 143.
Schönemann, G., El., Berl.-Str. 73.
Rich. Schramm, Turmstr. 32.
P. Schuch, Chari, Knobelsd.-Str. 40.
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 5a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
T. Stolz, Chaussee 83.
Carl Stuhr, Dresdnerstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-St. 1.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
Triebes, Alfred, Falckensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 155.
Ulrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
Adolf Völkel, Frankf. Chaussee 150.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
Otto Warltig, Triftstr. 3.
Wilmersdorf, Augustastr. 14.
Wiedermann, O., Augustastr. 14.
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Rixdorf, Traskenstr. 7.
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Wutke, Karl, Invalidenstr. 15.

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherung. Straße 3.
„Friedrich Wilhelm“
Berlin WS, Behrenstr. 55—61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Warenhäuser
Bernhard, G., Ober-Schöneeweide.
Warenhaus Max Codik
SO., Wrangelstr. 20, Ecke Picklerstr.
Bieber, Nf., Yorkstr. 37, am Bif.
MaxBlumenreich, Schwedenstr. 1.
Julius Loewenberg Nachflg.
var Giesstr. 19, a. d. Schönhauser-Allee.

David, L. S., Sim.-Dachstr. 42.
Alt-Boxhag. 30.
Helnze, Partiewar., Laagkassstr. 101.
Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 38.
Warenhaus M. Hirsch Spandau
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Seling
50 Filialen in allen Städten.
Bettinger, Eng., Wald-Ecke, Wickel
Conrad, Großdestillation
Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 55.
Eile u. Weyle, Löhrl., Gerichstr. 14.
Großd. „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 29.
Martin, Bruno, Ri., Hermannspl. 5.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
auch Liköre u. Säfte.
Brunnenstr. 16 a. Filial.
Rieserwerk. u. Engrosgroß.
Hermannstr. 100.
Wein-Vertriebsgesellsch. v. Malottki

Waschmittel
Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.
Rieß, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.
Pfl. Lull.
Sello, Hermann, Stadtd.
Einzelverkauf zu Engrosgroßpreisen.
G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
Bitte Freisl. zu verl. Tel. III. 8192.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Wermuth, Oswald, Kappellstr. 1.
Weiß-, Woll-, Trikot.
Ahlcher, Gust., Chorinerstr. 75.
Max Bahn, Mühlenstr. 42.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56.
Otto Erdmann, Mirbachstr. 36.
Beusselstraße 76
Taurroggenstr. 10
M. Gardels
Kraut Str. 31a.
Georgi, Ernst
Grüner Weg 26.
Hans, A.
Hugo Hecht, Chorinerstr. 65 a.

Hirschfeldt, Reichenbergerstr. 63.
Hoffmann, Carmen, Sylvastr. 6.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Lortzingstr. 9.
Julius John, Dunkerstr. 1.
Küstrin-Pl. 1.
Iselle, Beifeld.
Jonas, Hermann, Rixdorf.
Juncker, H., Hermannstr. 172.
Kaufh. Katzki, Ri., Kais-Friedr.-St. 243.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 96.
Adolf Küsel, Ri., Bergstr. 84 a.
R. Lehmann, Ink. Wiser, Köpenick.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52/53.
vis-a-vis der Kirche.
Rixdorf.
A. Lüdek, Kais-Friedr.-St. 177.
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
Theaterstr. 48.
Müller, E., Wäsche u. Fabrikat.
Meyer, Bernauerstr. 12, (Arbeiterheim).
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Pletschmann, Marie, Jagowstr. 25.
Hussitenstr. 43.
Schaefer
M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43.
W. Maassenstr. 17.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.

A. Radioff, Reinkndf., Markt 1 a. See.
Raehmer, C., Andronstr. 80.
Hermann Meyer, Schilvelbeier St. 11.
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.
Sigmund Simon, Nf., Köpenickstr. 123.
Stawenow, Chari, Gades-Str. 19.
J. Stein, Reinkndf., W. Scharnweberstr. 116.
L. Vierarm, Zionakirchstr. 34.
E. Voigt, Reinkndf., Am Ende 101.
Albert Vogt, Urbanstr. 31.
Wollhaus Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63.
Wild u. Geflügel
Rixdorf, Berliner Str. 12.
C. Dittmann, Landsberger Allee 28, auch Fische.
O. Grimm, Zimmer, H., Prinsenstr. 12.
Zahn-Atelier
E. Bode, N. Kostanienallee 102, I.
Hollbruch, Herm., Fankst. 5, geg. 1871.
A. Jahnke, SW. Elisenstr. 54, I. 10-1-3-6.
Jordan, Alfr., Fanzstr. 61, geg. 1858.
Vorzeiger dieses 10% Rabatt.
Alfred Rau 10%, Wrangelstr. 86 I. — Geogr. 1885.

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.



Derfinghaus

Derfinghaus

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlins georb. von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herron-Hosen 2,50, 5,00 M. Große Abteilung neuer Garderobe. **Moldauer**, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.) Straßenbahn-Vergütung.

Vorjährige feinste Frühjahrs-Ulster und elegante Anzüge jetzt 20-50 Mark. Täglicher Verkauf. **Kavalier-Klub**, Unter den Linden 61 II.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Gegründet 1895

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße,

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Ueberteuerung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40-60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Stoffe

engl. f. Knöpfe, Paletots, Str. 3, 4, 50 BR. Roden für Pelermine Str. 1, 50, 2, 50 BR. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Patrikircho.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Wahlhalle
liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben
fertig u. nach Maß unter Garantie für tabell. Sitz geg. wöchentl. Teilz. von 1 Mk. an. Hüftweiderei u. Beckenstätt im Hause. Auf Wunsch Besuch d. Reklenden in neuest. Stoffmuster. Sonntags geöffnet. 30002

Persil

das selbsttätige Waschmittel!

Wer seine Wäsche schonen und ihr größere Gebrauchsdauer sichern will, nehme zum Waschen nichts anderes als Persil, das bewährte, selbsttätige, unschädliche Waschmittel von Millionen Hausfrauen. — Erhältlich nur in Original-Paketen.

Der Washtag bringt Ihnen keinen Ärger mehr!

Persil wäscht ganz von selbst! Die Wäsche wird eingesetzt, etwa 1/4-1/2 Stunde gekocht und gut ausgespült; sie ist dann fertig, blütenweiß wie auf dem Rasen gebleicht.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor**, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Gerichts-Zeitung.

Die falsche „Hofdame“ vor Gericht.

Ein vom psychologischen Standpunkt aus interessanter Betrugsprozess gegen die falsche „Hofdame“ Gräfin Manuela von Arnim...

Die Anklage gegen Eichbaum lautet auf versuchten Betrug und Verleitung eines falschen Namens bezw. unbefugter Führung eines Adesprädikats...

Das Ergebnis der Ermittlungen ist im einzelnen folgendes: Der Angeklagte Eichbaum ist der Sohn eines im Alter von 60 Jahren verstorbenen Ratsleiters...

E. fuhr hier bei dem kronprinzlichen Palais vor und suchte hier von einem Lakai die Erlaubnis nach, die Räume besichtigen zu können...

gebäude, wo er sich bei dem Kapitän nach der Wohnung des — Ersten Staatsanwalts erkundigte. Schließlich fuhr er nach dem Geschäft des Juweliers Bärtes...

Die psychiatrischen Sachverständigen gaben fast übereinstimmend folgendes Gutachten ab: Der Angeklagte entstamme einer schwer nervösen Familie und sei als ein erblich schwer belasteter Mensch anzusehen...

Brühns Beleidigungsklage. Eine Beleidigungsklage des antisemitischen Abgeordneten und Verlegers der „Wahrheit“ Wilhelm Brühns...

Die Privatklage richtete sich gegen zwei Artikel des „Tageblattes“. In einem Artikel vom 18. November 1909 wurde in einer Notiz über den „Fall Schad“ die Bemerkung gemacht...



Zum Osterfest unvergleichlich preiswerte Schuhwaren

- Damen-Mode-Halbschuhe in schwarz Chrom und Chevreau, Derbyschnitt, mit und ohne Lackkappen, moderne Form ... 10.50 8.50 7.50 5.90
Damen-Mode-Halbschuhe in braun Chevreau, mit hübschen Stoffeinsätzen, unerreicht ... 7.50
Damen-Mode-Halbschuhe in braun Chevreau, mit oder ohne Lackkappen vornehme Formen ... 12.50 10.50 8.50 6.75
Pumps in ff. Chrom- oder Lackleder ... 5.50 Hochlaschenschuhe in ff. Chrom- und Lackleder ... 7.50
Schnürstiefel für Damen in feinen Lederqualitäten, schwarz und farbig, unsere unübertroffenen Hauptpreislagen ... 16.50 14.50 12.50 10.50 7.50 6.50
Herren-Schnürstiefel in f. Boxleder und f. Chromleder, mit Lackkappe, unsere unübertroffene Preislage ... 7.50
Herren-Schnürstiefel in la Chevreau und Boxcalleder, schwarz und farbig, modern schlanke und amerikanische breite Formen 16.50 14.50 12.50 10.50

Table with 2 columns: shoe type and price. Includes 'Mädchen- u. Knabenstiefel' and 'f. braun echt Chevreau mit Lackkappe'.

Conrad Tack & Cie. Schuhwaren-Fabrik Burg b. Magdeburg



125 eigene Geschäfte

- davon in Berlin und Umgebung: C, Spittelmarkt 15 (Tollhaus) C, Rosenthalerstrasse 14 W, Potsdamerstrasse 50 W, Schillstrasse 16 NW, Turmstrasse 41 NW, Wilsnackerstrasse 22 NW, Beusselstrasse 29 N, Friedrichstrasse 127 N, Müllerstrasse 3 N, Reinickendorferstrasse 23 N, Brannenstrasse nur 57 N, Danzigerstrasse 1 O, Andreasstrasse 50 O, Frankfurter Allee 125 SO, Oranienstrasse 32 SO, Oranienstrasse 2a SO, Wrangelstrasse 49 SW, Friedrichstrasse 240-241 Charlottenburg: vor Wilmsdorfer-Strasse 122-123 Kixdorf: Bergstrasse 30-31 Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Karl Stahl** am 20. d. M. an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. April cr., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nordorfer Friedhofes, Nordorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist und einer unserer Kämpfer, der Kollege **Rudolf Bieseke** vom Wasserwerk Berlin entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. April, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Ropenhagener Str. 1, aus statt.
35/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist und einer unserer Kämpfer, der Kollege **Gustav Markgraf** (früher in der Parteiverwaltung) entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 1. April, nachmittags 1/4 Uhr, von der Kapelle des Kapernaumkirchhofes, Müllerstraße, Ecke Berliner Straße, aus statt.
35/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Ordnungsstelle Berlin II.
Am 29. März verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Bauwächter **Albert Klein** im 54. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Segenskirchhofes in Weihensee, GutsMuth-Abell-Straße (Blonskirchhof) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
35/16 Die Ortsverwaltung.

Am 28. März, vorm. 10 1/2 Uhr, entschlief nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Anna Elstner**.
Ein leuchtendes Vorbild in Arbeit und Pflichterfüllung.
Dies zeigen am stille Teilnahme bittend an die tiefbetroffenen Eltern u. Geschwister.
Die Beerdigung findet am 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Gröbe Str. 12, nach dem Neustädter Kirchhof, Bergmannstraße, statt.

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin **Martha Westphal** am 30. März gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Auferstehungsgemeinde in Weihensee aus statt. 102/11
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines herzensguten Mannes und Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der Firma Kürtling, den Eltern und Kollegen der Firma, sowie dem Verband und Gesangsverein der Kupferjohanne unfernen herzlichsten Dank.
Witwe Alwine Ziebarth nebst Tochter.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines Vaters **Ernst Schneider** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen des Anhalter Bahnhofes, dem Verein deutscher Kaufleute und dem Transportarbeiter-Verband unfernen herzlichsten Dank. 101/75
Berta Schneider nebst Sohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1939. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1967

Sonntag, den 2. April 1911, vormittags 10 Uhr:

Fortsetzung
der Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle
im großen Saale der Brauerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16-23.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung der Generalversammlung vom 19. März d. J.

Mit kollegialem Gruß: **Die Ortsverwaltung.**
Besondere Einladungen werden zu dieser Generalversammlung nicht versandt. — Als Legitimation gilt die Legitimationskarte für Vertrauensleute und Mitgliedebuch.
Vertretungen sind nicht zulässig.



Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Verwaltungsstelle Berlin.
Geschäftsstelle Berlin O. 54, Rulandstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Mühlenarbeiter!
Sonntag, den 2. April, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal V):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **K. Bethke** über: „Die politische Lage“.
2. Verbandsangelegenheiten.

Flaschenkellerarbeiter u. Verschiedene!
Dienstag, den 4. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal I):
Gruppen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadts. Genossen **J. Sassenbach** über: „Neue gewerkschaftliche Probleme“.
2. Verbandsangelegenheiten.

Fahrpersonal, Hofarbeiter u. Stalleute!
Mittwoch, den 5. April, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal I):
Gruppen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadts. Genossen **P. Dupont** über: „Die politische Lage“.
2. Die Antwort der Behörde auf unseren Antrag: „Beschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen“.
3. Verbandsangelegenheiten.

Weiß- und Malzbierbrauerei-Arbeiter!
Freitag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal V):
Gruppen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden **Kol. Käßler** über: „Der Kampf der Arbeiter ums tägliche Brot“.
2. Verbandsangelegenheiten.

Handwerker, Maschinisten, Heizer, Handwerkerhilfsarbeiter, Kohlenschieber u. Abschmierer!
Sonntag, den 9. April, vorm. 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal V):
Gruppen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Kol. Hodapp** über: „Die kommunale Arbeitslosenversicherung“.
2. Verbandsangelegenheiten.

Brauer u. Hilfsarbeiter i. inneren Betriebe!
Sonntag, den 9. April, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal I):
Gruppen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redakteurs **Gen. Fr. Däwoll** über: „Die nächste Reichstagswahl“.
2. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Die wichtige Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur strengsten Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
42/11 Die Ortsverwaltung.

Möbel auf Kredit
15 M. Anzahl. Stube u. Küche 1.50 M. Woche
3 M. Anzahl. Einzelne Möbelstücke 1 M. Woche
5 M. Anzahl. Moderne farbige Küchen 1 M. Woche
Teppiche, Betten, Steppdecken, Uhren, Bilder und Garderoben.
Gustav Gärisch, Stralauer Platz 1-2
Frucht- und Mühlenstraßen-Ecke.
2 Minuten vom Schlossischen Bahnhof

Konsum-, Produktiv- u. Sparverein
Zehlendorf und Umgegend.
Eingetr. Genossenschaft m. b. H.

Berichtigung.
In der Nr. 61 vom 19. März cr. veröffentlichten Bilanz muß es in der sechsten Zeile heißen: „Die Geschäftsguthaben vermehrten sich um 671,98 Mark.“ Ferner ist in der Unterzeichnung ein Druckfehler: statt **Joß. Krejeler** muß es **Joß. Krejeler** heißen.
Joß. Krejeler, Karl Bousov, Aug. Stahr.

Einladung zur 104/13
General-Versammlung
am Sonntag, den 9. April 1911, nachmittags 1/3 Uhr, bei **Wiel, Karllstr. 12.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Verbandssekretärs.
2. Geschäftsbericht.
3. Beschlussempfehlung über Anstellung des Geschäftsführers.
4. Wahl zum Aufsichtsrat.
Der Aufsichtsrat:
Otto Jäkel, E. Semler.

Steinarbeiter.
Zwei Versammlungsbeschlüssen der beiden Sektionen ist das Verbandsbureau hinfort am Sonnabend vormittags von 8-1 geöffnet, nachmittags geschlossen. An den übrigen Wochentagen bleibt die bisherige Dureanzzeit von 8-10, nachm. von 4-7 bestehen.
Die Kollegen werden ersucht, den Vorstehenden während der Bureauzeit außerhalb des Bureau nicht zu beanspruchen.
171/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Achtung! Werkstattdenken!
Die Kollegen, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können ihn durch die Vertrauensleute vom Bureau abholen lassen.
Achtung! Jugendliche Holzarbeiter!
Der Befehl für die jugendlichen Holzarbeiter ist vom 1. April ab geschlossen. Es finden an den Sonntagen Ausflüge und andere Veranstaltungen statt, die im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.
61/6

Mitglieder-Versammlung
Tischler.
Bezirk Südosten I: in den „Rannyn-Gefällen“, Rannynstraße 6.
Bezirk Südosten II: im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147.

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, in den **Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18:**
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Unsere weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern und der Stand unserer Lohnbewegung. Referent: **Kollege Zitzewitz.**
2. Diskussion.
Daher! vormittags 8 Uhr, im **Vertrauensmänner-Sitzung.**
Mitgliedebuch oder Streifenkarte legitimiert.
Alle Mitglieder müssen anwesend sein.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. H. 29 Hamburg). Filiale Berlin 3.
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 2. April, vormittags 1/9 Uhr, im **Restaurant Wolfram, Goldschmiedestraße 5.**
Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
Die Wahlzeit ist von 1/9 Uhr bis 2 Uhr.
114/14 Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Amerikanische Schutzhose

mit selbsttätigen Trägern.
D. R. G. M.
Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.
Jeder Versuch ist lohnend!
Praktische Erfindung!
Obige Abbildung stellt Vorder- und Rückansicht dar.
Prima echt indigoblauer Stoff.
Die Schutzhose reicht bis an die Kniekehle heran und wird durch praktische verstellbare Träger befestigt.
Größen 2 Taschen.

Preis für normale Rannengrößen . . . 3 Mk. 95
Extra weite oder extra lange Größen . . . 4 Mk. 50
Burschen-Größen . . . 3 Mk. 45
Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt.

Kleider-Werke Baer Sohn
11 Brücken-Straße 11.
Chaussee-Straße 29/30.
Gr. Frankfurter Str. 20.
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Haupt-Katalog kostenfrei
Nachdruck verboten

Möbel-Beiser

Lothringer Str. 67 Ecke Gormannstr.

15 Mark Anzahlung
2 Bettstellen
1 Kleiderkasten
1 Spiegel
1 Spiegelständer
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenschub
1 Küchenschrank
pro Woche 1.50 M.

liefern für
Moderne Schlaf-, Speise- und Wohnzimmer
in großer Auswahl
jede gewünschte Holz- und Stilart.
Anzahlung 40-60 M.
Wochenrate 4-5 M.

35 Mark Anzahlung
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Kleiderständer
1 Wäschekorb
1 Truhen
1 Sofa
1 Tisch
4 Stühle und
1 farbige Stühle
pro Woche 2-3 M.

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
Anzahlung von 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark.
Farbige Küchen in reicher Auswahl. Anzahlung 5 Mark.
Lieferung auch nach auswärts.
Sonntag 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Ulster! Gelegenheit!
Frühjahrs- und Uebergangs-Ulster
Neueste Muster! Gute Verarbeitung
werden zu Engros-Preisen billigst verkauft in der
Herren-Konfektion Dirschsenstr. 51 III an der Spandauer Brücke.

Gesunder Schlaf nur auf **„Schiboco“-Matratzen**
Unübertroffen an Elastizität und Dauerhaftigkeit, mit und ohne federnde Seitenkanten
Zu haben in allen besseren Möbel- und Bettgeschäften aus den Fabriken von **Schickler, Bohe & Co., G. m. b. H.,** Elberfeld, Berlin-Tempelhof, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg.
Kein Detailverkauf
Jede Matratze trägt diese Schutzmarke

Grösstes Unternehmen der Kredit-Branche
im Osten Berlins
35¹ Frankfurter Allee 35¹

Möbel
Ganze Einrichtungen auf KREDIT

Möbel
Ganze Einrichtungen auf KREDIT

Richard Krumbeck
Berlin O., Frankfurter Allee 35
Liefert alles auf Kredit

Fertige Betten inlets Bezüge

Topplche Gardinen Portieren

Bunte Köchen

Damen-Garderobe
Kostüme, Blusen Röcke, Jackette
wöchentlich 1⁰⁰

Herren-Garderobe
Rock- u. Jackett-Anzüge Massersatz
wöchentlich 1⁰⁰

5 Mark Anzahlung

Mit 15 M. Anzahlung
1 Schrank
2 Bettstellen
1 Tisch
3 Stühle
1 Spiegel
1 Spiegelspind
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm.
2 Küchenstühl.
wöchentlich 1⁵⁰

Mit 25 M. Anzahlung
1 Schrank
1 Vertiko
1 Tisch
4 Stühle
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 geschl. Spieg.
1 Spiegelspind
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm.
2 Küchenstühl.
wöchentlich 2⁵⁰

Mit 30 M. Anzahlung
1 Schrank
1 Vertiko
1 eleg Tisch
4 Rohrlehnst
2 Nuseh-bettstellen mit Matratz.
1 Trumeau
1 Sofa
1 Küchenspind
1 Küchentisch
1 Küchenrahm
2 Küchenstühl.
1 Kohlenkast.
1 Handtuchhit.
wöchentlich 3⁰⁰

1 Kinderschrank
1 Vertiko
1 Bettst. mit Matratze oder
2 Matratzen u. Keilkiss.
1 Küchenspind
Spiegel u. Spiegelspind
wöchentlich 1⁰⁰

5% „Vorwärts“-Lesern 5% 5%

Großer Umzugs-Saison-Verkauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Gelegenheitskäufe!!!
Großer Posten Teppiche
zurückgesetzte Muster
Sofagröße 87⁵, Zimmergröße 14⁵⁰, Salongröße 227⁵.
Ganz bedeutend im Preise herabgesetzt sind:
Gardinen - Restbestände
1-4 Fenster 1,95, 2,25, 4,75.
Plüsch- u. Tuch-Portieren
wundervolle Dessins, Garnitur 2,95, 6,25, 9,75.
Riesige Auswahl in Plüschtschdecken
6,25, 9,50, 12,75.
Diwandecken, Bettvorlagen, Felle, Läuferstoff-Reste
zu kolossal billigen Preisen!
Teppichhaus Georg Lange
Chausseestr. 73/74.

5% 5%

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung
Liefere elegante
Herren-Moden
Fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung
J. Kurzberg
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 40-41
direkt am Hackeschen Markt.
II. Geschäft: Frankfurter Allee 104, prt., Ecke Friedenstr.



1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
Liefere elegante fertige
Herren-Garderoben
:: Ersatz für Mass ::
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung
Julius Fabian
Schneidemeister
Gr. Frankfurter Str. 37,
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.



S. Gottlieb

Möbel → 15 Mark Anzahlung
Stube und Küche → 25 Mark Anzahlung
Stube und Küche → 1 Mark pro Woche

Möbel → 35 Mark Anzahlung
2 Stuben u. Küche → 50 Mark Anzahlung
2 Stuben u. Küche → 3 Mark pro Woche

Möbel → 5 Mark Anzahlung
Schränke, Vertikos, Sofas, Betten, Spiegel → Abzahlung wöchentlich 1 M. an

Möbel → 10 M. Anzahlung an
Komplett. Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer und Küchen

Rosenthaler Strasse 54.

Möbel-Angebot.
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungs-geschäft. 9676*

Möbel auf Credit

Einzelne Möbelstücke
mit 5 M. Anzahlung.
Teppiche, Gardinen, Portièren, Decken aller Art.
Strengste Diskretion.

Einrichtung mit 20-30 M. Anzahlung
2 Bettstellen, 2 Matratzen, 2 Keilkissen,
1 Schrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Spiegel,
1 Küchenschrank, 1 Küchentisch,
2 Küchenstühle.

Einrichtung mit 40-50 M. Anzahlung
2 Bettstellen, 2 Matratzen mit Keilpolster,
1 Schrank, 1 Vertiko, 1 Tisch, 4 Stühle,
1 Waschtoulette, 1 Spiegel, 1 Spiegelspind,
1 Divan, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch,
2 Küchenstühle, 1 Küchenrahmen, 1 Handtuchhalter, 1 Kohlenkasten.

Bequemste Teilzahlung
Billigste Preise □ Riesige Auswahl.
Besichtigung ohne Kaufzwang
gern gestattet.
Illustr. Katalog gratis und franko!

Nicolaus Pindo
Hackescher Markt 1.

Total-Auflösung!
Wegen vollständiger
Geschäfts-Aufgabe
unseres seit Jahren bestehenden Spezial-Hauses sollen die Massen-Vorräte, bestehend in:
Teppichen, Gardinen, Portieren, Diwan-, Tisch- und Steppdecken etc.
sohlennigst geräumt werden, und sind die Preise
33¹/₃ bis 50⁰/₁₀₀ herabgesetzt.
Sollten günstiger Gelegenheitskauf für die neue Wohnung
Teppichhaus Adler
Königsstr. 40-41, an der Judenstrasse.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschafts-variels für Bielefeld 1910. 35 S. Selbstverlag.
Rechenhäftsbericht des Zentralvorstandes des Verbandes der Sattler und Portefeuerer 1909-10. 24 S. P. Blum, Berlin, Brücken-straße 10b.
Die Seele des fernen Ostens. Von Percival Lowell. 3 B., geb. 4 M. - Mit-Niederländische Malerei. Von G. Heidrich. 6 B., geb. 7 M. G. Diederichs Verlag, Jena.
Die acht Gesichter am Stwassee. Von R. Dautshendy. 3,50 M. H. Langen, München.

Das Reichsgesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909. Erklärt von J. Hoepfel. U. E. Sebald, Nürnberg-Leipzig. Geb. 5,80 M.
Die politischen Testamente der Hohenzollern. I. und II. Von G. Künzel und R. R. Hoff. Geb. I. 1,00 M., II. 2,20 M. F. G. Teubner, Leipzig.
Pensionskassen und Arbeitsvertrag. I. Teil. Von Ph. Loewenfeld. 2,80 M. J. Schmeier (H. Sellier), München.
Jahresbericht des Arbeitersekretariats für 1910. 59 S. Selbstverlag.
Universal-Bibliothek. Die Vagabunden. Roman in 2 Bänden von R. v. Holtel. - Kabarett. Von G. R. Kruse. - Jagdabenteuer in den Tropen. Von J. J. Tafelen. - Der Rassenkämpfer. Lustspiel von

J. Benedig. - Detektiv Dagoberts Taten und Abenteuer. Romane von D. Grollier. - Die chemischen Grundstoffe. Von Dr. M. Speier. Einzelnummer 20 Pf. W. Neumann, Leipzig.
Das Staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel. Rede von Dr. B. Harns. 21 S. G. Fischer, Jena.
Das Rudolfskind. Roman von E. Scholl. 3,50 M., geb. 4,50 M. - Verberischen und Andere. Romane von Irene Forbes-Rosse. 2,50 M., geb. 3,50 M. Verlag G. Fischer, Berlin.
Der Essener Meinelidsprozeß gegen Schröder und Genossen im Biederahmeverfahren. Mit 6 Porträts und 1 Plan. 64 S. Dortmund, Rag König. 20 Pf., Bibl. Ausgabe 40 Pf.
Deutschland, der Kaiser und der „Simplicissimus“. Von Rangh-Idhu. 2 B., G. W. Bonfels u. Co., München.



Billige Oster-Angebote

Jackett-Anzüge

- Forster Buckskin mod. Farben 18.-
Cheviotstoff grau und braun . 22.-
Noppé-Cheviot m. durchz. Eff. 28.-
Diagonal-Cheviot m. Effekten 30.-
Cheviotstoffe reinwoll. coul. . 36.-
Stoffqualität. grau u. braun mel. 42.-
Maßstoffe gestreift und kariert . 48.-
Kammgarnstoffe erstklassig . 54.-
Beste Kammgarn- u. Chev.-Stoffe, englische Art. 60.-

Ulster und Paletots

- Forster Diagonalstoff . . 20.-
Forster Buckskin gem. . . 22.-
Cheviotstoff gestr. u. gem. . . 27.-
Wabencheviot mit Effekten . 30.-
Cheviotstoff reinwoll. gem. . . 36.-
Satinstoff gestr., m. Seide durchz. 42.-
Diagonalstoff klein gew. . . 48.-
Solide Maßstoffe neueste Must. 52.-
Beste Stoffqualität engl. Art 58.-

Die Herstellung im eigenen Grossbetriebe, der Einkauf in ersten Fabriken unter Ausschaltung des Zwischenhandels verbürgen höchste Leistungsfähigkeit, die durch sehr niedrige Preise zum Ausdruck kommt.

Bedeutend vergrößert ist mein Lager fertiger Knaben-Bekleidung

Neu aufgenommen: Herren-Artikel in grosser Auswahl Kragen, Manschetten, Krawatten, Hosenträger etc.

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse u. Kaiser-Friedrichstrasse

Aufruf! Die schönsten Herren

Anzüge, Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Spezial-Monats Garderobehaus von Luft & Burger, 19, Mariannenstr. 19. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Strong reelles Geschäft.

Gustav Blumenfeld & Co.

Berliner Strasse 47-48 RIXDORF gegenüber dem Rathaus

Billige Verkaufst-Tage

Grosse Gelegenheits-Posten weit unter Preis!

Als besondere Vergütung während der Umzugszeit von Sonnabend, den 1. April bis Freitag, den 7. April 10% oder Doppelte Rabattmarken* oder 10%

bar (des Rixdorfer Spar-Vereins, des Reichs-Spar-Vereins, des eigenen Spar-Systems mit extraBar-Prämie) bar

Extra-Angebote:

Table with 3 columns: Alle Artikel zum Schul-Anfang, Möbelstoffe Gardinen Teppiche Putz Damen-Konfektion Wirtschaftsartikel, Alle Artikel zum Schul-Anfang

* Lebensmittel und einige Artikel ausgenommen.

Damenmäntel-Fabrik Paul Ginck Rixdorf, Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Strasse

**Moderne
Kostüme
Mäntel
Jackette
Röcke**

Legen Sie Wert auf
Reelle
Damenkonfektion?

Meine Fabrikate sitzen ohne Aenderung und sind sauber gearbeitet
Mass-Anfertigung.

Durch Ersparnis der teuren
Ladenmiete
ausserordentlich
billig

Möbel Ganze Wohnungseinrichtungen, Kamin- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gebogener Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Zur Beachtung.

Heute Wiedereröffnung meines im Jahre 1879 gegründeten
bekanntes

Herren-, Knaben-Garderoben u. Maß-Geschäftes

unter meiner persönlichen Leitung

mit vollständig neuem, modernem Warenlager.

Ich sichere dem geehrten Publikum und meiner werten alten Kundschaft wie in früheren Jahren strenge Reellität und Preiswürdigkeit zu.

Julius Lindenbaum, Berlin O.

Ecke Frucht-Straße Große Frankfurter Straße 141, Ecke Frucht-Straße.

Keine anderweitige Verkaufsstelle.

875 Paletots

aus englischen Stoffen
enorm billig

3 Serien

Serie I **8⁵⁰**
M.

Paletots aus gediegenen Stoffen m. farbigem Tuchkragen u. Rückengarnit.

Serie II **13⁵⁰**
M.

Paletots aus vorzüglichen haltbaren Stoffen, gestreift und gemustert, beste Verarbeitung.

Serie III **21⁰⁰**
M.

Paletots aus prima englischen Stoffen mit einfarbigem u. kariertem angewebtem Futter. Elegante Fassons.

Echt engl. Ulster
von 27 M. an.

Backfisch - Paletots
7⁰⁰ 8⁵⁰ 10⁰⁰ 12⁰⁰ 13⁵⁰ Paletot aus Serie III

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr. Ecke Lindenstr.
1 Hölzer vom Dönhofsplatz. 11 Schaufenster.
Sonntags geöffnet.



Billige Eisbeine!

Eisbeine, gepöfelt, Pfd. 0,25

Eisbeine, ungepöfelt, Pfd. 0,30

sowie unsere warme

Delikatess-Bratwurst Pfd. 0,50

empfehlen
Berliner Wurst- u. Fleischwarenfabrik,
Petersburgerplatz 8.

Bonbon-, Marzipan- u. Konfitüren-Fabrik

von **A. Hahm** En gros

Berlin SO.
100 Skalitzer Straße 100
am Hochbahnhof Oranienstraße.
Fernsprecher Amt IV No. 7047.

Ostereier, Osterhasen

sowie
Schokoladen und Konfitüren
empfehlen

Hedwig Juhre
O. Markusstr. 10.

A. Meyer

33 Frankfurter Allee 33

An der Samariterstraße

An der Samariterstraße

Kinderhüte **Damenhüte** Trauerhüte

von den einfachsten bis zu den elegantesten.

Bekannt als beste und billigste
Bezugsquelle für **Herren-Hüte**

in jeder Preislage
Radloff, Charlottenburg,
Berliner Str. 51.
Gegründet 1875.

Toupets, Locken, Zöpfe

billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.

O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Pumpen,
Rohr, Zandfitter, Drahtgeflechte
kaufen Sie billigst bei
Wolf,

Maybachufer 17/19
(Kottbuser Brücke)
Charlottenburg, Aniebedstraße 6/7
(Kette).



Für das Frühjahr:

Jackett-Anzüge:

24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰ M.

Moderne Ulster:

25⁵⁰ 30⁵⁰ 34⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁵⁰ M.

Mod. Paletots:

24⁵⁰ 27⁵⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ M.

Verlangen Sie bitte den neuen
Katalog für Massanfertigung portio- und kostenfrei!

M. Schulmeister,

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion,
Berlin, **Dresdenerstr. 4,** Kottbuser Tor.

Erstklassige

Herren-Garderobe

nur nach Maß
garantiert tadelloser Sitz
liefert
auf Teilzahlung zu Kassapreisen
wöchentlich von 1 M. an

Martin Katz

Schneidermeister
Berlin S., **Dresdener Str. 76**
nahe Thalia-Theater
und
Schöneberg, **Hauptstr. 158**
nahe dem alten Botan. Garten

Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.

Enorme Auswahl von ganz reizenden **Mädchen-Kleidern** in Baby- bis Badminton-Größe sowie sehr geschmackvollen **Knaben-Anzügen** vom einfachsten bis zum elegantesten Genre. Ueberaus reichhaltiges Lager in eleganten Mädchen-Jacketts und Knaben-Paletots, Entzückende Hüthen und Mützen für Knaben und Mädchen.

Eigene Anfertigung steht uns in den Stand, ein reelles, solides Fabrikat zu sehr billigen Preisen zu liefern.

C. & A. Wendt,
Berlin NO., 115. Große Frankfurter Str. 115.



J. Ostrowski jr.
Berlin
Gr. Frankfurter Str. 1
am Frankfurter Tor
vis-à-vis dem Memeler
Park

Möbel-Kredit **Kredit an Jedermann**

Größtes Möbel-Kaufhaus des Ostens mit Kredit-Bewilligung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Spezialität:
Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen
Anzahlung von **15 bis 30** Mark an

Große Auswahl
Schlafzimmer, Speisezimmer
Herrenzimmer • Farbige Küchen
Bequeme Teilzahlungen
Kulant Reell

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten
liefern zu mäßigen Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer
Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß

Kottbuser Damm 78

Anzug nach Maß von Mark 38.-	Paletot nach Maß von Mark 36.-
Hose nach Maß von Mark 8.50	Ulster nach Maß von Mark 38.-

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir, des großen Andranges wegen, uns Osterbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes sind unerreicht dastehend. Sämtl. Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Der reich illustrierte **Pracht-Katalog** mit Angabe der neuesten Mode ist erschienen. — Die Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

H. Joseph & Co.

Jägerstraße 1-2. Rixdorf. Berliner Str. 54-55.

Heute Sonnabend: **Doppelte Rabattmarken.** Heute Sonnabend: **Letzter Tag.**

Besonders preiswerte Angebote zum Umzug.

Gardinen

Engl. Tüll Mtr. von **35 Pf.** an
Engl. Tüll, Fenster = 2 Flügel **3.95**
Engl. Tüll, Fenster = 2 Flügel **6.95**
Engl. Tüll-Stores von **2.40** an
Engl. Tüll-Bettdecken, 1bettig, von **2.25** an
Engl. Tüll-Bettdecken, 2bettig, von **3.95** an
Band-Stores, mit u. ohne Volant, von **4.25** an
Madras-Stores von **2.40** an
Scheiben-Gardinen von **25 Pf.** an

Portieren

Filztuch, reich bestickt von **3.25** an
Leinen, neue Muster von **3.50** an
Velvet, gute Qualitäten von **6.50** an
imit. Perser, 2 Flügel, 1 Quertuch von **9.50** an

Erker - Lambrequins
4 Meter lang
in Filztuch, Leinen und Velvet

Filztuch-Borden Mtr. von **35 Pf.** an
Leinen-Borden Mtr. von **60 Pf.** an
Gobelin-Borden Mtr. von **40 Pf.** an

Diese Bluse
der
Gipfel der Leistungsfähigkeit



¹/₂ türkisch mit Tülleinsatz und Pasquill, entzückende Farben, außergewöhnlich kleidsam, bis Größe 48
Stück **1.45**

Decken

Tischdecken unter Preis, Mohair **6.50**
Tischdecken unter Preis, Filztuch **3.50**
Diwanddecken, doppelseitig **8.50**
Diwanddecken, Moquette **18.50**
Steppdecken, Handarbeit **7.95**
Steppdecken, doppelseitig **10.25**
Steppdecken I^a, doppelseitig **16.50**

Teppiche

Axminster ca. 100/250 . . . **14.75**
ca. 200/300 . . . **18.75**
Axminster, prima
ca. 200/300 . . . **46.-**
bis 300/400 . . . **133.-**
Velvet Prima-Plüsch
ca. 100/270 statt 31.- **24.50**
ca. 200/300 statt 41.50 **36.50**

Läufer

Cocos **95 Pf.**
Jute **40 Pf.**
Tapestry, bunt **1.75**
Plüsch **2.50**

Linoleum		
60	67	90
statt 0.95	1.15	1.55
0.85	0.95	1.25

Japan- u. China-Matten
in allen Größen.

Stuhlläufer **0.45**

Zum Schulanfang:
Sämtliche
Schulbedarfsartikel
Schulbücher

Wirtschaftsartikel
Bettstellen

1 Waggon Zündhölzer. Paket 15 Pf.

Ferner soweit der Vorrat reicht:

Um die Vorteile dieses Angebots unserer werten Kundschaft bieten zu können, verkaufen wir, soweit der Vorrat reicht, bei Einkäufen von je **1 Mark ein Paket Zündhölzer zu 15 Pf.**

*) Auf Lebensmittel den üblichen Rabatt. Markenartikel ausgeschlossen.

Verkauf der Abonnements- und Schüler-Marken der Großen Berliner Straßenbahn.



Möbel

auf Kredit

Ganze Einrichtungen sowie einzel. Ersatzstücke, Polsterwaren, Betten, Portieren und Gardinen. Grösste Auswahl in Herren- u. Speisezimmern

Garderobe

auf Kredit

Damen - Paletots □ Damen - Kostüme □ Damen - Röcke
Herren-, Burschen- u. Knaben-anzüge □ □ □ Kinderwagen

Wilhelm Schulze

RIXDORF

40 Berliner Strasse 40

1. Treppe, Ecke Münchener Strasse

Photographie

Columbus Charlottenburg

Wilmsdorfer Str. 60-61

Eigener

Fahrstuhl zum Atelier

Geöffnet von 9-7 Uhr

(auch an Sonntagen)

Man achte genau auf
Hausnummer 60-61

Neu! Koloriert!! Neu!

In natürlichen Farben

eine

Vergrößerung

seines eigenen Bildes gebe ich jedem

umsonst

der sich bis zum 20. April d. J. inkl. eine Aufnahme in meinem Atelier bestellt.

12 Visit, glänzend 1.80 | 12 Kabinett, glänzend 4.50

Kinder-, Gruppen- u. Matt-Bilder entsprechend billig.

Hüte

in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
an der Dresdener Str.
Fabrik wird vergütet.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

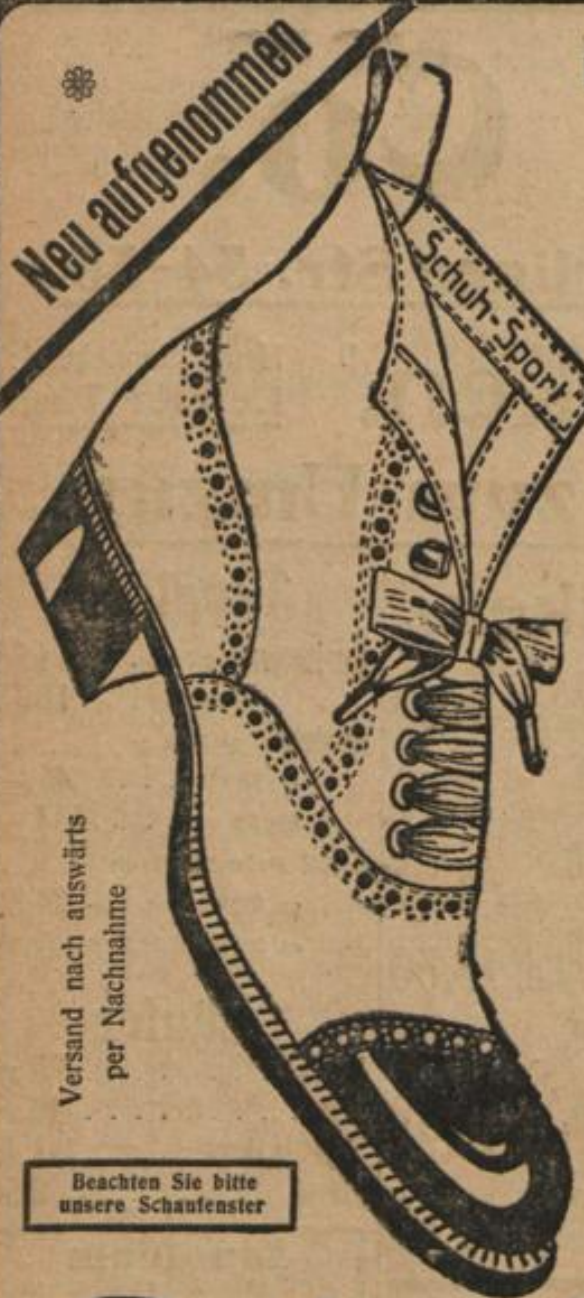
Schweinefleisch!	
Pökelkamm	75 Pf.
Kabier, sehr mild	75
do., Kotelett	80
Schweinefleisch mit Schwarte	70
Schinken	70
Prima Rückenfeil	50 Pf.
Lieson	60
Schmorfleisch ohne Knochen	90
Roulade	85

Willy Ewald
SO., Oppelner Straße 12
an der Wrangelstraße.

Ausnahme-Preise

Sonnabend und Sonntag.
Schweinehinter u. Schulter . . . 65 Pf.
Bauch, Rückenfeil, Liefen . . . 60 Pf.
Kamm und Schaft 70 Pf.
Kotelettstück 75 Pf.
Kahler-Kamm u. Schaft . . . 70 Pf.
Kotelettstück 75 Pf.
Schweinefleisch 80 Pf.
5 Pf. gemischte Wurst . . . 8 u. 4 Pf.
Leb-Cervelatwurst pro Pfund 1,06 R.

Lützower Str. 5a
am Rathaus



Neu aufgenommen

Neu aufgenommen

Einer regen Nachfrage Rechnung tragend, bringen wir
ab heute

Marke „Salambo“

gesetzlich geschützt

Alleinverkauf für ganz Deutschland
vom Guten das Beste

Jedes Paar **Damen- u. Herrenstiefel** Mk.

neben unserer erprobten und bestbewährten

Marke „Propago“

gesetzlich geschützt

die sich allgemeiner Beliebtheit erfreut

Jedes Paar **Damen- u. Herrenstiefel** Mk.

8 75

6 75

Beachten Sie bitte
unsere Schaufenster

Schuh-Sport Andreasstr. 48

Eine Flugblattverbreitung zur Reichstagswahl

findet morgen früh im vierten Kreise von den Bezirkslokalen aus statt.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Villetts zu der am 9. d. Mts. stattfindenden Theater-Vorstellung „Heimat“ von Hermann Sudermann sind bei den Funktionären, in den Parteispeditionen Redarstraße 2 und Siegfriedstraße 28/29, sowie in den Lokalen bei Vartisch (früher Horpe), Hermannstraße 49/50, Meier, Prinz-Handjeryn-Straße 8 und Krönke, Idealpassage, zu haben. Der Bildungsanschuß.

Mariendorf. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokalen: Flugblattverbreitung.

Dienstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß, Kurfürstenstraße 44: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Bericht aus der Gemeindeverwaltung. Disjunktion.

Johannisthal. Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung von Gabie, Roonstr. 2 aus.

Schneidendorf. Am Sonntag, den 2. April, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Grundstück des Genossen August Hertel in Roggen eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen unter freiem Himmel statt. Es spricht die Genossin Marie Juchacz-Rixdorf über: „Wer sind die Feinde des werktätigen Volkes?“ Freie Aussprache.

Berliner Nachrichten.

Im Zeichen des Möbelwagens.

Das große Ungetüm auf Rädern, das jetzt wieder in Hunderten von grellfarbigen Exemplaren über die Weltstadt rollt, hat sich verändert mit den Menschen und mit den Zeiten. Noch vor wenigen Jahren hatte die Möbelkutsche, die unsere Wirtschaft von einer Wohnung in die andere schleppt, eine mehr als simple Gestalt. Ein gewöhnlicher Blattenwagen erhielt an den vier Ecken ebensoviel starke Streden aus Eisen oder noch öfter bloß aus Holz, und darüber kam ein teerbefestigtes Dach, von dessen vier Seiten aufgerollte Vorhänge zum Schutze der Möbel gegen Witterungseinflüsse herabgelassen werden konnten. Die eingebürgerte Farbe des Möbelwagens war durchweg grün, vielleicht in Anspielung auf die gute Hoffnung, die in die neue Wohnung miteingehen sollte. Neblameaufschriften in Riefenbuchstaben konnte man noch nicht. Recht und schlecht hat dieses Universalfahrzeug seine Mission erfüllt, bis der kolossale Luxus, der heutzutage in Wohnungseinrichtungen getrieben wird, nach erhöhter Umzugsfähigkeit verlangte. Der Forderung, daß man mit dem Hab und Gut des Umziehenden wie mit rohen Eiern umgehe, konnten früher selbst vorzüglich eingerichtete „Ziehmäher“ beim besten Willen nicht immer entsprechen. So gehörte nicht viel Talent dazu, den geschlossenen und gepolsterten Möbelwagen zu erfinden, der heute von allen, die seine nicht billige Verwendung bezahlen können, mit Vorliebe benutzt wird. In solche moderne „Arde Noah“ geht unendlich viel hinein, und die kostbaren Möbel ruhen hier so sicher wie in „Abrahams Schoß“. Daneben eigneten sich die Möbeltransportarbeiter eine bewundernswerte Fertigkeit im praktischen Verstaufen an. Was aber noch mehr wert war, ist nun die Möglichkeit, ganze Wohnungseinrichtungen in solchen Wagen direkt auf Eisenbahnwaggons als Stückgut ist nicht mehr erforderlich. Wenn man das nötige Kleingeld hat.

Der Umzug des „kleinen Mannes“ sieht anders aus und ist zum großen Teil noch ebenso trübsalig wie vor Jahrzehnten. Der Möbelwagen pumpt nicht. Das Geld, vom Munde abgepart, muß also unfehlbar da sein, wie die erste Miete. So ist die Devise: so billig als möglich! Einen Einspänner für zehn Mark gibt es schon kaum mehr. Noch ein „Wagenrad“, ein Fünfmarskstück, dazu, das ist so ziemlich die mächtigste Forderung. Man kann schließlich nicht mal behaupten, daß es bei den heutigen Zeitverhältnissen, wo ein Teil den anderen treibt, zu teuer ist, aber so viel Geld spielt im kleinen Haushalt eine gewichtige Rolle. Das muß wochenlang marktwiese zurückgelegt werden, damit man am Ziehstage gerüstet ist. Dafür gibt's aber noch nicht mal einen Verdeckwagen. Hat man also Nach und trifft schlechtes Wetter, so wird von dem mühselig angeschafften manchen Stück ruiniert. Oder ein wildgewordenes Auto rast gegen die hochbedachte, schwankende Möbelkutsche, und die ganze Befahrung liegt auf dem Straßendamm. Doch noch viel primitivere Umzüge sieht man in der Großstadt. Winzige, gebrechliche Handwagen werden beängstigend hoch mit Hausrat bevast. Vater mit ein paar guten Freunden spannt sich an die Deichsel, Mutter schiebt, und die Kinder laufen mit „Nippjachen“ nebenher. Wie oft bricht da unter der Last die Kutsche oder ein Rad. Jammernd sieht die Familie vor dem Säuschen Unglück. Für den Schaden hätte man sich einen hochfeinen Polsterwagen leisten können. Und da drüber wird Stück für Stück vorzüglich gar auf einen Kinderformwagen, der morgens zum Zeitungsaustragen dient, transportiert. Fast alles nur Gerummel, aber dem Armen unentbehrlich. Zwanzig, dreißigmal raselt die außer Kurs gefahrene Ehestandskutsche über das Pflaster. Und wenn man nach harter Arbeit glücklich ohne erheblichen Schaden drin ist in dem neuen Wohnungsloch, freut man sich, umsonst gezogen zu sein.

„Ein Kollege vom Alexanderplatz.“

Unter dieser Überschrift schildert uns einer unserer Leser ein Erlebnis, das er vor einigen Tagen gehabt hat. Zu einem Schlosser L., der in Chambergartener wohnt, kam am Vormittag — also zu einer Zeit, wo anzunehmen war, daß er nicht zu Hause sein würde — ein Besucher. Der Wirtin L.'s, die ihn empfing, sagte der Fremde, er komme vom Verband, es sei ein Mitgliedsbuch gefunden worden, das anscheinend L. gehöre. „Er ist doch im Verband?“ setzte er fragend hinzu. Als die Wirtin antwortete, daß sie nicht, erkundigte er sich, wann L. nach Hause komme, und empfahl sich.

Am Abend desselben Tages, als ich — so erzählt und L. — von der Arbeit heimgekehrt bin und in meinem Zimmer saß, klingelt es draußen. Meine Wirtin macht auf, ich höre meinen Namen fragen, und es klopfte an meine Tür. Auf mein „Herein!“ rief ein mir fremder Mann, so Witte der Dreißiger, die Tür auf und kommt auf mich zugestürzt. „Guten Abend, Kollege!“

„Na, Menschenskind, läßt Du von Dir denn gar nichts hören oder sehen? Dein Buch liegt bei uns schon wer weiß wie lange!“ Ich frage: „Was für ein Buch?“ Er: „Na, hast Du nicht Dein Verbandsbuch verloren?“ Ich: „Ja, von wo kommen Sie denn, und wer sind Sie?“ Er: „Na, ich bin Wöhler, vom Verband!“ Ich: „Ja, was für'n Verband denn?“ Er: „Na, vom Bureau! Mein Cousin schickt mich zu Dir.“ Ich: „Ist Ihr Cousin auch Ahtgroßschenjunge —?“ Da ist es vorbei mit seinem sicheren Auftreten. Er wird leichenblau und fängt an zu stottern: „A... aber Sie erkennen mich — ich bin Kollege.“ Ich: „Vom Alexanderplatz! Für die Kollegen bedanke ich mich.“ Ich stelle nun den neuen Kollegen meiner Wirtin vor und frage, ob das derselbe ist, der am Vormittag da war. Sie verneint es. Er sagt, der am Vormittag da war, sei sein Bruder gewesen. Jetzt rüde ich mir die Zimmergefaß ins Licht und frage, von wo er denn eigentlich kommt und welches Interesse er daran hat. Er: „Na, ich bin doch selbst im Verband!“ Ich: „In welchem?“ Er: „Im Transportarbeiterverband.“ Ich: „Und Ihr Bruder?“ Er: „Im Schlosserverband.“ Als ich jetzt bei allem Kerger doch lachen muß und ihm sage, daß sein „Bruder“, der frühere „Cousin“, das einzige Mitglied in einem „Schlosserverband“ ist, antwortet er: „Na, im Metallverband.“ Ich frage: „Und was sind Sie?“ Er: „Tischler.“ Er gibt dann an, er sei im „Tischlerverband“. Ich: „Auch als einziges Mitglied!“ Auf meine Frage sagt er, er heiße Heinrich Wöhler und wohne Gaudystr. 13; sein Bruder heiße Karl Wöhler und wohne Strelitzer Straße 29. Jetzt soll er sich legitimieren, aber er hat nichts bei sich. In einer Viertelstunde will er seine Papiere herbeischaffen. Ich frage, ob er mein Buch gesehen hat. „Ja“, sagt er. Ob der Geburtsort „Dummsdorf“ ist? Das weiß er nicht! Meinem Verlangen, mir seine Karte zu zeigen, kommt er nicht nach. — „Ich habe doch keine! Ich bin doch Kollege!“ — „Also ein ganz gewöhnlicher Ahtgroßschenjunge sind Sie denn!“ — „Rein, mein Herr, ich bin feiner! Ich bin Kollege.“ — „Wie kommen Sie übrigens dazu, als Polizeispitzel mich mit Du anzusprechen?“ Er bleibt dabei: „Rein, nein, ich bin Kollege. Unter uns Genossen und Kollegen spricht man sich doch mit Du an. Ich bitte Sie, Sie erkennen mich, ich bin Kollege.“ — „Sie kommen vom Alexanderplatz!“ — „Rein, nein, ich bin Kollege.“ Ich gebe ihm dann den Rat, sich von seinen Auftraggebern besser darüber instruieren zu lassen, was für Verbände wir haben. Auch solle er einen schönen Gruß an die „Genossen“ von der VII. bestellen. Wenn Sie noch eine Frage an mich haben, sollen sie eine Postkarte mit Rückantwort schicken. Er atmet erleichtert auf, daß seine Leiden zu Ende sein werden. Aber, o Schreck, da komme ich auf den Gedanken, mit meinem neuen „Kollegen“ zu seinem „Bruder“ nach der Strelitzer Straße 29 zu gehen. Er weigert sich, doch was hilft! Er muß mit. Unten sagt er noch: „Sehen Sie doch im Adreßbuch nach!“ Das Haus Strelitzer Straße 29 liegt an der Ecke der Bernauer Straße; er geht aber mit mir in das neben der anderen Ecke liegende Haus Bernauer Straße 15. Er will warten; ich solle nur hinaufgehen. Nach langem Hin und Her geht er doch die Treppe hinauf, doch kaum oben angekommen, macht er kehrt. Ich laufe ihm nach und verlange unten wieder seine Legitimation; doch hat er die Sprache verloren und ist taub. Er holt dann etwas Blankes aus der Hosentasche und steckt es in die Rocktasche; ich vermute: einen Revolver. Ich lasse ihn stehen und gehe meiner Wege.

L. hat leider darauf verzichtet, die Persönlichkeit dieses „Kollegen“ durch die Polizei feststellen zu lassen. Er meint, ihn schon genügend „festgestellt“ zu haben. Sollte noch einmal ein solcher „Kollege“ ihn heimsuchen, so will er anders mit ihm umspringen. An alle, die es angeht, richtet er die Jagowische Mahnung: „Ich warne Reugierige.“ Warum eigentlich jener neugierige „Kollege“ die Verbandszugehörigkeit L.'s erschöpfeln wollte, ist noch nicht klar. Mit der Polizei hat L. bisher nichts weiter zu tun gehabt, als daß er die Ausstellung eines polizeilichen Führungsausweises beantragt hatte.

Ueber eine Prügelleistung, die der Gemeindegullehrer Benglaff vollbracht hatte, berichteten wir aus der 240. Knaben-Gemeinschaft (Waldenser Straße). Wir teilten ein Arztattest mit (vgl. „Vorwärts“ Nr. 74), aus dem geschlossen werden mußte, daß Herr Benglaff einen Schüler D. in einer weit über das Uebliche hinausgehenden Weise geprügelt hatte. Inzwischen hat Herr Benglaff den Einsatz gehabt, selber seine Prügelleistung noch durch einen Arzt begutachten zu lassen. An demselben Tage, wo unser Artikel veröffentlicht wurde, führte Herr Benglaff den Schüler D. aus der Schule zu einem Arzt, anscheinend zum Schularzt. Von diesem ließ er die immer noch erkennbaren Spuren seines Stodes besichtigen und sich ein Attest darüber ausstellen. Wer mag Herrn Benglaff den Auftrag und das Recht gegeben haben, mit dem Jungen den Schularzt anzufordern? Uebrigens wird auch dieser Arzt, wiewohl er D. erst acht Tage nach der Prügelleistung zu sehen bekam, noch genug gefunden haben, was Herrn Benglaffs Prügelleistung als eine ungewöhnlich reichliche kennzeichnet.

Neue Gewerbe-Inspektionen treten mit dem heutigen Tage für die Stadtteile Schöneberg und Wilmersdorf in Kraft. Gleichzeitig hat der Handelsminister die Bezirke der Berliner Gewerbe-Inspektionen anderweit abgegrenzt. Ihre Zahl beträgt jetzt neun und es befinden sich die Gewerbe-Inspektionen Berlin O. in der Elisabethstr. 60/61, Berlin N. Prinzen-Allee 88, Berlin NO. Eibinger Straße 19, Berlin NW. Philippstr. 21, Berlin O. Worsdauer Straße 70, Berlin S. Gneisenaustr. 65, Berlin SO. Dranienstr. 14, Berlin SW. Wichmannstr. 12a, und Berlin W. Kirchstr. 16. Außerdem besteht noch für die Stadtgemeinden Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg-Wilmersdorf je eine Gewerbe-Inspektion.

Ein Kind als Schauobjekt im Schaufenster.

Und wird berichtet: Eine skandalöse Reklame wird von der Tuchhandlung (Schneider-ortel) G. und F. Friedländer, Spandauer Str. 49, ausgeht. Die eine mechanische Figur, welche in dem einen Schaufenster Stoffproben unkenntlich, scheint der spekulativen Firma nicht mehr zu genügen, und so hat dieselbe ein lebendes Schülkind im Alter von 10—12 Jahren in das andere Schaufenster gesetzt, welches die Stoffproben wechselt.

Zahlreiche Passanten empören sich ob dieser Ungehörigkeit. Der Firmeninhaber scheint dafür gar kein Gefühl zu haben, sonst würde er nicht zu einem solchen höchst ungehörigen Reklamemittel gegriffen haben. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, dem Unfug ein baldiges Ende zu machen.

Gegen den Krankenwärter Griehl ist die Voruntersuchung wegen des Mordes an der Witwe Hoffmann in der Blumenthalstraße 1 so weit vorgeschritten, daß sie bald abgeschlossen werden kann. Die Akten werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugehen.

Der Schrecken der Schankwirte. Gestern morgen wurde in der Reinickendorfer Str. 24 ein Mann unschädlich gemacht, der in der ganzen Stadt, besonders aber im Weddingviertel, seit einiger Zeit sein Unwesen trieb. Er verband es mit großem Geschick, sich in die Kellerräume der Schankwirtschaften einzuschleichen. Dort schnitt er überall die metallenen Bierhähne ab und schabte die Wirtin nicht bloß um den Wert dieser teuren Betriebsmittel, sondern mittelbar auch noch dadurch, daß er sie in ihrem Geschäft empfindlich störte. Das Bier aber stellte er rücksichtslos jedesmal ab. Gestern morgen wurde er in der Reinickendorfer Straße durch einen Zufall erwischt. Der Schankwirt hatte, während sich der Dieb schon im Keller befand, die Klappe über der Kellertreppe mit Schankgefäßen aus Zink belastet. Nachdem nun der Einbrecher sich die Beute zum Mitnehmen zurechtgemacht hatte, stieg er die Treppe empor und hob ahnungslos die Klappe hoch. Da rollten die Gefäße mit großem Getöse hinunter und der Wirt erwachte. Weil er keinen anderen Ausweg mehr sah, so eilte der Einbrecher die Haustreppe hinauf, kroch zur Dachluke hinaus und nach dem Nachbarhause hinterher. Hier warf er durch die Luke den Sack mit der schmerzlichen Beute auf den Boden hinunter, um dann selbst nachzusteigen. Das Gepolter auf dem Boden war aber so stark, daß mehrere Leute im Hause aus dem Schlafe aufgeschreckt wurden und herbeigeeilt kamen, um nachzusehen, was es gäbe. Sie trafen den fremden Mann, nahmen ihn fest und übergaben ihn der Polizei. Diese stellte den Erappten fest als einen Arbeiter Paul Schulz. Bei ihm fand man außer der Beute aus dem Keller auch allerhand Diebeswerkzeug, u. a. einen Leiterbohrer, den er benutzte, um Verschläge aufzubrechen. Der Verhaftete hatte, wie sich ergab, mit den gestohlenen Bierhähnen einen Schmuckhandel getrieben. Trödler waren seine Abnehmer.

Trübe Erfahrungen in Berlin bei Nacht machte ein junger Mann auf der Durchreise nach Wien. Er hatte in seiner Heimat seine Verlobte von 1700 M. eingekauft, um mit einem Freunde zusammen ein Geschäft aufzumachen. In Berlin unterbrach er die Reise, kaufte sich für 100 M. Kleingeld, die er noch brauchte, brachte diese dann nach dem Hotel und ging dann wieder aus, um sich die Reichshauptstadt etwas näher anzusehen. Da traf er eine junge Ehefrau, die auch ab und zu nachts allein ausgeht. In ihr glaubte er eine vortreffliche Führerin gefunden zu haben. Sie zeigte ihm denn auch mehrere Cafés und einige Ballsäle. Dort schloßen sich noch zwei Männer an, scheinbar ganz harmlose Leute. Gemeinsam besuchte man endlich ein Lokal in der Eisaferstraße. Es war eine richtige Kaffeebar. Nachdem man tüchtig gegesst hatte, wußten es die beiden Männer so einzurichten, daß der Durchreisende mit der jungen Ehefrau bestigt zusammen geriet. Als Schlichterin des Streites trat jetzt ein Mädchen auf, das in jenem Viertel unter dem Spitznamen Potsdamer Betti bekannt ist. Dem jungen Manne war aber schon die Nase blutig geschlagen worden. Während sich jetzt die Wirtin eifrig bemühte, ihm die in dem Kampf etwas beschmutzte Kleidung zu säubern, empfahlen sich die beiden Männer, die junge Ehefrau und die Potsdamer Betti. Alle waren schon weg, als der Durchreisende zu seinem Schrecken entdeckte, daß ihm seine Verlobte mit 1000 M. fehlte. Er fand sie zwar bald im Lokal wieder, doch war sie leer. Der junge Mann klagte sein Leid der Kriminalpolizei, und diese ermittelte gestern die ganze Gesellschaft und nahm sie fest. Die beiden Männer, ein Pförtner Karl Wulfert und ein gewisser Georg Kleinert, der unter dem Spitznamen Georg in jenen Kreisen bekannt ist, hatten den ganzen Streich geschickt „gemacht“, um der Potsdamer Betti Gelegenheit zu geben, „die Padde zu ziehen“. Die Beute hatte sich die Bande gleich geteilt und zum größten Teil schon verjubelt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Donnerstagabend gegen 1/8 Uhr in der Ewinemänder Straße. Dort verlor die 70jährige Rentiere Auguste Vorges vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 30 (Richtung Ramlowstraße) das Gleichgewicht. Frau V. wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperron. In bewußtlosem Zustande wurde die Verunglückte nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht, wo ein Bruch des rechten Unterarmes, eine klaffende Kopfwunde, erhebliche Kontusionen an Armen und Händen und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Nachdem der Greisin Notverbande angelegt worden waren, wurde sie in bedenklichem Zustande nach dem Rudolphi-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Durch einen eigenartigen Unglücksfall zum Krüppel geworden ist der 20jährige Bootsmann Jarenski, der mit seiner Hilfe den Ober-Spreetanal bei Fürstenberg passierte. Der Kahn wurde von einem Dampfer geschleppt und das Tau, das die beiden Fahrzeuge verband, bildete, als der Dampfer plötzlich stoppen mußte, eine Schleife. In diese trat verbeilich Jarenski hinein, als der Dampfer gerade anzog. Dem Bootsmann wurde der rechte Fuß durch das Drahtseil glatt über dem Knöchel abgetrennt. In bewußtlosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Fürstentwader Krankenhaus übergeführt.

Drittes Berliner Sechstagerrennen. Das mit so viel Reklame und Lärm inszenierte Rennen endete in der Freitagnacht mit einem Siege der deutsch-holländischen Mannschaft Kütt-Stol, die in 144 Stunden 3406,050 Kilometer zurücklegten. 2. Rac Farland-Roran, 3. Kunden, 3. Brocca-Schilling, 5. Kunden, 4. Stiefbrin-de-Rato, 7. Kunden, 6. Salbom-Schallwig, 13. Kunden, 6. Georget-Grochmann, weit zurück. Der Sieg und die Ehrenrunde jedes Paares wurde mit lautem Beifall der tausendköpfigen Menge begrüßt.

Der Verlauf des Rennens zeitigte oft unerquickliche Szenen, die gelegentlich in Streifigkeiten ausarteten. Die amerikanische Mannschaft Rac Farland-Roran, von der man sich in Sportkreisen so viel versprach, mußte sich schon am ersten Tage überwinden lassen und alle Zurückeroberungsversuche waren erfolglos. Die Berliner Mannschaft Lorenz-Salbom hielt am längsten Stand und kam erst durch einen Sturz von Lorenz am vierten Tage aus dem Gesicht. Das Rennen war reich an Zwischenfällen aller Art. Besonders zahlreich waren die Stürze und verschiedene Fahrer mußten aus diesem Grunde das Rennen aufgeben. Schon am ersten Tage schied der Schweizer Nyser aus, während an dem für die Sechstager-Rennen kritischsten dritten Tage Krenn und von Rahmer durch Schlüsselbeinbruch kampfunfähig wurden. Am vierten Tage schieden Lorenz und Demle aus, die sich jeder einen Rippenbruch zugezogen hatten. Von den 16 Paares benutzten nur noch 6 das Rennen. Die letzten Kunden des Rennens verliefen ohne aufregende Kämpfe, da das Resultat bereits ja schon entschieden war. Ein Reformversuch des französischen Weltmeisters Ed. Jacquelin über 1 Kilometer ergab 1 Minute 14 Sekunden als Resultat.

Zieht man das Fazit des Rennens, so ergibt sich eine stattliche Gewinnsumme für den Unternehmer, dem das in Scharen herbeiströmende Publikum in seiner Sensationslust die unnötig hohen Preise gerne zahlte, und solange diese Summen aufgebracht wer-

den, wird es immer Unternehmiger geben, die laudend solche Gewinne einstreifen. Ein weiteres gutes Geschäft machen die verschiedenen Fahrrad- und Pneumatikfabriken, die mit ihren Sechstage-Fahrern mehr oder minder geschmackvolle Kellame treiben. Und zum Schluss: Welch einen tiefen Einblick in die Seele der Massen läßt sich ein Kennen tun; wie wenig Geist verrätend ist das Stunden- und tagelange Zuschauen der die Bahn umkreisenden Fahrer und das Aufstadeln derselben zu schnellerem Tempo, zu gegenseitigen Kämpfen mit eventuell schweren Stürzen. Und die Fahrer selbst? Lediglich die Gicht, möglichst viel Geld auf einmal zu ergattern, ist die Triebfeder, daß die Leute mit ihrer Gesundheit Schindluder treiben.

Vermittelt wird seit dem 11. März cr. der Gürtlerlehrling Hans Klippers, geb. 17. September 1886 in Rehd, Groß-Bistritz, Berliner Straße 21 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Klippers ist 1,68 Meter groß, hat kurzgeschneitten dunkelblondes Haar, vorn rechts einen zweiten Haarwirbel, rundes volles Gesicht, graublau Augen, große Hände und Füße, nachlässige Haltung und unter dem linken Auge in der Nähe der Nase ein rotes Knötchen. Kleidung: rechteckiger, weißer, brauneingefärbter Hut, dunkelgraugestreifter Cheviotblazer, grauer oder dunkelblauer Obertrock, schwarze Schürstiefel, schmaler Selbstbinder, Normalwäsche gezeichnet H. K. Auf Ermittlung des Vermittlers ist vom Vater eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Alexander Hertel aus der Wisbierstraße, der am Mittwoch in übergroßem Eifer, einen Straßenbahnwagen nach zu erreichen, mit dem Kopf gegen den Wagen lief, umfiel und unter die Plattform geriet. Der Verunglückte starb im Krankenhaus an den Folgen eines Schädelbruchs.

Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde am Freitag der 8. Zug nach der Reichenberger Straße 107 alarmiert. Als der Zug unter Leitung des Brandmeisters Berg dort ankam, fand auf dem Hofe im Quergebäude ein Vorratskeller mit Holzmaterialien, Berg usw. der Wärfelofen von W. Appelt in gerammer Ausdehnung in Flammen. Brandmeister Berg ließ wegen der großen Gefahr sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und es gelang dann durch kräftiges Löschen den Brand auf den Keller zu beschränken. Die Aufklärung nahm dann noch einige Zeit in Anspruch. Die Entstehung des Brandes ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Als Leiche wiedergefunden wurde der 29 Jahre alte Schreiber Karl Sarow, der seit dem 17. Februar verschwunden war. Der junge Mann wurde vor zwei Jahren von einem Straßenbahnwagen überfahren und verlor dabei den linken Fuß. Er lagte oft über dieses Unglück, das ihn schwermütig machte und ihn jetzt wahrscheinlich in den Tod getrieben hat. Gestern landete man ihn am Nordufer als Leiche aus dem Schiffahrtskanal.

Eine polnische Wählerversammlung findet am Sonntag, 2. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Keller, Koppentz, 20. statt mit der Tagesordnung: Die Heuchelei der polnischen Reichstagsfraktion und die polnische Arbeiterklasse.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Sonnabend, den 1. April, fällt der Unterricht in Gesehskunde aus. Letzte Stunde am Montag, den 3. April. Die neuen Unterrichtsstunden beginnen am 20. April. Bis dahin ist die Bibliothek jeden Donnerstag von 8-9 Uhr geöffnet.

Wer ist der Tote? Gestern vormittag wurde aus dem Verbindungskanal in Baumkullendweg die Leiche eines unbekannt, ungefähr 20 Jahre alten Mannes gefanden, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Der Tote trug ein dunkles Jackett, einen dunklen Sweater, ein graugestreiftes Hemd, gestricke graue Handschuhe, rechts und links gestricke wollene Strümpfe, schwarze Schnallenschuhe und ein blaugestreiftes Wäschehemd.

Zwei größere Brände beschäftigten die Schöneberger und Berliner Feuerwehrgestern nachmittag in der Belgischer Str. 27 und in der Reichenberger Str. 107. In der Belgischer Straße brannte das Dachgehäuse eines Fabrikgebäudes. Die Schöneberger Feuerweh war mit beiden Löscharbeiten zur Stelle und griff das Feuer mit zwei Schlauchleitungen an. Die Löscharbeiten wurden durch eine starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Erst als von Nachbargärtnern aus genügend Luft geschaffen worden war, konnten die Flammen, die Kartons, Kisten und Materialien einer chemischen Fabrik ergriffen hatten, wirksam bekämpft werden. Die vollständige Abklärung und Aufräumung zog sich über zwei Stunden hin. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. — In der Reichenberger Straße stand ein Holzständer in Flammen. Hier mußte die Berliner Feuerwehrgleichfalls längere Zeit Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen.

Abonnementsmarken für die Große Berliner Straßenbahn sind in den Geschäften von Jandorf und J. Joseph u. Co. in Rixdorf, Berliner Straße 64/65, zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung begann am Donnerstag die Beratungen des Stadthaushalt-Voranschlags für 1911. Zuvor fanden noch einige kleinere Vorlagen ihre Erledigung.

Der Magistrat will in Bobbinsfelde eine eigene Gutskasse einrichten, die von einem beehrten Landwirt mit guter Schulbildung als Rechnungsführer verwaltet werden soll; derselbe soll auch zugleich Hofverwalter sein. Das Gehalt ist einschließl. Nebenbezügen in Höhe von 700 M. mit 2400 M. steigend in 21 Jahren auf 4000 M., veranschlagt. Die Wirtschaftsdeputation hatte demgegenüber 2100-3000 M. Gehalt als genügend erachtet. Stadtd. Niemeh nahm den Antrag wieder auf und vertrat ihn in längeren Ausführungen. Stadtbaurat Weigand wandte sich dagegen, weil man einen tüchtigen Landwirt nicht bei so geringem Gehalt beläme. Einen Kassenführer, der mit so erheblichen Geldmitteln zu arbeiten habe, dürfe man nicht lärglich entlohnen. — Die Versammlung beschloß mit Mehrheit im Sinne der Magistratsvorlage.

Debatteles genehmigt wurde die Anlegung einer neuen Straße zwischen Kaiser-Friedrichstraße und Donaustraße, südlich gegenüber der Bertheldorferstraße. In der Mitte derselben ist ein kleiner Platz vorgesehen.

Auf der Schillerpromenade, an der Ecke der Steinmehstraße, beabsichtigt der Magistrat eine Vollbedürfnisanstalt zu errichten, der auch ein Raum für die Marktbeamten angeschlossen werden soll. Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.) vermüht in der Vorlage die Einrichtung eines Freiloisens für Frauen. Nachdem Stadtrat Meier versichert hatte, daß ein solches vorgesehen ist, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Zwecks Beschädigung der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden und der Großen Berliner Kunstausstellung 1911 suchte der Magistrat die Bewilligung von 1600 M. aus dem Stadtverordneten-Dispositionsfonds nach. Gegen die Veranschlagung des ersten Unternehmens wandte sich lebhaft Stadtd. Jaed (Soz.). Er schilderte die bekannten Vorgänge über die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossene Beteiligung an der Ausstellung, welche bewiesen haben, daß letztere tendenziös im Sinne des Unternehmertums gehalten wird. Die Ablehnung der von der Generalkommission geplanten Ausstellung über die elenden Zustände in der Heimindustrie sei zugeständenermaßen direkt durch die sächsischen Industriellen betrieben worden und habe die sofortige scharfe Abgabe hervorragender Kulturforscher an das Ausstellungskomitee zur Folge gehabt. Einer solchen Ausstellung von Unternehmern Gnaden, welche der Welt nur rosenrote Zustände vorläßt, könne eine Stadtverwaltung nicht ihre Unterstützung leisten.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wahn, Berlin. Für den

Stadtbaurat Kiel Wühlke von diesen Dingen nichts, da sie — wie er sagte — in der Deffinitivität mit bekannt geworden seien, er ersucht um Zustimmung zur Vorlage. Nachdem noch Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.) energisch Protest eingelegt hatte gegen die der Hygiene ins Gesicht schlagenden Verschlechterungstendenz der Dresdener Scharfmacher und ihrer Handlanger in der sächsischen Regierung, beschloß die Versammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Beteiligung an der Hygiene-Ausstellung. Die Beschädigung der Berliner Kunstausstellung wurde einstimmig genehmigt.

Die Stadtverordneten begannen mit dem Kapitel Schulverwaltung. Der Titel Gemeindefschulen balanziert mit 2008 500 M. und erfordert einen Zuschuß von 2008 700 M. — Zwecks Ermäßigung der Pflichtstunden der älteren Lehrpersonen sollen 6 neue Lehrkräfte eingestellt werden. 15 000 M. wurden dafür vom Magistrat beantragt und von der Versammlung einstimmig bewilligt. — Den vom Staatsrat abgelehnten Antrag Buzih und Genossen, zur Befolgung von 2 hauptamtlichen Schulärzten nebst den notwendigen sächlichen Aufwendungen in den Etat 15 000 M. einzustellen, nahm Stadtd. Groger (Soz.) wieder auf. Er sah von einer Begründung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schulärzte ab, die nachgerade jeden Kommunalpolitiker jetzt einleuchten muß, und polemisierte nur gegen die Stellungnahme des Dezerementen im Staatsrat. Obwohl sonst allgemein — allerdings mit Unrecht — der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde, daß sie stets nach dem Grundsatz „Alles oder nichts“ handle, hat in der Schulratsfrage diesmal merkwürdigerweise der Bürgermeister damit operiert. Die von diesem ausgesprochene Ansicht, daß sofort mindestens 7 Schulärzte ange stellt werden müßten, könne nicht stichhaltig sein. Es könne auch hier nach der bisher geübten Methode allmählich aufgebaut werden; der sozialdemokratische Antrag wolle den Anfang herbeiführen. Bürgermeister Dr. Weinreich meinte zwar, daß der Nutzen von Schulärzten natürlich feststeht; bei den vielen Volksschulkindern Rixdorfs würden aber erhebliche Kosten entstehen. Er machte darauf wieder seine Rechnung auf, in der 7 Ärzte mit 42 000 M. Gehalt figurieren, und malte dann die seiner Meinung nach sofort notwendigen unermesslichen Konsequenzen aus, als da sind: Formularmaterial, Mehrbelastung der Armenverwaltung durch ärztliche Behandlung unbemittelter erkrankter Kinder, Schulzahnklinik. Alles in allem wären dazu 100 000 M. pro Jahr aufzuwenden, an die nur gedacht werden könne, wenn — mal ein glücklicher Stern an kommunalen Himmel Rixdorfs aufsteht. Von einem Teilsatzung wollte der Bürgermeister hier aber nichts wissen, da 2 Ärzte mit 82 000 Kindern nichts anzufangen wüßten. Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.) wies noch einmal die Halllosigkeit der Argumente des Dezerementen nach. Ganz bei die Finanzkraft Rixdorfs schwach; trotzdem müsse die Schulratsfrage in unserer so dicht bevölkerten Stadt gelöst werden. So wie andere Städte habe beispielweise Mannheim auch erst mit einem Schularzt angefangen. Wenn der Bürgermeister jetzt — entgegen seiner sonstigen Gewohnheit — gegen den Ausbau Schritt für Schritt sich erklärt und mit großen Ziffern operiert, so könne damit nur beabsichtigt sein, die Stadtverordneten grefelich zu machen und damit auch den Anfang zu verhindern. Diese Absicht wurde auch schließlich erreicht; denn sämtliche bürgerliche Stadtverordnete, einschließl. der in der Reuen Fraktion sitzenden Lehrer, stimmten den sozialdemokratischen Antrag nieder. — Die Ausgabenposition „Zur Veranstaltung von Schüler-Theatervorstellungen“ wurde von 300 auf 500 M. erhöht.

Beim Titel „Realschulhaus“, das mit 214 600 M. balanziert und einen Zuschuß von 72 800 M. erfordert, beantragte Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.), die für Erteilung von katholischem Religionsunterricht eingelegten 330 M. zu streichen, da dies Sache der betreffenden Kirchengemeinschaft sei. Der Bürgermeister trat für die Beibehaltung der Position ein; die Versammlung beschloß demgemäß.

Für die Oberrealschule wurde der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 147 700 M. (Zuschuß 71 400 M.), für die Realschule mit 88 600 M. (Zuschuß 35 415 M.) festgesetzt. Die höhere Mädchenschule erfordert einen Zuschuß von 35 800 M., die Mädchen-Mittelschule einen solchen von 28 200 M.; die erstere schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 117 500 M., die letztere mit 55 700 M.

Lichtenberg. Die Krankenhausbaufrage führte in einer Versammlung des Bürgervereins Lichtenberg zu einer eingehenden Debatte, in der deutlich zum Ausdruck kam, daß die vom Magistrat gewünschte Bettenzahl von 225 den Herren vorläufig noch als viel zu hoch erscheint. Herr Rott wünschte zwar, daß das Krankenhaus bald gebaut werde, jedoch sei er der Meinung, daß man sich vorläufig mit einem Ausbau von 125 Betten begnügen könne. Wenn das Bedürfnis zu einer Vermehrung der Bettenzahl da sei, würde sich niemand dagegen sträuben. Herr Platten glaubt, daß man vorerst mit 170 Betten auskommen könne. Und Herr Dr. Sab warf die Frage auf, ob man nicht mit Berlin oder einer anderen Gemeinde wegen Erbauung eines Spezialkrankenhauses für Infektionskrankheiten und eines Krankenhauses für Leichtkranke in Verbindung treten wolle, augenscheinlich um später das Krankenhaus zu entlasten. Dem Vorschlag, noch weniger als die festgesetzten 225 Betten einzurichten, muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Ist das Krankenhaus erst einmal fertig, so wird sich zeigen, daß sich die vorgezeichnete Bettenzahl als viel zu gering erweist.

Schwandorf. Morgen, Sonntag, den 2. April, vormittags von 8-10^{1/2} Uhr, findet im Gemeindefestsaal die Stichwahl statt. Genossen! Es muß eines jeden Ehrenpflicht sein, bei der Stichwahl unserem Kandidaten Karl König zum Siege zu verhelfen. Der gesamte „Ordnungslängel“ macht Front gegen uns. Die Gegner schnorren bei den Behörden um die Stimmen ihrer Beamten und Arbeiter, sie fürchten für den guten Ruf des Ortes, wenn noch ein zweiter Sozialdemokrat ins Dorparlament einzieht. Der wahre Grund ist: Die Vertreter der Grundstückspekulanten wollen unter sich bleiben, damit ihnen niemand auf die Finger sehen kann. Wer der Wahl fernbleibt, unterstützt die Gegner und trägt mit Schuld an den kapitalistischen Sünden unserer Gemeindevertretung. Niemand schle, dann ist der Sieg unser.

Das Wahlbureau befindet sich im Restaurant Lindner, Bahnhof- und Grünauer Strassen-Ecke. Parteigenossen, die bei der Wahl helfen wollen, werden ersucht, sich dort Sonntag recht früh einzufinden. Das Wahlkomitee.

Rummelsburg. Aus der Gemeindevertretung. Vorerst fand die Wahl eines Gemeindefestsaales an Stelle des durch den Zusammenbruch des Raubrittervereins „Norden“ unmöglich gewordenen Schöffen Stiebiß statt. Der Vorpogener Grundbesitzerverein präsentierte als würdigen Nachfolger für seinen verloren gegangenen Stiebiß den Gemeindefestsaal, welcher Herr, trotz seiner erst kurzen Vertretungzeit, bereits genügend Beweise dafür geliefert hat, daß er einen treuen Untergebenen seines Herrn — des Souverän des Poggener Grundbesitzervereins, des Berliner Volkskullehrers Leppelt abgibt. — Aus tatsächlichen Gründen stimmten unsere Vertreter für den Kandidaten des Bürgervereins Apotheker Groß, welcher dann mit 14 gegen 10 Stimmen, die auf Weiritt entfallen waren, gewählt wurde. Hieraus lange Besichter der Leppeltgarde. Da die Poggener Grundbesitzervereinsvertreter aus purem Hochmut unser Genossen aus den verschiedenen Ämtern wie Schuldeputation, Zweckverband, Kreisrat usw. systematisch fernhalten — so blieb demgegenüber auch unseren Genossen kein anderer Weg als den Vergeltungspolitiker übrig. Hieraus fand eine Änderung in der Vertretung statt: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Soudaris

der Friedhofsgeldbesitzer infolgedessen stoff, daß die bisherigen Sätze für Grabbegräbnisse und Wohlstellen wie für die Benutzung der Friedhofsbänke mit einer Klagenauschmückung wie auch die Sätze für die Errichtung von Denkmälern nicht unbedeutend erhöht wurden. Die Sätze für Reihengräber wie für die Benutzung der Halle ohne Klagenauschmückung bleiben dieselben wie bisher. Eine Gebühr für die Benutzung der Halle wie der Leichenkammer wird von staatsrentensteuerfreien Personen nicht erhoben. Zur Einführung von chemischem, physikalischem und biologischem Unterricht am Gymnasium wurden als erste Anschaffungskosten aus dem Fonds für die höheren Schulen 7000 M. bewilligt. Ferner wurden die Kosten für einen Zeichenkurs zur Ausbildung für hiesige Lehrer in Höhe von 200 M. bewilligt. Dieser Zeichenkurs macht sich notwendig, da der Bestand an zeichnerisch vorgebildeten Lehrkräften an den hiesigen Volksschulen derzeit knapp ist, daß in Krankheits- und Urlaubsfällen geeignete Stellvertreter nicht vorhanden ist. — Hierauf geheime Sitzung.

Mühlenbeck. Ueber „Reichs- und Kommunalpolitik“ sprach am Sonntag in einer im Lokal des Genossen Bärtsch stattgehabten Versammlung Genosse Rubig-Panlow. In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion im Sinne des Referenten. Bei der hierauf folgenden Besprechung der Buchhorster Gasangelegenheit wurde vom Genossen Bärtsch auf den langsamen Gang der Sache hingewiesen, was seinen Grund darin hat, daß sich die Gemeinde Mühlenbeck mit der Gemeinde Panlow als Gutsbesitzerin des Gutes Mühlenbeck nicht einigen könne. Vom Genossen Rubig wurde bestritten, daß die Schuld der Verschleppung an Panlow liege, sei sie vielmehr in einigen schwer erfüllbaren Vertragsbestimmungen zu suchen. Lebhafteste Beschwerde wurde über die schlechte Beleuchtung und Pflasterung der Bahnhofstraße geführt und Abhilfe von der Gutsverwaltung verlangt. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf die Parteipresse auf.

Oranienburg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Ohne Widerspruch wurde dem Verkauf eines Teiles der Magistratswiese für die Gleise der Rauen-Kremmen-Oranienburger Bahn an die Eisenbahnverwaltung für 5 M. pro Quadratmeter zugestimmt. Nach kurzer Debatte wurde die Magistratsvorlage, betreffend den Verzicht auf die sächsische Wertzuwachssteuerordnung, beim Inkrafttreten der Reichswertzuwachssteuer angenommen. Gleichzeitig wird die Abänderung der Umfassungserordnung beschlossen. Die Abänderung besteht darin, daß in Zukunft bei Steuerfreiheit des einen Teiles der andere die ganze Steuer tragen muß. Die Druckkosten des Verwaltungsberichts haben sich um 158 M. erhöht, die Summe wird nachbewilligt. Dem Verkauf eines sächsischen Grundstücks an der Havel (240 Quadratmeter groß) an die Elektrizitätswerte für den Preis von 6 M. pro Meter wird zugestimmt. Ueber den augenblicklichen Stand der Gasfrage äußerte sich der Bürgermeister in längeren Ausführungen. Danach meint die Gasfrage für Oranienburg endgültig gelöst zu sein und zwar dahin, daß Oranienburg überhaupt kein Gas erhält. Die Ueberlandzentrale in Heegermühle, eine Tochtergesellschaft der A. G. G., hat sich erboten, für Koch- und Heizzwecke Kraft abzugeben, für den Kostenpreis von 8 Pf. pro Kilowattstunde, und zwar kann die direkte Abzweigung an bestehende Leitungen vorgenommen werden, nur ist ein besonderer Messer anzubringen, der 20 Pf. pro Monat kosten soll. Um die Anschaffung der elektrischen Koch- und Heizapparate zu erleichtern, sollen dieselben auf Rente gegeben werden, die später beim Ankauf mit in Anrechnung kommt. Um die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung nachzuweisen, soll in nächster Zeit eine Ausstellung in Oranienburg ins Leben gerufen werden, wofür ein Entree von 25 Pf. erhoben wird. Der Betrag fließt der Stadt zu wohltätigen Zwecken zu. In der Ausstellung selbst sollen circa 80 Apparate aufgestellt werden. Küche sollen das Kochen und Erhitzen praktisch vorführen. Beschlossen wird die sofortige Errichtung einer Stahlammer im Rathaus I. Die Kosten betragen circa 7000 M.

Notawod. Auf dem Rade vom Tode überrascht wurde am Mittwochabend in der Berliner Straße der Kunstmaler Hans Schulz aus Charlottenburg. Als er auf dem Heimwege in die Nähe des Bahnhofs Reu-Babelsberg gekommen war, fiel er plötzlich vom Rade und verfiel auf der Stelle. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle übergeführt.

Jugendveranstaltungen. Rixdorf. Eine Frühlingsfeier für die arbeitende Jugend veranstaltet am Sonntag, den 2. April, abends 6 Uhr, der Jugend-Anschluß der Arbeiterschaft Rixdorfs im großen Saale von Hoppe (Zuf. Barth), Hermannstr. 49. Das Programm ist ein ansehnliches künstlerisches und besteht aus Festrede, Konzert und Vorführung lebender Bilder; Mitwirkende sind die Konzertkünstlerin Fräulein Sternfeld, ein Streichquartett des Berliner Sinfonie-Orchesters und der Männerchor der Jugendvereine Rixdorf. Eintrittskarten für Jugendliche (bis zu 18 Jahren) sind im Jugendheim, Ideal-Vollage 2, unentgeltlich, für Erwachsene bei Frau Frieda Schulz, Niemehstr. 17 III, Karl Bergmann, Kaiserstraße 46, im Rixdortergeschäft von Jistel, Ideal-Vollage 6, und im Rixdortergeschäft von Deising, Kaiser-Friedrich-Straße 171, 172, a 30 Pf. zu haben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. April, vormittags 9 Uhr, Vappel-Klee 15-17 und Rixdorf, Ideal-Vollage: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 8: Vortrag von Prof. A. Wilmann: „Glaube, Liebe, Hoffnung“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. — Montag, den 3. April, abends 8 Uhr, in „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10: Beschließende Versammlung (Wahlen).

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzarbeiter (A. G. B. Hamburg), Illial Berlin 3. Sonntag, den 2. April, vormittags 7^{1/2} Uhr, bei Wollman, Goldenscheinstr. 5: Mitglieder-Versammlung. Wahl der Delegierten.

Antilcher Marktbericht der sächsischen Marktbesen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Bild: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft still, Preise unverändert. Gestagel: Zufuhr ungenügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fest. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse: Dill und Salsfrucht: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachricht
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	30. 3.	29. 3.		30. 3.	29. 3.
Remel, III	257	+48	Saale, Großh.	129	-7
Regel, Jüterburg	156	+16	Saale, Spanbau	136	-1
Schiffel, Thora	272	+8	Saale, Rastenburg	178	-1
Oder, Barth	8809	+24	Spre, Spremberg	138	-20
„ „ „	287	-3	„ „ „	191	-3
„ „ „	250	+1	„ „ „	1	-11
„ „ „	214	-6	„ „ „	90	+9
„ „ „	234	-4	„ „ „	384	0
„ „ „	106	-2	„ „ „	254	+7
„ „ „	184	+8	„ „ „	338	+28
„ „ „	20	+10	„ „ „	190	+14
„ „ „	289	+12	„ „ „	184	-6
„ „ „	220	+16	„ „ „	249	-23

*) + bedeutet Steig, — Fall, — *) Unterpegel. — *) 634ster Wasserstand: 390 cm am 30. am 12 Uhr mittags.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.